blätter des iz3w

nr. 40 dez. 74
Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, L. Klering, S. Lindemann, B. Meier, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schulze - Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, W. Witzel, M. Winter.
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9 a
Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postcheckkonto Basel Nr. 40 - 35899.
Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland: DM 25,- (Für Rentner, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,-) Sfr. 28,- bzw. 20,-, öS 180,- bzw. 135,-
Luftpostabonnement auf Anfrage.
Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 1,90, Sfr. 2,10, öS 14,-

Solidarität

Hungerstreik von politischen Gefangenen in Sao Paulo

Seit dem 23. Oktober 1974 befinden sich 37 politische Gefangene im Hungerstreik. Mit dieser Aktion protestieren sie gegen ihre Überführung aus dem Gefängnis für politische Gefangene 'Casa de Detencao' in Sao Paulo in ein Strafgefängnis im gleichen Ort im Juli d.J. Seitdem sind die Gefangenen, die großenteils schon 5 Jahre inhaftiert sind, weitaus unmenschlicheren Bedingungen ausgesetzt als vorher. Die Gefangenen bezeichnen ihre Lage als 'die degradierendste Serie von Erniedrigungen und Provokationen, die im Gefängnisvollzug von Sao Paulo innerhalb der letzten 5 Jahre vorgekommen sind und das bei ausdrücklicher Oberaufsicht der Justiz'.

Diese Situation der ständigen Erniedrigungen, der unzureichenden Ernährung und der Kälte hält bereits seit vier Monaten an trotz eines richterlichen Einspruchs, der die Gefängnisbehörde auf die Einhaltung der im Gesetz für Nationale Sicherheit festgelegten Mindestrechte für politische Gefangene hinwies.

Der Direktor der Strafanstalt, in der sich die Gefangenen im Augenblick befinden, war Mitglied der 'Todesschwadron', die 1970 eine große 'Säuberungsaktion' in Sao Paulo durchführte, bei der u.a. der politische Gefangene Eduardo Leite ermordet wurde.

Todesschwadron

Wenn aus Brasilien bis vor einigen Jahren fast nur Meldungen über Opfer der sogenannten Todesschwadron (Escadrao do Morte) kamen, gibt es, seitdem das Militärregime seine Haltung in dieser Sache etwas geändert hat, hin und wieder auch Berichte über die Verurteilung von Angehörigen dieser Geheimorganisation; so wurden jetzt im Bundesstaat Espirito Santo sechs Polizisten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Todesschwadronen, die schon vor der Machtübernahme der Generäle auftraten (seit 1958), bestehen anscheinend ausschließlich aus Polizeibeamten, die entweder in ihrer Freizeit oder nach ihrem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst auf eigene Faust „Justiz" betreiben. Zum Teil handelt es sich um ein Vorgehen gegen Verbrecher, vor allem im Elendsmilieu der Großstadt-Slums, weil die Polizisten glauben, die reguläre Justiz sei zu nachsichtig. Andererseits sind es auch reine Racheakte für Polizisten, die bei der Verbrechensbekämpfung umgekommen sind. Die Geheimorganisation — wahrscheinlich gibt es unter dem Sammelnamen Escadraos do Morte deren mehrere — bekennt sich durch Zettel, die bei den Leichen der „Hingerichteten" liegen, offen zu ihren Taten. Die genaue Zahl derer, die dieser brasilianischen Lynchjustiz zum Opfer gefallen sind, ist nicht bekannt; Schätzungen sprechen von 1000 bis 2000 Getöteten. sae.

SZ, 29.8.74

Die Bemühungen der 37 Gefangenen und deren Angehörigen, bei den Militärgerichten und der Gefängnisleitung eine Rückverlegung in die 'Casa de Detencao' und damit eine Verbesserung ihrer unerträglichen Lage zu erreichen, endeten mit leeren Versprechungen und einer Verschlimmerung ihrer Situation.

Die Gefangenen sahen keinen anderen Ausweg, als durch einen Hungerstreik auf ihre unrechtmäßige Behandlung aufmerksam zu machen. In einem offenen Brief fordern sie die Öffentlichkeit Brasiliens und des Auslandes auf, 'den gerechten Kampf, den wir mit dem Einsatz unseres Lebens führen, zu unterstützen'. Da die Gefangenen fürchten, in verschiedene Strafgefängnisse verlegt zu werden und dies eine zusätzliche Lebensgefährdung bedeutet, ist rasche Hilfe nötig.

Bitte schreiben Sie Briefe oder Postkarten an folgende Adressen:

Ilmo Sr. Nelson da Silva Machado Guimaraes, Juiz Auditor da 2a.Aud. do 2a. C.J.M., Av. Brigadeiro Luis Antonio 1249, Sao Paulo (SP)

Ilmo Sr. Direitor Dr. Luis Gonzaga Santos Barbosa, Penitenciária do Estado de Sao Paulo, 656 Av. Gen. A. Leonel, Sao Paulo (SP)

<u>Text des Briefes oder der Postkarte:</u>

Wir sind sehr besorgt über die Situation der 37 Pol. Gefangenen, die sich z.Zt. wegen ihrer Verlegung aus der "Casa de Detencao" in Sao Paulo in ein Strafgefängnis im Hungerstreik befinden. Wir bitten, dem Wunsch der Gefangenen nach Rückverlegung in die "Casa de Detencao" nachzukommen und sie gemäß der Menschenrechtsdeklaration, die auch Brasilien unterzeichnet hat, zu behandeln.

<u>Portugiesische Übersetzung des Brieftextes:</u>

Nos estamos muito preocupados com a situacão dos 37 presos politicos que estão actualmente à fazer uma greve de fome protestando contra a transferêrencia da "casa de detencão" em São Paulo para uma penitenciária. Solicitamos de cumprir os desejos dos presos politicos que querem regressar a à "casa de detencão" e solicitamos igualmente de tratá-los de acordo com a Declaracão dos Direitos Humanos que o Brasil assinou também.

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT:

November 74

AFRIKA

Angola

30.10.74 (Daily News, Tanz.)
Der auf Einladung von Präsident Mobutu (Zaire) mittlerweile in Kinshasa residierende MPLA-Vizepräsident, Daniel Chipenda, fühlt sich seinen Angaben nach nicht an das in der Vorwoche von A. Neto (MPLA-Leadership) unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen gebunden und droht, auf eigene Faust den Kampf gegen die portugiesische Armee fortzusetzen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt erklärt ein Sprecher der Leadership-Fraktion der MPLA (im Radio Clube Portugues am 28.10.), daß man Chipenda nicht mehr länger als Vizepräsident der MPLA betrachte. Von gleicher Seite wird zudem darauf hingewiesen, daß ein kürzlich vorgenommener Besuch Netos in der Eastern Region gezeigt habe, daß Chipenda nicht einmal mehr die uneingeschränkte Unterstützung seiner eigenen Fraktion, der sog. East-Rebellion-Group, genieße (zum Konflikt Neto-Chipenda vgl. die "blätter", Nr.38, S. 19 und Nr. 39, S. 3 f).

1.11.74 (Times of Zambia)
Nach Angaben von MPLA-Präsident A. Neto sei inzwischen "alles vorbereitet zur Bildung einer Übergangsregierung nach mozambiquanischem Vorbild". Unter Vermittlung der OAU verhandle die MPLA zur Zeit mit der FLNA über eine gemeinsame Verhandlungsfont gegenüber Portugal.

2.-6.11.74 (NZZ/SZ/FR/Daily News, Tanz.)
Portugiesische Truppen und militärische Einheiten der MPLA gehen in der angolanischen Enklave Cabinda gemeinsam gegen die Separatisten-Bewegung FLEC vor. Den Anlaß dazu liefert ein von der FLEC (Front für die Befreiung Cabindas) ausgerufener Generalstreik. Im Verlauf dieser militärischen Aktion wird u.a. auch der portugiesische Militärkommandeur des Distriktes, dem vorgeworfen wird, mit der FLEC zusammenzuarbeiten, verhaftet. Die FLEC, die erst nach dem Umsturz in Portugal zu nennenswerter politischer und militärischer Aktivität erwacht ist, strebt eine Loslösung Cabindas von Angola an. Sie findet sich darin sowohl von Präsident Mobutu als auch von Daniel Chipenda unterstützt. Hilfe wird der FLEC vermutlich auch von dem amerikanischen Ölkonzern Gulf Oil zuteil, der die Ausbeutungsrechte über die reichhaltigen Erdöllager Cabindas innehat (derzeitige Förderungsquote: 150 000 Barrels pro Tag). Mobutus Interesse an Cabinda - ein Interesse, das sich ziemlich unverhohlen als ein Annektionsinteresse zu erkennen gibt - gilt sowohl dem Erdölreichtum Cabindasaals auch einem verbesserten Zugang Zaires zum Atlantischen Ozean.

9.11.74 (Times of Zambia)
Dem Beispiel der FLNA folgend hat jetzt auch die MPLA ein politisches Büro in Luanda eröffnet. Eine zu diesem Anlaß nach Luanda gereiste Delegation führender MPLA-Mitglieder wurde dort von annähernd 50 000 Menschen begrüßt. Die zur Eröffnung des FLNA-Büros in der Vorwoche nach Luanda entsandte Delegation von FLNA-Führern war demgegenüber nur von 4000 bis 5000 Menschen willkommen geheißen worden (Meldung des portugiesischen Rundfunks in Luanda vom 30.10.).

8.11./13.11.74 (Daily News, Tanz./SZ)
Blutige Unruhen, über deren Ursache und Verlauf die vorliegenden Pressemeldungen keine zuverlässige Auskunft geben, fordern in Luanda mehr als 50 Todesopfer.

> ***Im Alleingang?***
> **Verschiedene afrikanische Staaten sind bei Präsident Bongo von Gabun vorstellig geworden. Offensichtlich dient Gabun seit einiger Zeit als Zwischenlandeplatz für Flugzeuge unbekannter Herkunft. Bekannt dagegen ist der Inhalt der Transportmaschinen: Söldner für den Einsatz in Angola. Die schwarzafrikanischen Staaten, auf gemeinsame Aktionen im Süden Afrikas bedacht, wünschen nun Aufklärung.**

DIE ZEIT, 8.11.1974

15.11.74 (L'Unita)
Nach Angaben des südafrikanischen Söldner-Führers Sam Cassidy stehen auf südafrikanischem und rhodesischem Territorium mehr als 1000 Söldner in voller Kriegsausrüstung bereit, um in Angola und Mozambique militärisch in Aktion zu treten (sobald hier "die Bedingungen dafür reif" seien). Die Männer verfügten, so Cassidy weiter, über modernste Waffen, darunter auch schwere Waffen, und wären innerhalb von 72 Stunden abmarschfähig.

26.11.74 (NZZ)
Die amerikanische Erdölgesellschaft Texaco meldet erfolgreiche Probebohrungen in den Küstengewässern der San-Antonio-Bucht in Angola. Die Bohrungen

ließen auf Erdöllager schließen mit der "zehnfachen Menge der Erdölvorkommen in Cabinda". Die Erdölvorräte in Cabinda werden offiziell auf 600 Mill. t geschätzt. Inoffizielle Schätzungen belaufen sich auf die doppelte Menge (NZZ vom 22.11.74).
Neben Gulf Oil und Texaco haben sich im weiteren noch die Konzerne Petrofina (Belgien), Esso (USA) und Total (Frankreich) Ausbeutungsrechte über angolanisches Erdöl gesichert (Sunday Times vom 20.10.74).

Äthiopien

11.11.74 (NZZ)
Die Militärregierung in Äthiopien wünscht von der USA weitere Waffenlieferungen - dies, um, wie sinngemäß von den Militärs erklärt wird, die Rolle Äthiopiens bei der Verteidigung des Gebietes um das Rote Meer besser wahrnehmen zu können. Die Waffenwünsche der Junta stehen offensichtlich im Zusammenhang mit den jüngsten militärischen Aktivitäten der erithreischen Befreiungsfront ELF. Die ELF kämpft für die Unabhängigkeit von Erithrea (offiziell eine Provinz Äthiopiens). Die USA unterhalten in Erithrea ihren größten Militärstützpunkt in Afrika (FR vom 27.11.).

25.11.74 (NZZ/FR)
Die Auseinandersetzungen innerhalb der regierenden Militärs haben ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der bisherige Regierungschef und Verteidigungsminister, der Vorsitzende des Koordinationskomitees der Streitkräfte, General Aman Andom, ist am Tage nach seiner Absetzung von diesen Ämtern (22.11.74) zusammen mit 60 weiteren Personen erschossen worden (Andom angeblich beim Widerstand gegen seine Verhaftung). Bei den anderen Hingerichteten handelt es sich großteils um ehemalige Minister und Regierungsbeamte der alten Regierung (unter Haile Selassie) und um Mitglieder des Generalstabs der Armee (FR vom 26.11.74). In der Begründung des Militärrates heißt es, Andom habe diktatorische Neigungen gezeigt, zeitweise gegen den Willen des Koordinationskomitees gehandelt und dieses nicht über wichtige Entscheidungen informiert. Er habe versucht, Militärrat, Streitkräfte und Bevölkerung zu spalten, um sich persönlich mehr Macht zu verschaffen.

Wahrscheinlicher Nachfolger Andoms und neuer "starker Mann" (NZZ) ist der in der vorigen Woche zum stellvertretenden Vorsitzenden des Koordinationskomitees ernannte Major Mengistu Haile Mariam, der zum "radikalen" Flügel (NZZ) der Militärs gerechnet wird.

Meldungen über den genauen Hintergrund der Auseinandersetzungen innerhalb der Militärs oder über einen etwaigen Richtungswechsel in der Politik der Militärs nach den letzten Ereignissen liegen aus der Presse derzeit nicht vor.

27.11.74 (FR)
In einer an die Adresse der äthiopischen Militärs gerichteten Erklärung kündigt die ELF (Befreiungsfront für Erithrea) an, "jegliche Steigerung der äthiopischen Aggression (gegen die ELF) mit einer Verschärfung ihrer militärischen Kampagne in <u>ganz</u> Äthiopien" beantworten zu wollen.

Ghana

23./24.11.74 (NZZ)
Angesichts eines seit Jahren sinkenden realen Pro-Kopf-Einkommens und der 1974 drastisch gestiegenen Devisenknappheit Ghanas fordert der Vorsitzende des in Ghana regierenden "Nationalen Erlösungsrates" (Militärjunta), Oberst Acheampong, die Bevölkerung des Landes zu größerer Arbeitsleistung auf. Ghanas Devisenknappheit resultiert zum einen aus den gestiegenen Erdölpreisen, zum anderen aus der Abhängigkeit Ghanas vom Kakao-Export, der allein zwei Drittel des ghanesischen Gesamtexports ausmacht. Gerade die Kakao-Preise sind jedoch auf dem Weltmarkt beträchtlichen Schwankungen unterworfen und liegen zur Zeit extrem niedrig (vgl. NZZ vom 25.11.74).

Ausländische Privatinvestitionen werden seit kurzer Zeit in Ghana von Regierungsseite wieder gefördert, in wichtigen Wirtschaftszweigen aber durch staatliche Mehrheitsbeteiligungen kontrolliert.

Kenya

8.11./26.11.74 (NZZ)
In dem neugewählten kenyanischen Ein-Parteien-Parlament (vgl. Chronik, Heft 39) scheint sich eine nennenswerte informelle Opposition gegen Staatspräsident Kenyatta zu formieren. So wurde jetzt mit den Stimmen der Mehrheit der Parlamentarier der Kenyatta-Opponent Seroney zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung gewählt. Kenyatta scheint nicht gewillt zu sein, die Wahl Seroneys zu respektieren: Er ordnete unmittelbar nach dessen Wahl eine Vertagung der Parlamentssitzung auf unbestimmte Zeit an.

Die NZZ wertet diese "Parlaments-Rebellion" als Ausdruck einer auch in anderen Bereichen Kenyas spürbar werdenden wachsenden Unzufriedenheit der Massen.

Mozambique

6.11.74 (SZ)
Ungeachtet der Bemühungen der Übergangsregierung, Teile der in Mozambique ansässigen Europäer für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der neuen afrikanischen Führung des Landes zu gewinnen, hält behördlichen Angaben zufolge die Auswanderung von Weißen unvermindert an. Hieraus droht Mozambique jetzt ein empfindlicher Mangel an geschultem Personal in Verwaltung, Handel, Industrie, Bildung und anderen Sektoren zu erwachsen.

18.11.74 (FR)
Nach Aussagen von Bischof Vieira Pinto

(Diözese Nampula) sind in dem mozambiquanischen Distrikt Manica e Sofala 250 000 Menschen vom Hungertod bedroht. Die Hungerkatastrophe in dem genannten Distrikt sei, so Vieira Pinto, eine verspätete Folge der hier im vergangenen Jahr von dem portugiesischen Kolonialregime erzwungenen Umsiedlung der afrikanischen Bevölkerung in sog. Wehrdörfer ("aldeamentos"). (Vgl. dazu im vorliegenden Heft den Spendenaufruf der AGG.)

20.11.74 (The Times)
Die Regierung von Mozambique soll, so ein Sprecher des südafrikanischen Landwirtschaftsministeriums, die SAR um die Lieferung von Weizen ersucht haben.

Rhodesien/Zimbawe

28.10./30.10.74 (Guardian/Times)
Staatspräsident Kaunda (Sambia) will zwischen dem weißen Minderheitsregime Smith und den Führern der in Rhodesien kämpfenden afrikanischen Befreiungsbewegungen (ZANU und ZAPU) vermitteln. Falls sich die rhodesische Regierung, so ein Appell Kaundas an Smith, bereit fände, mit den rechtmäßigen Führern des afrikanischen Bevölkerungsteils von Rhodesien zu verhandeln, so würde er (Kaunda) sich seinerseits darum bemühen, die Befreiungsbewegungen zu einem vorläufigen Waffenstillstand zu bewegen. Beobachter vermuten, daß Kaunda diese Initiative in Absprache mit der FRELIMO-Führung ergriffen hat, denn der genannte Appell erfolgte während eines Besuches Samora Machels (Präsident der FRELIMO) in Lusaka. Der englischen Zeitung Times nach (30.10.) soll aus Südafrika bereits eine positive Reaktion auf das Vermittlungsangebot Kaundas vorliegen. Die SAR-Regierung hätte zu erkennen gegeben, daß sie willens sei, ihre Polizeitruppen aus Rhodesien zurückzuziehen, falls Sambia den rhodesischen Guerillabewegungen die Möglichkeit versperren sollte, militärisch weiterhin von sambianischem Gebiet aus zu operieren.

14.11.74 (SZ)
Smith spricht in einer Parlamentsrede von "neuen Möglichkeiten" zur Überwindung des Verfassungskonfliktes mit England. Smith will dazu vorläufig keine weiteren Angaben machen.

Bonn, 6.11.1974

Pressemitteilung:

250 000 Afrikaner in Mosambik kurz vor dem Hungertod

Am vergangenen Montag und Dienstag besuchte Bischof Dom Manuel Vieira Pinto von Nampula, Mosambik, zusammen mit zwei holländischen Missionaren die Bundesrepublik, um Hilfe für 250 000 Afrikaner in Mosambik zu suchen, die kurz vor dem Hungertod stehen.

Die Hungersnot ist eine Folge der Repressalien des portugiesischen Heeres und der Geheimpolizei PIDE/DGS auf den Freiheitskampf des Volkes von Mosambik.

Seit etwa zwei Jahren hatte die Befreiungsbewegung FRELIMO begonnen, die Bevölkerung des Distriktes Manica e Sofala zu organisieren und auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. In diesem Gebiet brach der Krieg dann vor ungefähr einem Jahr aus. Das portugiesische Heer und die Geheimpolizei versuchten, die gesamte Bevölkerung zwangsweise in aldeamentos (strategischen Wehrdörfern) anzusiedeln, während sie gleichzeitig die bisherigen Dörfer, Felder und sogar das Handwerkszeug der Afrikaner als mögliche Waffen zerstörten. Diese Aktionen der Portugiesen waren oft von Massakern begleitet, bei denen viele Afrikaner getötet wurden (zuletzt z.B. in Inhaminga, wo ungefähr dreieinhalbtausend Afrikaner umkamen; dies geschah Mitte März diesen Jahres).

Dem größten Teil der Afrikaner gelang es, in den Urwald zu fliehen, wo sie jedoch keine Ernährungsmöglichkeiten fanden. Dort starben viele an einer Cholera-Epidemie.

Nach dem 25. April 1974, d.h. nach dem Umsturz in Portugal, begannen die Portugiesen, sich in die Städte zurückzuziehen. Damit beendeten sie auch die Sicherstellung der Versorgung der Afrikaner mit den notwendigsten Lebensmitteln.

Inzwischen kehren die Afrikaner sowohl aus dem Urwald als auch aus den aldeamentos in ihre ehemaligen Dörfer zurück und stehen dort vor dem Nichts.

Die Situation wird noch dadurch erschwert, daß gleichzeitig starke Überschwemmungen die Ernte auf den Feldern der Wehrdörfer zerstört haben.

Der Bischof und seine beiden Begleiter reisten im Auftrag der "Freunde des Volkes von Mosambik", einer Vereinigung, die vor allem aus ehemaligen Mosambikmissionaren besteht, die vor dem 25. April aus Mosambik ausgewiesen worden sind und die wieder nach Mosambik zurückkehren wollen.

In ihrem Namen hat die Arbeitsgemeinschaft der kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG) die Reise von Bischof Pinto vorbereiten und durchführen helfen.

Verschiedene Hilfsorganisationen, unter ihnen auch einige CIDSE-Mitglieder, haben bereits Bischof Pinto und den "Freunden des Volkes von Mosambik" ihre Unterstützung zugesichert.

Ein Komitee, das in Beira u.a. aus Vertretern der portugiesischen Regierung, der FRELIMO und der Kirche gegründet worden ist, wird sicherstellen, daß die Hilfe dorthin gelangt, wo sie benötigt wird.

Nachfragen und Spenden an:AGG,53 Bonn, Rheinweg 34

Sambia

18.11.74 (NZZ)
Die Kupferindustrie des Landes wird in Zukunft unter vollständige Kontrolle der Regierung in Sambia gestellt. Mit der US-Gesellschaft "AMAX" wurde eine prinzipielle Übereinkunft über das Auslaufen der Verträge erzielt. Sambia ist der drittgrößte Kupferproduzent der Welt.

Spanisch Sahara

5.11.74 (NZZ)
Nach der von Madrid verfügten Aufhebung der Nachrichtensperre über die Spanische Sahara wurden jetzt erstmals Aktivitäten von oppositionellen Gruppen in dieser letzten spanischen Afrikabesitzung selbst bekannt (Aktivitäten (verbale) von Gruppen im marokkanischen oder algerischen Exil sind schon länger zu verzeichnen).
Die hier am häufigsten genannte Gruppe ist die "Nationale Befreiungsfront für Seguiet al-Hamra und Rio de Oro" (die beiden Provinzen der span. Sahara), die die Bildung eines souveränen Staates ohne Anschluß an einen der Nachbarstaaten anstrebt. Der genannten Gruppe wird u.a. auch ein jüngst erfolgter Sabotage-Anschlag auf Einrichtungen der Phosphatgruben bei Bou Craa zugeschrieben (vgl. Chronik, Heft 38 und 39).

Südafrikanische Republik und Namibia

1.11./2.11.74 (NZZ/SZ)
Am Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs scheitert ein Antrag des Iraks auf Ausschluß Südafrikas aus der UNO. 10 Mitgliedsländer des Rates stimmten für den Antrag. Österreich und Costa Rica enthielten sich der Stimme.
Der Irak begründete seinen Ausschluß-Antrag mit der Rassenpolitik in Südafrika und mit Südafrikas fortgesetzter Mißachtung der Aufforderung der UNO, das UN-Mandatsgebiet Namibia zu räumen (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Nr. 39).

41 Prozent Weiße würden auswandern
JOHANNESBURG, 23. August (dpa). Sollte in Südafrika „der Fall Schwarz" — die Eroberung der Macht durch die Schwarzen — eintreten, würden rund 41 Prozent der Englisch und Afrikaans sprechenden Weißen das Land verlassen. Das ergab die Auswertung einer Umfrage unter der weißen Bevölkerung.

FR, 24.8.1974

2.11./4.11.74 (NZZ/SZ/FR)
Nach bislang noch unbestätigten Pressemeldungen soll sich die britische Regierung entschlossen haben, das sog. Simonstown-Abkommen mit Südafrika einzufrieren, d.h. die der britischen Regierung aus dem genannten Abkommen zuwachsenden Rechte und Pflichten zukünftig nicht mehr länger wahrzunehmen (eine Annullierung des Abkommens ist nur dann möglich, wenn beide Vertragspartner übereinkommen, das Abkommen für nichtig zu erklären). Das Simonstown-Abkommen sichert England (im Kriegsfall auch den englischen Alliierten) ein Nutzungsrecht über den südlich von Kapstadt gelegenen Flottenstützpunkt Simonstown und verpflichtet die englische Marine zu regelmäßigen gemeinsamen Flottenübungen mit südafrikanischen Marineeinheiten. Der genannte Beschluß der britischen Regierung soll auf Druck führender Politiker der Labour Party zustandegekommen sein. Einer AP-Meldung nach zu urteilen (vgl. NZZ vom 9./11.10.), scheint inzwischen die USA gewillt zu sein, die Rolle der britischen Marine in Südafrika zu übernehmen: In der Meldung ist von einem "21-Millionen-Dollar-Kontrakt" der SAR mit der US-Regierung die Rede, der den Ausbau des Simonstown-Stützpunktes auf das Dreifache seiner bisherigen Größe vorsieht.

5.11.74 (FR)
Das Christian Institute in Südafrika appelliert an die Regierungen in Westeuropa, in ihren Ländern die Aktivität südafrikanischer Anwerbeorganisationen für Einwanderer nach Südafrika zu unterbinden und in Aufklärungskampagnen allgemein von einer Auswanderung nach Südafrika abzuraten. Das Christian Institute erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß der Zustrom von Europäern nach Südafrika zwangsläufig das dortige rassistische Herrschaftssystem stärke.

5.11.74 (FR)
In Namibia werden neuerdings massive Landaufkäufe westdeutscher Unternehmen registriert. Die deutschen Aufkäufer, so ein FR-Reporter wörtlich, "erwerben zum Teil Farmen von der Größe eines ganzen deutschen Bundeslandes". Sie träten damit an die Stelle von südafrikanischen Farmern, die in wachsender Zahl aufgrund der sich in Namibia zuspitzenden Konfrontation zwischen weißem und afrikanischem Bevölkerungsteil in die SAR übersiedeln.

7.11.74 (SZ)
Die Vorster-Regierung verspricht neue politische Initiativen für eine Entspannung der Lage im südlichen Afrika: Die Welt solle, so Vorster in einer öffentlichen Erklärung, Südafrika 6 Monate Zeit geben. Danach werde jeder über den erzielten Fortschritt überrascht sein. Seine Regierung plane dabei allerdings nicht, so Vorster in einer 3 Wochen später abgegebenen Erklärung (SZ vom 19.11.74), in Südafrika selbst "größere innenpolitische Veränderungen" vorzunehmen.

9.11.74 (Times)
Die Südafrikanische Studentenvereinigung (SASO) und die Black People's Convention sehen sich einer verschärften Repression seitens der südafrikanischen Behörden ausgesetzt. Seit den von beiden Organisationen Ende September in zwei südafrikanischen Städten veranstalteten Solidaritätsdemonstrationen für die FRELIMO (vgl. die Chronik der "blätter", Nr. 39) sind insgesamt 37 Mitglieder dieser Organisationen verhaftet worden. Die Handhabe dazu liefert das sog.

Terrorismus-Gesetz. Personen, die in Südafrika unter dem Terrorismus-Gesetz verhaftet werden, sind ohne jeden öffentlich kontrollierbaren Rechtsschutz gänzlich der Polizei ausgeliefert (keine Mindestfrist für eine richterliche Vorführung, keinen Verteidiger, keine Auskunftspflicht für die Polizei). Von der südafrikanischen Polizei ist hinreichend bekannt, daß sie sich in ihren Verhör-Methoden auch offenen Formen der Folter bedient.

14.11.74 (NZZ)
Südafrika ist auf Beschluß der UNO-Vollversammlung von der aktiven Teilnahme an der Arbeit dieses Gremiums vorläufig ausgeschlossen. Der Beschluß fiel mit 91 gegen 22 Stimmen (darunter die BRD) bei 19 Enthaltungen.

26.11.74 (SZ)
Nach einer Meldung der südafrikanischen Zeitung Sunday Times soll es Mitte November zwischen Südafrika und Sambia auf "hoher" Regierungsbeamtenebene zu Gesprächen über die Lage im südlichen Afrika gekommen sein. Diese Gespräche könnten, so die Zeitung weiter, möglicherweise sogar der Vorbereitung eines Zusammentreffens Vorsters mit dem sambianischen Staatspräsidenten Kaunda gedient haben.

Sudan

11.11.74 (FR/FAZ)
16./17.11.74 (NZZ)
Das BMZ will gemäß einer jüngst zwischen Bahr und der sudanischen Regierung getroffenen Absprache im Sudan mit sog. trilateralen Entwicklungshilfeprojekten "experimentieren" (von einigen BMZ-Offiziellen schon im vorhinein als Genie-Streich Entwicklungsminister Bahrs gefeiert). Danach soll von westdeutscher Seite die Technologie (know-how) zur Verfügung gestellt, während die Finanzierung von einem finanzkräftigen dritten Land, in diesem Fall von einem der ölproduzierenden Länder, getragen werden soll. In diesem Sinne laufen bereits zur Finanzierung von 2 im Sudan geplanten Entwicklungshilfe-Großprojekten, dem Neubau eines zweiten sudanesischen Hafens am Roten Meer und dem Aufbau einer exportorientierten Zuckerindustrie, Verhandlungen mit Saudi-Arabien, dem Iran, Abu-Dhabi und Kuweit.

Tansania

4.11.74 (NZZ)
Im Rahmen der Dezentralisierung der tansanischen Verwaltung wird jetzt mit der Verlegung der Regierungseinrichtungen von Dar es Salaam in die neue Hauptstadt Dodoma begonnen. Bis 1983 sollen sämtliche Ministerien dorthin umgesiedelt sein.

Von der Verlegung des Regierungssitzes nach Dodoma verspricht man sich zum einen eine infrastrukturelle Entlastung Dar es Salaams und zum anderen einen Abbau der Polarität zwischen der relativ entwickelten Küstenzone und dem in der Entwicklung noch weit zurückhängenden Hinterland Tansanias. Nebenbei sollen aber auch klimatische (Dodoma ist in dieser Hinsicht verträglicher als Dar es Salaam) und psychologische Überlegungen (Korruptionsgefahr für Verwaltungs- und Regierungsbeamte in dem immer noch stark kolonial geprägten Dar es Salaam) für die Verlegung eine gewisse Rolle spielen.

Rank Xerox-Rekord in Südafrika

vwd. JOHANNESBURG. Mit einem neuen Umsatzrekord von über 17 Mill. Rand (68 Mill. DM) schloß die südafrikanische Tochtergesellschaft des Rank Xerox-Konzerns ihr Geschäftsjahr Ende Oktober 1974 ab. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Steigerung 4,6 Mill. Rand (18,4 Mill. DM) oder 37%, erklärte ein Firmensprecher. Ein umfangreiches Expansionsprogramm ist bei Rank Xerox in Südafrika bereits angelaufen.

Handelsblatt, 18.11.1974

ARABISCHE LÄNDER, VORDERASIEN

23.11.74 (FR/NZZ/SZ)
Israel wird mit 48 gegen 33 Stimmen bei 31 Enthaltungen von der Generalversammlung der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ausgeschlossen. Israel, dessen Ausschluß von den Antragsländern mit seiner unnachgiebigen Haltung im Nahostkonflikt begründet wird, kann in keiner Regionalgruppe der UNESCO mehr als Vollmitglied auftreten.

Ägypten

15.11.-26.11.74 (FR/SZ/NZZ)
Ägypten erhält von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Bahrein die Zusage über Kredite und Beteiligungen in Höhe von etwa 670 Mio. Dollar. Die Gelder sind größtenteils für den Aufbau und die Erweiterung des Suezkanals vorgesehen, dessen Wiedereröffnung jedoch vorläufig noch von Israels Rückzug von der Sinai-Halbinsel abhängig gemacht wird.

Umfangreiche Kredite sind Ägypten auch von Frankreich (500 Mill. Francs) und von der BRD (500 Mill. DM) zugesagt worden. Sie sollen der Finanzierung von Industrieprojekten dienen.

Iran

20.11.74 (NZZ)
Die Siemens-Tochtergesellschaft "Kraftwerk Union AG" (KWU) und die staatliche iranische Atomenergieorganisation beschließen in einem sog. Vorvertrag den Bau eines Kernkraftwerkes (auf iranischem Territorium). Die Anlage soll mit 2 Reaktoren mit einer Kapazität von 1200 Megawatt ausgestattet werden. Der Projektwert wird mit mindestens 2,5 Mrd. DM beziffert. Gleichzeitig unterzeich-

net auch Frankreich eine Absichtserklärung über die Lieferung von 2 Kernkraftwerken an den Iran. Dieser Auftrag soll von der französischen Ingenieurfirma "Framatom" ausgeführt werden.

Jordanien

6.11.74 (NZZ)
In einem Interview mit der New York Times erklärt König Hussein wörtlich: "Das Westufer des Jordans gehört nicht mehr zu Jordanien und wir werden an den Verhandlungen über die Zukunft jenes Gebietes nicht mehr teilnehmen."

Palästinensische Befreiungsbewegungen

15.11.74 (NZZ/SZ)
Der PLO-Arafat eröffnet die Palästina-Debatte der UNO-Vollversammlung in New York mit einer Rede, in der er erneut Christen, Juden und Mohammedanern "gleichberechtigte Koexistenz" in einem "demokratischen Palästina" anbietet. "Das Palästina von morgen", so Arafat wörtlich, "hat Platz für alle jetzt in Palästina lebenden Juden, die mit uns in Frieden und ohne Diskriminierung leben wollen". Seine drei Hauptforderungen sind: 1) Selbstbestimmung für das palästinensische Volk, 2) Recht der Palästinenser zur Rückkehr in ihre Heimat und 3) Errichtung einer "palästinensischen nationalen Autorität" über das von der israelischen Besetzung befreite alte Palästina (A. bezieht dabei auch das israelische Territorium in den Grenzen vor 1967 mit ein). Arafat macht, wie er sagt, einen grundlegenden Unterschied zwischen Judentum und Zionismus. Er bekämpfe den kolonialistischen Zionismus, respektiere aber den jüdischen Glauben.

In verschiedenen Erwiderungen auf die Rede Arafats betont der israelische UNO-Botschafter Tekoah, daß Israel weiterhin jede Verhandlung mit der PLO ablehne. Die seit 1948 aus dem Staatsgebiet Israels vertriebenen Palästinenser ("weit mehr als eine Million", Magazin 'Stern' vom 21.11.74), von denen der größte Teil in Flüchtlingslagern entlang der israelischen Grenze heute immer noch auf eine Rückkehr in ihre alte Heimat hofft, verweist Tekoah an die Adresse von König Hussein. Jordanien böte von den geographischen wie ethnischen Bedingungen her die besten Voraussetzungen für eine nationale Heimat der Palästinenser. An die Adresse der arabischen Staaten gerichtet fordert Tekoah die, wie er sich ausdrückt, "Ausschaltung" der PLO. Sie, als die "Nazis des Nahen Ostens", ständen allein einer Lösung des Nahostkonflikts im Wege.

18.11.74 (FR)
Die palästinensische "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP), die sich vor kurzem offiziell von der PLO distanziert hatte, erklärt, daß sie auch nach der möglichen Errichtung eines palästinensischen Staates auf dem Territorium des von Israel besetzt gehaltenen Westjordanien ihren Untergrundkampf gegen Israel fortsetzen wolle.

18.11.74 (NZZ)
In mehreren Städten Westjordaniens kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Arabern und israelischen Sicherheitstruppen, wobei insgesamt 9 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt werden.

23.11.74 (NZZ/SZ)
Die UNO-Generalversammlung erteilt der Palästinenser-Dachorganisation PLO mit 95 gegen 17 Stimmen bei 10 Enthaltungen in der UNO einen Beobachterstatus zu. Zuvor wurde mit 89 gegen 8 Stimmen bei 37 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und Souveränität zuerkannt wird. In der Resolution findet sich kein Hinweis auf ein Existenzrecht Israels.

27.11.74 (FR)
Die Arabische Liga spricht sich dafür aus, daß Israel auch nach der Gründung eines palästinensischen Staates weiterbesteht. Eine Vorbedingung dafür sei

---

jedoch, daß Israel das Recht der Palästinenser auf ein staatliches Eigenleben respektiere.

Der militärische Befehlshaber der PLO fordert eine Reduzierung Israels auf das Staatsgebiet, das den Juden in Palästina 1947 von den UN zugewiesen worden war. Dieses Gebiet besteht aus zwei nicht-zusammenhängenden Teilen und ist wesentlich kleiner als das Gebiet, das Israel nach dem Abzug der britischen Mandatstruppen 1948 in Besitz nahm.

Staaten des Persischen Golfs

27.11.74 (SZ/NZZ/Newsweek)
Erstmals seit 1948 taucht im Persischen Golf ein amerikanischer Flugzeugträger (die "Constellation") auf. Er wird begleitet von 2 amerikanischen Raketenzerstörern. Vor Bahrein liegen schon seit einiger Zeit 3 weitere kleinere Kriegsschiffe der US-Marine. Gleichzeitig werden auch von der iranischen Marine Schiffsbewegungen registriert. Dieser Vorgang stellte ohne Frage eine an die arabischen Ölstaaten am Persischen Golf gerichtete Interventionsdrohung der USA dar (d.h. Besetzung der Ölfelder am Golf für den Fall eines neuerlichen arabischen Ölembargos).

Im Indischen Ozean hält zur Zeit der CENTO-Pakt die bisher größten Seemanöver seiner zwanzigjährigen Geschichte ab. Dem CENTO-Pakt gehören die Länder Türkei, Iran, Pakistan, Großbritannien und - mit Beobachterstatus - die USA an.

ASIEN

Bangladesh

5.11.74 (NZZ)
Für das Rechnungsjahr 1974/75 erwartet die Regierung von Bangladesh ein Handelsdefizit von umgerechnet annähernd 3 Mrd. DM. Exporteinkünften von rund 1 Mrd. DM werden Importausgaben von ca. 4 Mrd. DM gegenüberstehen. Das Defizit wird danach die Exporterlöse des Landes um ein Dreifaches übersteigen. Die Devisenvorräte Bangladeshs gelten zur Zeit bereits als praktisch aufgebraucht. Angesichts dieser Lage setzt die Regierung jetzt große Hoffnungen auf die von japanischen, amerikanischen, kanadischen und jugoslawischen Gesellschaften geplanten Erdölexplorationen (Bohrungen) in der Bucht von Bengalen.

Bhutan

14.11.74 (NZZ)
Um nicht gleich dem Nachbarland Sikkim zum Opfer indischer Annektionspolitik zu werden, bemüht sich jetzt das Himalaya-Königreich Bhutan durch eine verstärkte Kontaktaufnahme zur VR China um mehr politische Bewegungsfreiheit gegenüber Indien. Indien fungiert seit 1949 (auf der Grundlage eines Freundschaftsvertrages) als außenpolitische Schutzmacht Bhutans.

Indien

Die Regierung Ghandi schickt sich offenbar an, Indien, unter Ausschaltung der bürgerlich-demokratischen Institutionen, quasi diktatorisch zu regieren (schleichender Staatsstreich von oben). So berichtet die Auslandspresse (Newsweek vom 28.10.; NZZ vom 19. und 20.11.) von einem wachsenden Druck der Regierung auf regierungskritische Zeitungen und Journalisten, auf oppositionelle Parteien und politische Widerstandsgruppen (Razzien, "Vorbeuge"-Verhaftungen, Haftstrafen ohne Gerichtsurteile), auf die Gewerkschaften (vgl. den Eisenbahnerstreik vom April d.J.) und auf die Rechtsprechung (zur Zeit insbesondere auf Richter, die sich mit den zahllosen Wahlschiebereien von Angehörigen der regierenden Kongreßpartei zu befassen haben). Die Armeeführung in Indien scheint dieser regierungsamtlichen Demontage der demokratischen Rechtsstaatlichkeit überwiegend indifferent oder wohlwollend gegenüberzustehen. Dazu trägt wohl wesentlich auch das großzügige Entgegenkommen bei, das die Regierung Gandhi in Etats- und Besoldungsfragen der Armee zu zeigen pflegt.

28.10.74 (Newsweek)
Vermutlich auf Betreiben der Regierung, wird der Chefredakteur der Tageszeitung "Hindustan Times", B.G. Verghese, seines Postens enthoben. Verghese hatte wiederholt Angehörige der Regierung der Korruption beschuldigt und die Annektion des Königreichs Sikkim (vgl. die Chronik, Heft 38) kritisiert. Besitzer der "Hindustan Times" ist der Industrielle Birla. Gegen Birla laufen zur Zeit staatliche Ermittlungen wegen Steuerhinterziehungen.

5.11.74
Im indischen Staat Bihar droht der 72-jährige parteilose Brahmane Narayan mit der Bildung einer Gegenregierung zu der lokalen Staatsregierung von Chefminister Ghafor (Kongreßpartei). Narayan (politische Ausrichtung: diffus-sozialkritisch, populistisch) versteht sich als Wiedererwecker der Mahatma-Gandhi-Bewegung und (in diesem Sinne) als Kämpfer gegen staatliche Korruption und parteipolitische "Selbstsucht". Narayan vermochte auf diese Weise, in den vergangenen Monaten in Bihar (und in angrenzenden Staaten) eine erhebliche Zahl von Anhängern hinter sich zu sammeln, die jetzt in Bihar auch zu ernster Herausforderung der regierenden Kongreßpartei geworden sind. In Patna, der Hauptstadt von Bihar, ist es bereits wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Narayan-Anhängern und der Polizei gekommen.

19.11.74 (NZZ)
Die Regierung setzt ein im letzten indisch-pakistanischen Krieg erlassenes

und rechtsgültig gewesenes Sondergesetz (Sondergesetz zur "Wahrung der Inneren Sicherheit") in Kraft, das verhafteten Personen für die ersten 6 Monate ihrer Haftzeit jedes juristische Einspruchsrecht gegen ihre Festnahme aberkennt. Die Regierung begründet diesen Schritt mit den Erfordernissen ihres Kampfes gegen die sog. Parallelwirtschaft der Schmuggler (vgl. Chronik, Heft 39). Beobachter vermuten demgegenüber, daß das genannte Gesetz der Regierung ein effektiveres Vorgehen gegen ihre politischen Gegner ermöglichen soll.

Zwei der Hauptaktionäre eines im Aufbau befindlichen indischen Automobilwerkes stehen zur Zeit unter dem Verdacht, in großangelegten Schwarzmarktschiebereien verwickelt zu sein. Eine diesbezügliche Anfrage von Oppositionspolitikern wird vom Informationsminister der Regierung mit einer ausweichenden Antwort beschieden (der Regierung lägen keine "spezifischen Informationen" dazu vor). Leiter des genannten Automobilwerkes ist der Sohn Indira Gandhis, Sanjay.



BETHLEHEM

Wenn man absieht von allem,
was fromme Legende hinzutat,
Ochs, Esel, Hirten auf dem Feld,
Engel, den Stern, die Heiligen Drei
Könige,
Jungfräulichkeit und Theologie,
bleibt ein Ereignis,
das in der Dritten Welt alle Tage
vorkommt:
irgendwo zwischen Delhi und Benares,
zwischen Bahia und Santiago,
zwischen Saigon und Danang.
Ohne ärztlichen Beistand, unterernährt,
nicht seßhaft und kaum, daß auf den
Mann Verlaß ist,
bringt eine Frau ihr Kind zur Welt,
das lebt entweder oder stirbt mit der
Mutter
noch im Kindbett, es siecht dahin,
verendet am Hunger oder an der
Schwindsucht.
Von Zeit zu Zeit hat so ein Wurm Glück,
es lernt Krankenhaus und Schule kennen
und kriegt satt zu essen. Dann verkünden
die Weisen aus dem Morgenland:
ein Mensch
ist Mensch geworden. Ziemlich sicher,
daß er,
sollte er Ansprüche geltend machen,
bald mit den Mächtigen in Konflikt gerät,
man wird ihn erledigen, und Wenigermutige
werden ihn als Märtyrer feiern,
die Mörder werden seine Lebensgeschichte
ausschmücken
bis sie wohnlich geworden ist und
weihnachtlich.

Peter Schütt

Kambodscha

22.11.74 (FR/NZZ)
In einem Bericht der 'Washington-Post' wird amerikanischen Militärexperten vorgeworfen, unter Mißachtung des Verbotes eines direkten militärischen Eingreifens in Kambodscha der kambodschanischen Luftwaffe bei der Auswahl und Bestimmung von Zielen für Bombenangriffe aktiv Hilfe zu leisten. Diese Lenkungshilfe soll auf der Grundlage von "Zielfilmen" erfolgen, die bei amerikanischen Aufklärungsflügen über kambodschanischem Gebiet erstellt werden.

28.11.74 (FR/BZ)
Die UNO-Vollversammlung hat mit knapper Mehrheit eine Resolution gebilligt, in der Friedensverhandlungen zwischen Lon Nol und den Roten Khmer gefordert wird. Den Sympathisanten des Lon Nol-Regimes in der UNO ist damit gelungen, die (seit langem fällige) Abstimmung über einen Antrag zu blockieren, in der die Übertragung des UNO-Vertretungsrechts von der Lon Nol-Regierung auf die Exilregierung Prinz Sihanouks fordert. Der Antrag wäre von der Vollversammlung wahrscheinlich mit großer Mehrheit gebilligt worden.

Philippinen

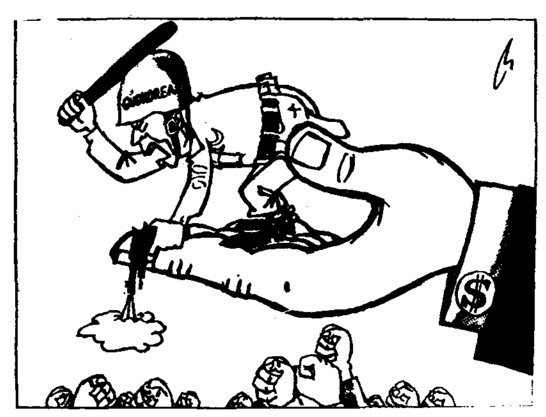
9.11.74 (NZZ)
Die Regierung Marcos will mit der im Süden der Philippinen kämpfenden moslemischen Sezessionsbewegung verhandeln. Sie hat dazu jetzt ihren Truppen eine zweimonatige Feuerpause angeordnet.

Südkorea

13.11.74 (SZ/NZZ)
In einem Schreiben von Familienangehörigen politischer Häftlinge an die Vereinten Nationen wird dem Park-Regime vorgeworfen: Hunderte von Geistlichen und Studenten mit Schlägen, Elektroschocks und ähnlichem gefoltert zu haben. Die Prozesse gegen politische Gefangene seien unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden.

22.11.74 (NZZ/SZ/FR)
Bei seinem eintägigen Besuch in Seoul bestätigt US-Präsident Ford, daß die USA gegenwärtig nicht die Absicht habe, ihre Truppen, die unter UN-Kommando in Südkorea stationiert sind (etwa 38 000 Mann, die auch mit atomaren Waffen ausgerüstet sind, FR), weder abzuziehen noch zu reduzieren.

Der Führer der offiziell zugelassenen oppositionellen Neuen Demokratischen Partei, Kim Yung Sam, der um ein Gespräch mit Ford gebeten hat, um diesem über die Unterdrückung der südkoreanischen Opposition durch die Regierung Park zu berichten, wird von Ford nicht empfangen.



Eine schützende Hand für den Terror Pak Tschung Hi's..

Vietnam

31.10.74 (NZZ/SZ)
Am Vortag des südvietnamesischen Nationalfeiertags kommt es in Saigon zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und mehr als 2 000 Demonstranten. Die Demonstranten fordern, wie schon wiederholt auf verschiedenen anderen Protestkundgebungen der letzten Wochen, den Rücktritt Thieus (dem schwere Korruption vorgeworfen wird) und die Wiederherstellung der Bürgerrechte in Südvietnam.

31.10./20.11.74 (NZZ)
3.12.74 (FR)
Ein im Oktober inszeniertes politisches Säuberungs-Spektakel, über das sich das Regime Thieu bei den amerikanischen Kongreßabgeordneten neuen politischen Kredit zu verschaffen hofft, hat inzwischen zu zahlreichen personellen Neubesetzungen in Regierung, Verwaltung und Armee geführt. So wurden insgesamt 10 Minister ausgewechselt, drei der vier Armeebefehlshaber ausgetauscht und zahlreiche andere Offiziere abgelöst. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Provinzgouverneuren gefeuert. Thieu selbst blieb im Amt!

LATEINAMERIKA

14.11./13.11.74 (SZ/NZZ)
Der Antrag von Costa Rica, Venezuela und Kolumbien, die auf Druck der USA 1964 gegen Kuba verhängten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen aufzuheben, fand in der Außenministerkonferenz der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) nicht die erforderliche zwei Drittel Mehrheit. Die drei faschistischen Militärdiktaturen Chile, Paraguay und Uruguay lehnten den Antrag ab, während sich 6 Staaten, darunter die USA, der Stimme enthielten.
Nach der Konferenz gaben die Vertreter von 4 lateinamerikanischen Staaten bekannt, daß sie sich an das OAS-Embargo gegen Kuba nicht mehr länger gebunden fühlen und diplomatische Beziehungen mit Kuba aufnehmen wollen. Sie folgen darin dem Beispiel von 4 weiteren Mitgliedsstaaten der OAS, die bereits vor der Konferenz Kuba wieder diplomatisch anerkannt hatten. An der Kuba-Frage droht die OAS, die aufgrund innerer Gegensätze schon in den letzten Jahren politisch kaum noch handlungsfähig war, jetzt vollends auseinanderzufallen.

Argentinien

Mit der Ende Oktober erfolgten Absetzung von Wirtschaftsminister Gelbhard und der Ernennung des Rechts-Peronisten Morales zu seinem Nachfolger, hat die gegenwärtige Regierung in Argentinien nun endgültig mit der von Juan Peron geprägten Politik gebrochen - einer Politik, die gekennzeichnet war durch das Bündnis von Gewerkschaftsbürokratie, nationalem Unternehmertum und sozialrevolutionärer Jugend. Über die Ernennung Morales zum neuen argentinischen Wirtschaftsminister hat das internationale Großkapital, gegen das Juan Peron zumindest noch vorgab zu kämpfen, sozusagen wieder offiziell Sitz und Stimme in der argentinischen Regierung zurückerhalten, denn Morales hatte sich vor seiner Minister-Ernennung in unzweifelhafter Weise mit den Interessen des ausländischen Kapitals in Argentinien identifiziert.

Der Prozeß der Verdrängung der Linksperonisten und der "Gemäßigten" aus den Entscheidungsfunktionen von Staat und Gewerkschaften hatte bereits unter Juan Peron selbst eingesetzt. Er ist nun, nach dem Tod von Peron, von seiner Frau Isabel und ihrem persönlichen Berater, Sozialminister Rega, konsequent zu Ende geführt worden.

Der Anfang September von der Regierung verhängte Ausnahmezustand hat der schon seit Monaten zu verzeichnenden staatlichen Willkür jetzt auch die letzten Fesseln genommen. So unterscheidet sich Argentinien in bezug auf die derzeitigen staatlichen Repressionsmaßnahmen kaum noch wesentlich von den Militärdiktaturen in Brasilien, Chile oder Bolivien: Besetzungen von Universitäten durch die Polizei, staatliche Gleichschaltungsbe-

strebungen gegenüber den Gewerkschaften, Publikations- und Versammlungsverbote für peronistische und nicht-peronistische Linksgruppierungen, rücksichtslose Anwendung des sog. Sicherheitsgesetzes, nach dem beispielsweise schon der bloße Besitz "subversiven" Publikationsmaterials eine Verhaftung rechtfertigen kann und schließlich auch die Ausweisung chilenischer Flüchtlinge - ein Vorgang, der in vielen Fällen auf eine direkte Auslieferung der Flüchtlinge an die chilenische Junta hinausläuft (SZ vom 5.11.74; NZZ vom 12. und 25.11.74; Chile-Nachrichten Nr. 21/Beilage).

4.11.74 (NZZ)
Einer jetzt den Gewerkschaften zugebilligten Lohnerhöhung von 15 % (gefordert waren 30 %) steht in Argentinien ein derzeitiger Kaufkraftschwund von 22 % gegenüber. Die genannte Lohnerhöhung wird also wiederum auf eine Reallohnsenkung hinauslaufen. Permanente Reallohnsenkungen kennzeichnen die Lage der argentinischen Arbeiter nun schon seit Mitte der sechziger Jahre.

Folgenden - auf portugiesisch abgefaßten - Drohbrief erhielt ein brasilianischer Chileflüchtling von der AAA:

ALIANZA ANTICOMUNISTA ARGENTINA

Buenos Aires,
21. Oktober 1974

Herrn
Jorge Luiz Baccim Mendes

Straße Maipu Nr. 907
Buenos Aires

Ich teile Ihnen mit, daß das Hohe Kommando aus außerordentlich glaubwürdigen Quellen informiert wurde, daß Sie Erklärungen gegenüber der lateinamerikanischen Presse abgaben, in denen Sie sagten, die Organisation "Alianza Argentina Anticomunista" sei eine dem Todesschwadron von Brasilien ähnliche Organisation.

Angesichts dieses Problems beschließen wir:

1. Sie als einen Unerwünschten Ausländischen Bolschewiken zu betrachten.
2. Zu bestimmen, daß Sie die Republik Argentinien innerhalb von höchstens 15 (fünfzehn) Tagen verlassen müssen, vom 25. (fünfundzwanzigsten) Oktober an gerechnet.

Dieser Beschluß gründet sich darin, daß wir bereits zuviele Probleme mit unerwünschten argentinischen Kommunisten haben und keinesfalls gestatten werden, daß aus Chile importierte Kommunisten kommen, um in der Republik Argentinien Unruhe zu stiften.

Dieser Brief ist in Ihrer eigenen Sprache geschrieben, damit Sie keine größeren Interpretations-Schwierigkeiten haben.

A.A.A.

4.11.74
An Bord ihrer Luxusjacht fallen der argentinische Polizeichef Villar und seine Frau einem Bombenanschlag zum Opfer. Villar hatte sich unter dem Regime Ongania als Folterexperte einen Namen gemacht. Er war dann von J. Peron kurz vor dessen Tod gegen den Widerstand der Linksperonisten zum Polizeichef gemacht worden. Inzwischen sollen sich die Montoneros (linksrevolutionäre Gruppe, die aus der Peronistischen Jugend hervorgegangen ist) zu dem Anschlag bekannt haben.

Vier Tage nach dem Attentat auf Villar verhängt Präsidentin Peron den Ausnahmezustand über Argentinien.

Zwei Uruguayer berichten in Schweden aus eigener Anschauung über die Folterpraktiken der faschistischen Terrororganisation AAA (Argentinische Antikommunistische Alliance). Sie sind die ersten Personen, denen es gelungen ist, einer Gefangenschaft bei der AAA lebend zu entkommen. Die AAA, die sich überwiegend aus dienstentlassenen oder -beurlaubten argentinischen und uruguayischen Polizisten zusammensetzt, arbeitet mit Billigung und aktiver Unterstützung höchster Regierungsstellen in Argentinien. So stehen der AAA beispielsweise Polizeiautos und polizeiliche Dienstausweise zur Verfügung.

Ausgelöst durch die zahlreichen Mordanschläge und Morddrohungen der AAA erlebt Argentinien gegenwärtig einen Massenexodus von linken und liberalen Politikern, Intellektuellen, Künstlern, Journalisten und anderen Personengruppen seiner geistigen Führungselite.

5./7.11.74 (SZ/NZZ)
Der Südamerikakorrespondent der ARD, Walter Hanf, und seine Sekretärin, Frau Allgeier, sind nach einer über einwöchigen Haftzeit von den argentinischen Behörden wieder freigelassen worden. Hanf und Allgeier wurden während ihrer Haftzeit weder einem Richter vorgeführt noch erhielten sie über eine ordnungsgemäße Anklageschrift offiziell Aufschluß über den Grund ihrer Verhaftung. Wie aus den Polizeiverhören hervorgeht, wurden Hanf und seiner Sekretärin Kontakte zu argentinischen Untergrundorganisationen unterstellt. Zu vermuten ist, daß es sich bei der Verhaftung von Hanf und Allgeier in Wahrheit nur um ein gegen kritische Auslandskorrespondenten gerichtetes Einschüchterungsmanöver handelte.

Bolivien

9.11./11.11.74 (SZ/NZZ)
Regierungstreue Truppe schlagen in der bolivianischen Wirtschaftsmetropole Santa Cruz einen Putschversuch aufständi-

scher Armee-Einheiten nieder. Die Führer des Aufstandes, General Alvarez und General Prado, sollen in Richtung Amazonas geflohen sein. Prado - ehemaliger Che-Guevara-Jäger - ist zusammen mit Alvarez Repräsentant der in Opposition zu Banzer stehenden unteren Ränge der Armee. Letztere sympathisieren mit dem politischen Kurs der peruanischen Junta (vgl. die Chronik, Heft 36/37; FR vom 3.9.74).
Nach der Niederschlagung der genannten Rebellion erklärt Banzer seine im September (auf Druck opponierender Armeekreise) gemachte Zusage für die Anberaumung von Wahlen im Oktober nächsten Jahres für hinfällig. Als frühesten Wahltermin nennt Banzer jetzt das Jahr 1980.

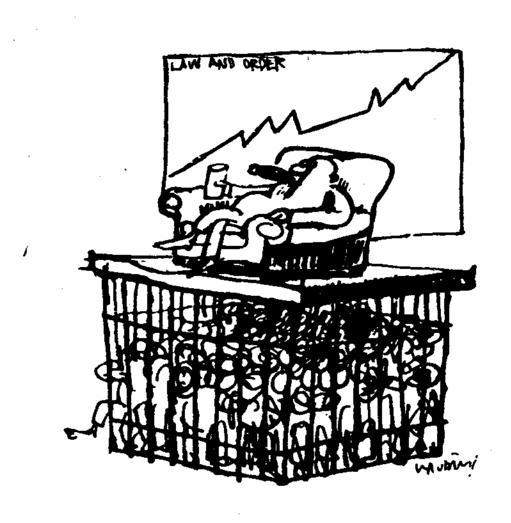
11.-15.11.74 (Excelsior/Mex./NZZ/SZ)
In Reaktion auf die wachsende staatliche Repression ruft der seit 1971 in der Illegalität arbeitende bolivianische Gewerkschaftsbund CCB zu einem Generalstreik auf. Dem Streik schließen sich die Arbeiter aller größeren Bergwerksgesellschaften und der meisten Industrieunternehmen des Landes an. Gleichzeitig finden in Cochabamba, wo bereits vor einigen Monaten Bauernaufstände und Studentenstreiks blutig niedergeschlagen wurden, verbotene öffentliche Protestkundgebungen gegen das Regime Banzer statt. Die Regierung ordnet daraufhin für die Streitkräfte des Landes den Alarmzustand an und läßt die von den Arbeitern bestreikten Fabriken von Soldaten besetzen. Nach Informationen aus der Armeeführung sollen die von dem Aufstand betroffenen Regionen vorläufig unter militärische Verwaltung gestellt werden.

Brasilien

20.11.74 (The Times); 28.11.74 (FR); 21.11.74 (NZZ/SZ)
Aus den brasilianischen Parlamentswahlen vom 15.11. ging die einzige in Brasilien zugelassene Oppositionspartei, die Movimento Democratico Brasiliero (MDB), mit einem sensationell hohen Sieg über die Regierungspartei Arena hervor. Die MDB, die eine Art von Wahlbündnis aus verschiedenen politischen Gruppierungen mit einer extrem großen ideologischen Bandbreite darstellt, konnte gegenüber der Arena annähernd die doppelte Zahl an Stimmen (13,1 Mill. gegenüber 7,5 Mill.) auf sich vereinigen.

An den politischen Machtverhältnissen in Brasilien wird der Sieg der MDB unmittelbar nichts ändern: Die regierenden Militärs hatten vorsichtshalber nur 1/3 der Parlamentssitze, 22 von insgesamt 66, zur Wahl ausschreiben lassen. Danach vermochte die MDB ihre Sitzezahl nur auf 20 zu erhöhen, womit sie nicht einmal die Zwei-Drittel-Mehrheit der regierenden Arena-Partei brechen konnte.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen ist nicht unbedingt als ein direkter Vertrauensbeweis der brasilianischen Wähler für die MDB zu werten. Richtiger ist es wohl, dieses Resultat als einen massiven Protest der brasilianischen Bevölkerung gegen die Politik der Militärjunta zu interpretieren. Beobachter befürchten deshalb auch, daß sich aufgrund dieser Wahlerfahrung in der regierenden Militärjunta gegenüber dem Juntavorsitzenden Geisel wieder der harte Flügel durchsetzen könnte, um sofort Schluß zu machen mit dem von Geisel in jenen Parlamentswahlen beschrittenen Liberalisierungskurs.



25./27.11.74 (Spiegel/NZZ)
Über einen Dumping-Prozeß, den die brasilianische Kartellbehörde CADE gegen den Schweizer Elektroriesen BBC führte, wurde ein Kartellvertrag zwischen den 9 größten internationalen Elektrokonzernen, darunter den deutschen Firmen AEG und Siemens, aufgedeckt. In diesem Vertrag ist vereinbart, daß jedes Mitglied des Pols verpflichtet ist, durch Gemeinschaftsaktionen alle "Außenseiter" abzudrängen und Lieferangebote nach Preisen zu bestimmen, die vorher das Kartell unter sich ausgemacht hat. Wörtlich heißt es in diesem Vertrag:
"Nichtmitglieder und Abtrünnige werden systematisch bekämpft. Mitglieder lösen sich bei der Durchführung der Kampfmaßnahmen ab. (Artikel 50) Keinerlei Angebot darf ohne vorherige Rücksprache mit dem Sekretär des Kartells abgegeben werden (Artikel 12). Zuwiderhandlungen können mit einer Geldstrafe von 20 % des angenommenen Auftrags belegt werden (Artikel 32)."
Kartellmitglieder, denen aus diesem Kartellvertrag Geschäftseinbußen erwachsen, erhalten aus einem speziellen Fonds Ausgleichszahlungen. Mit diesen und ähnlichen Praktiken sollen 85,4 % der brasilianischen Elektro- und Maschinenbauindustrie in die Hände ausländischer Unternehmen geraten sein. Der BBC-Prozeß endete (bezeichnenderweise!) in einem Freispruch für den Konzern.

Chile

Nach Schätzungen zuverlässiger Stellen beläuft sich die Arbeitslosenquote in Chile inzwischen auf etwa 18 %. Die

Zahl der Arbeitslosen wird bis Jahresende aufgrund geplanter Personaleinsparungen in der staatlichen Verwaltung (um einem Staatsbankrott vorzubeugen) noch um einige Zehntausend anwachsen.

Mit dem Beschluß einer "automatischen Lohnangleichung" an die jeweilige regierungsamtlich ermittelte Inflationsrate friert die Junta die Reallöhne der chilenischen Arbeiter vorläufig auf dem gegenwärtigen Tiefststand ein (Chile-Nachrichten; 21).

Bewußte Arbeitsverschleppung und Sabotageakte gegen militärische Einrichtungen und Anlagen in Industriebetrieben sind die derzeitigen Formen des Widerstandes der chilenischen Linken gegen die Herrschaft der Junta. Auf einen bewaffneten Widerstand fühlen sich die linken Widerstandsgruppen im chilenischen Untergrund zur Zeit noch nicht ausreichend vorbereitet (fehlende Einigkeit und keine schlagkräftige Organisationsform, fehlende Waffen).

4.-23.11.74 (FR/NZZ)
Bei verschiedenen Großrazzien - sie richten sich z.Z. insbesondere gegen die linksrevolutionäre Bewegung MIR - werden, offiziellen Angaben zufolge, insgesamt 26 Mitglieder des MIR, darunter das Führungsmitglied Claudio Rodriguez, verhaftet und zwei weitere Mitglieder bei Schießereien getötet.

Laura Allende Pascal, Schwester des gestürzten Staatspräsidenten Allende und ehemals Abgeordnete der Sozialistischen Partei, ist verhaftet worden. Ihr wird vorgeworfen, über ihren Sohn, nach dem die Polizei zur Zeit fahndet, Verbindungen zum MIR zu unterhalten.

9./10.11.74 (NZZ/Kölner Stadtanzeiger)
In der Auseinandersetzung um die Auszahlung eines Chile noch zur Regierungszeit von Allende zugesagten Kapitalkredits in Höhe von 21,5 Mill. DM hat sich im Bundeskabinett der BRD die Position der SPD durchgesetzt. Gegen das Votum der FDP (die FDP hatte unter Hinweis auf die Abhängigkeit der BRD von der chilenischen Kupferversorgung sogar noch zusätzliche Entwicklungshilfe-Leistungen für 1975 gefordert) wird einem Beschluß der Bundesregierung zufolge die Auszahlung des genannten Kredits von einer, wie es heißt, "Änderung der politischen Verhältnisse" in Chile und von dem Verhalten der Junta gegenüber den politischen Gefangenen in Chile abhängig gemacht. Die SPD-Minister im Kabinett sollen sich in ihrer Entscheidung wesentlich von dem Argument Bahrs haben leiten lassen, daß eine Auszahlung des 21,5 Millionenkredits das Verhältnis der BRD zu verschiedenen anderen Dritte Welt-Ländern negativ beeinflußt hätte.

22.11.74 (SZ)
Zum Abschluß des Staatsbesuchs von H.J. Wischnewski (Staatssekretär im Auswärtigen Amt) in Chile, gab die Junta bekannt, sie sei bereit, 14 politische Häftlinge in die BRD ausreisen zu lassen. Wischnewski hatte im Auftrag der Bundesregierung über die Freilassung von 42 Häftlingen sowie über "verschiedene bilaterale Fragen" verhandelt. Näheres dazu wurde nicht bekannt (vgl. Bulletin der Bundesregierung, 28.11.74).

Mit acht Millionen Dollar unterstützten die USA das subversive Treiben des CIA gegen die Allende-Regierung in Chile. Auf die Frage, wie dies mit dem Völkerrecht vereinbar sei, antwortete der neue US-Präsident Ford, es sei nun einmal eine von der Geschichte wie der Gegenwart "anerkannte Tatsache", daß subversive Operationen wie die in Chile "im besten Interesse der betroffenen Staaten" unternommen würden.

Nach: Die Zeit, 27.9.74, S. 4

Mexico

16.11.74 (FR)
Wie jetzt offiziell bekannt geworden ist, liegen die jüngst gemachten Erdölfunde in den mexicanischen Bundesstaaten Tabasco und Chiapas mengenmäßig weit unter den Zahlen, die zunächst gerüchteweise von amerikanischer Seite ausgestreut worden sind. Die Öllager werden ausreichen, den Eigenbedarf Mexicos zu decken. Darüber hinaus aber werden nur kleinere Mengen von Mexico exportiert werden können (letzteres soll, wie von Regierungsseite mittlerweile erklärt worden ist, unter OPEC-Bedingungen geschehen). Von US-amerikanischer Seite war ursprünglich behauptet worden, die in Mexico entdeckten Öllager entsprächen mengenmäßig denen am Persischen Golf. Von derselben Seite war in diesem Zusammenhang zugleich mit der Möglichkeit gedroht worden, durch eine Überschwemmung des Weltmarktes mit billigem mexicanischem Öl einen Preis-Einbruch auf dem Erdölmarkt herbeizuführen.

Peru

19.-24.11.74 (NZZ/SZ)
Nachdem schon im August die wichtigsten peruanischen Tageszeitungen enteignet worden waren (vgl. Chronik, Heft 38), sind jetzt im weiteren drei Wochenblätter verboten worden: die im Prinzip regierungsfreundliche "Oiga", die rechtsoppositionelle "Opinión libre", das englischsprachige Wirtschaftsmagazin "Peruvian Times". Die Mitarbeiter der Zeitungen wurden des Landes verwiesen oder unter gesetzliche Anklage gestellt.
So sehr einerseits diese gegenüber der

Presse geführte Enteignungs- und Verbotspolitik der Regierung als Schlag gegen Kapital und Großgrundbesitz in Peru (die Besitzer der Tageszeitungen waren in der Regel mit den Kapital- und Großgrundbesitzerkreisen Perus eng verquickt) zu begrüßen ist, so wenig ist daran andererseits aber die Hoffnung zu knüpfen, daß sich die enteigneten Zeitungen und Zeitschriften zukünftig einer linken Kritik an den Herrschaftsverhältnissen in Peru öffnen werden. Die Pressepolitik der Regierung zielt aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf eine Gleichschaltung der Presse ab - im Sinne einer breiten publizistischen Abstützung der Herrschaftsinteressen der regierenden Junta. (Zur gegenwärtigen Lage in Peru vergleiche die "blätter", Nr. 33/37.)

Das fünfköpfige Direktorium der Anwaltskammer von Lima ist verhaftet worden, nachdem das Gremium in einer Denkschrift ein Abkommen zwischen der Regierung und japanischen Firmen über den Bau einer Pipeline vom Amazonas zum Pazifik als verfassungswidrig erklärt hatte. Entgegen den bisherigen in Peru gültigen Regelungen war der Vertrag nach ausländischem (hier: japanischem) Recht geschlossen worden (SZ vom 28.11.74).

137 Mitglieder des US-amerikanischen Peace Corps, denen behördlicherseits enge Kontakte mit der CIA nachgesagt wird, sind aus Peru ausgewiesen worden.

<u>Uruguay</u>

13.11.74 (Il Manifesto)
200 Professoren und andere Mitglieder der Universitätskliniken des Landes traten von ihren Posten zurück, nachdem sie von dem rechtsgerichteten Regime Bordaberry aufgefordert waren, eine Treueerklärung zu unterschreiben, in der sie sich zur vorbehaltlosen Zustimmung zur gegenwärtigen Regierung Uruguays bekennen und einen Eid darüber ablegen, niemals einer Organisation angehört zu haben oder noch anzugehören, die von dem Regime Bordaberry zu illegalen Organisationen erklärt worden sind. Dazu gehören alle bürgerlichen und sozialistischen Parteien sowie die wichtigsten Gewerkschaften des Landes. In der medizinischen Fakultät in Montevideo arbeiten zur Zeit nur noch 15 Angestellte.

22.11.74 (NZZ)
Lohnerhöhungen von durchschnittlich 20 % stehen in Uruguay gegenwärtig einer Inflationsrate von durchschnittlich 73,5 % gegenüber (bezogen auf die lebensnotwendigen Güter). So verteuerten sich in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres beispielsweise die Preise für Milch um 78 %, für Zucker um 129 %, für Reis um 91,5 % und für Brot um 51,1 %.

<u>Venezuela</u>

2.11.74 (L'Unita)
Die Regierung Perez kündigt für den 1. Januar nächsten Jahres (gegen die Zahlung einer Entschädigungssumme von insgesamt 200 Mill. Dollar) eine Verstaatlichung aller Eisenerzgruben Venezuelas an. Diese Gruben befinden sich zur Zeit in Händen der beiden großen US-amerikanischen Bergwerks-Gesellschaften "Orinoco Mining" und "Iron Mines". Die venezulanischen Eisenerzminen zählen zu den reichsten des lateinamerikanischen Kontinents. Venezuela bestreitet mit seinem gegenwärtigen Eisenerzexport 7 % des insgesamt auf dem Weltmarkt angebotenen Eisenerzes. Alleiniger Abnehmer des venezulanischen Eisenerzes ist die USA.

---

iz3w ZIEHT UM

Aufgrund der Ausdehnung unserer Arbeit wurden die Platzverhältnisse in unserer alten 'Bleibe' immer beengter, die Arbeitsmöglichkeiten immer unerträglicher.



Auch wenn das für uns mit einer starken Anspannung unserer Finanzlage verbunden ist, müssen wir nunmehr in größere Räume umziehen.

BEACHTEN SIE AB MITTE JANUAR UNSERE

Neue Besucheradresse

78 <u>Freiburg</u>, <u>Scheffelstr. 49</u>

sowie unsere

Neue Telefonnummer

<u>(0761) 7 40 03</u>

In diesen Räumen ist neben unserem Büro das umfangreiche Archiv untergebracht, in dem regelmäßig wichtige Informationen aus über 100 Zeitungen und Zeitschriften gesammelt werden.

Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir Material aus diesem Archiv und unserer Präsenzbibliothek nicht ausleihen können; gerne stellen wir dieses Material jedoch allen Interessenten zur Einsichtnahme und Bearbeitung in unseren Räumen zur Verfügung. (Vorteilhaft ist es, wenn Sie sich zuvor telefonisch vergewissern, ob einer unserer Mitarbeiter zu einer Ihnen passenden Zeit anwesend ist.)
Unser Büro ist in der Regel werktäglich von 15 - 18 Uhr besetzt.

FREMDARBEITER

Rechtsnot einer diskriminierten Minderheit

von Haris Katsoulis

1. Allgemeine Grundrechte und ausländerrechtliche Bestimmungen

Gegenwärtig leben und arbeiten in der Bundesrepublik etwa vier Millionen Ausländer. Die Zahl der schönfärberisch als "Gastarbeiter" Bezeichneten schätzt man allein in Europa auf über elf Millionen. Diese Tatsache kann einen veranlassen, von einer "Zehnten Nation der Europäischen Gemeinschaft" zu sprechen.

Trotz europäischer Einigungspolitik und des konstanten und umfangreichen Phänomens der Arbeitskräftewanderungen genießen ausländische Arbeit"nehmer" in den verschiedenen Aufnahmeländern Europas weniger Rechte, jedoch gleiche Pflichten wie die Einheimischen.

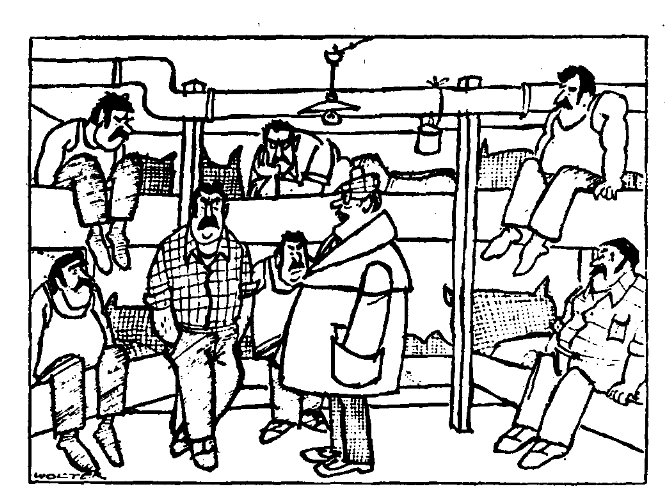
Aus der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO" und der "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" gehen die Grundrechte hervor, die für alle Menschen Geltung haben. Auch Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) der BRD verkündet: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Und in Art.3 Abs. 3 GG heißt es weiter: "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden!"

Doch nach dem Ausländergesetz vom 28.4. 1965 und den Bestimmungen anderer ausländerrechtlicher Erlasse und Vorschriften, denen Ausländer, die in der BRD leben und arbeiten, unterworfen sind, werden ausländischen Arbeitern wesentliche staatsbürgerliche Rechte vorenthalten. So geht aus der "Allgemeine(n) Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes", die die am 7.7.1967 im Ministerialblatt 1967, Seite 231, veröffentlicht wurde, Folgendes hervor: "Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), der Vereinsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG)."

Nach offiziellen Verlautbarungen hält die Ausländerpolitik der BRD nach wie vor an der Formel fest, "die BRD ist kein Einwanderungsland", also an der These von dem "Provisorium der Ausländerbeschäftigung", obwohl man inzwischen längst erkannt hat, daß die bundesrepublikanische Wirtschaft auf die ausländischen Arbeiter sogar in Rezessionszeiten nicht verzichten kann. Somit ist die BRD de facto ein Einwanderungsland geworden. Diese widersprüchliche Sachlage zwingt die Bundesrepublik, eine "schizophrene Gastarbeiterpolitik" zu verfolgen. (1

Hauptzweck der "Gummiparagraphen" des Ausländergesetzes und der ausländerrechtlichen Bestimmungen ist die Bemühung, durch den vielfach scharf kritisierten "breiten Ermessensspielraum" der Ausländerbehörden einen besseren "Schutz" der bundesrepublikanischen "Belange" vor den Ausländern, und vor allem vor den gesellschaftspolitisch kritisch Denkenden zu gewährleisten. (2)

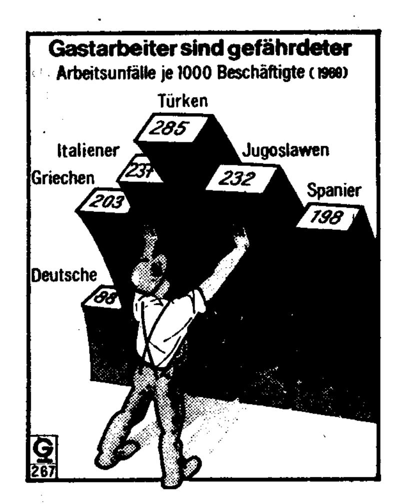
Verstoß gegen diese Bestimmungen und "Beeinträchtigungen der Belange der BRD" können nach § 1o AuslG. zur Ausweisung des Ausländers führen. Eine wenige Beispiele aus dem"Dickicht des Fremdenrechts" (3) können die Ausweisungstatbestände verdeutlichen. Sie zeigen den "Geist und die Intention" dieses als



«Was, achtzig Mark Miete von jedem ist euch zuviel?»
(Zeichnung: Jupp Wolter, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 18. 5. 1973

"weltoffen", "liberal" (4) oder sogar als "das liberalste Ausländergesetz der Welt" (5) gerühmten Gesetzes, das erst 1965 die nationalsozialistische "Ausländerpolizeiverordnung" (APVO) von 1938 ablöste: "Trunkenheit am Steuer" kann beispielsweise als Ausweisungsgrund herhalten, denn "wer die Verkehrssicherheit gefährdet, gefährdet die innere Sicherheit des Staates", des weiteren "Verstoß gegen eine Vorschrift des Aufenthaltsrechtes" (z.B. Versäumnis der fristgerechten polizeilichen Anmeldung), "Inanspruchnahme der Sozialhilfe", Meineid, Arbeit ohne Arbeitserlaubnis, "aber auch lesbische Liebe und die wilde Ehe des Ausländers mit einer deutschen Frau" können zur Ausweisung führen (Beispiele

nach dem Kommentar zum Ausländerrecht, Fußnote 5), da diese Tatbestände angeb lich "die öffentliche Gesundheit und Sittlichkeit" gefährden (§ 1o, Abs. 9 Ausl.G.).
Die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung wird durch das Ausländergesetz "dicht an den Rand des Gnadenaktes" gerückt (6). So lautet § 1 Abs. 1 AuslG.: "Ausländer können nach Maßgabe dieses Gesetzes in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einreisen und sich darin aufhalten." Und § 2 Abs. 1 AuslG.:"Ausländer, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einreisen und sich darin aufhalten wollen, bedürfen einer Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt." Andere bezeichnen diese Vorschrift als ein "generelles Zulassungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt. (7)



Aus solchen Paragraphen geht hervor, daß allein Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte bestimmen, ob eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Was "Belange der BRD sind, zeigen folgende Zitate: (8)
Es sind u.a. "eine bestimmte Situation der Wirtschaft oder des Arbeitsmarktes", die "Befürchtung ungünstiger Auswirkungen", etwa "weil sich zu viele Ausländer in der BRD befinden", "Beseitigung des Arbeitskräftemangels, Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit Deutscher". "Soweit die Aufenthaltserlaubnis nicht zwingend wegen der Beeinträchtigung der Belange der BRD abgelehnt werden muß, entscheidet die Behörde nach pflichtgemäßem, der Natur der Sache (!) nach weitem Ermessen. Hierbei sind alle einschlägigen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Außer Gründen, die in der Person des Ausländers liegen, sind insbesondere auch Gründe politischer oder wirtschaftlicher Art sowie Belange des Arbeitsmarktes zu beachten."

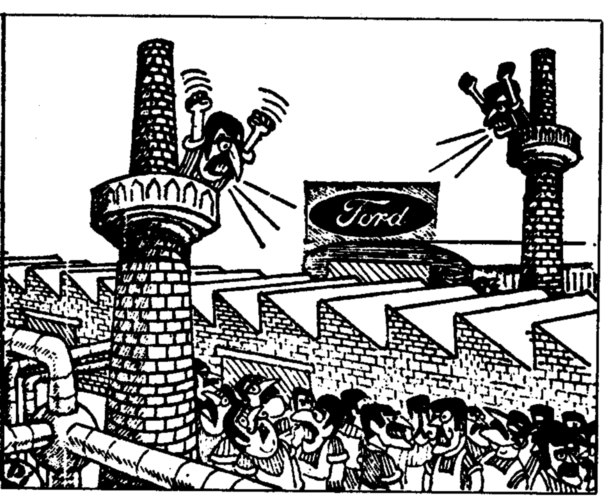
Nach dem selben Ausländergesetz kann mißliebigen, gesellschaftspolitisch engagierten Ausländern ein "politischer Maulkorb" umgehängt werden. So besagt § 6 Abs. 2 AuslG.:"Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder von Beinträchtigungen der politischen Willensbildung in der BRD oder sonstige erhebliche Belange der BRD es erfordern."

Der darin angesprochene Tatbestand kann schon dann vorliegen (und dies liegt im Ermessen der Beamten der Ausländerbehörden), wenn ein Ausländer z.B. an einer Demonstration gegen den Krieg in Vietnam teilnimmt, oder gegen die Apartheid des Rassistenregimes in Südafrika, die Diktaturen in Spanien, Griechenland, oder Spanien, da dies die "Beziehungen der BRD" zu den oben genannten "befreundeten Staaten" belastet und somit aussenpolitische Belange der BRD (z.B. Geschäfte der deutschen Industrie mit dem Schah von Persien) beeinträchtigen kann.
Beispiele versuchter oder vollzogener Ausweisung politisch engagierter Ausländer gibt es genug. Ich verweise hier nur auf die Ausweisungsfälle des nigerianischen Studenten Abi Ifeobu aus Hamburg (März 1967), des farbigen südafrikanischen Dozenten Dr. Franz J. T. Lee, der Perser A. Taheri (Juli 1969) aus Frankfurt und Dr. B. Nirumand aus Berlin (Januar 1969), des spanischen Gastarbeiters und Francogegners Campanario, des Argentiniers Daniel Basi (Mai 1969), des haitischen Staatsangehörigen Phillip Menelas (Mai 1969) etc .
An dieser Stelle muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß nur auf Grund der bundesweiten Proteste und der praktischen Solidarität es gelungen ist,bei einem großen Teil dieser Fälle eine Aufhebung der Ausweisungsverfügungen durchzusetzen. Andererseits muß man zugeben, daß diese Fälle aufgrund besonderer Umstände bzw. der exponierten Stellung der Betroffenen bekannt wurden. Wieviele solcher Fälle werden jedoch nicht bekannt?

Nach §7 Abs. 3 AuslG. kann die Aufenthaltsgenehmigung "mit Bedingungen und Auflagen versehen werden". Sie kann sogar "nachträglich räumlich und zeitlich beschränkt sowie mit Bedingungen und Auflagen versehen werden". Danach kann die Aufenthaltserlaubnis eines Ausländers - und sie wird es zumeist - an die Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb gebunden werden. Danach lautet der Stempel im Saß des Ausländers folgendermaßen: "Die Aufenthaltserlaubnis wird ungültig bei Aufgabe der Tätigkeit bei der Firma X." Und Ausländerrechtskommentator Kanein betont: Eine Aufenthaltserlaubnis "darf nur erteilt werden, soweit es das schutzwürdige Interesse der Wirtschaft erfordert."(1o)

Auch der folgende Auszug aus dem"Kommentar zum Ausländergesetz" des Ausländerrechtsexperten G. Weißmann zeigt den wahren "Geist" dieses "liberalen", "weltoffenen" und "fortschrittlichen" Ausländergesetzes, das nichts anderes ist als ein disziplinierendes, "arbeitsmarktregulierendes" Instrument zur Ausbeutung und zur Sicherung der reibungs-

losen Zu- und Abfuhr von Arbeitskräften (Materialbeschaffung) aus den europäischen Perepherieländern gemäß den Interessen der deutschen Wirtschaft: "Bei längerer Krankheit",so der Kommentar, "kann die Aufenthaltserlaubnis versagt werden, weil der Zweck des Aufenthalts, nämlich die Arbeitnehmertätigkeit und damit Hilfe für die deutsche Wirtschaft und Industrie nicht mehr vorliegt." (11)



„Nix Ramadan. Wir Remmidemmi!" Handelsblatt

Ausländerhetze im Handelsblatt (während des Streiks türkischer Arbeiter bei Ford)

2. Internationaler Rechtsvergleich

An dieser Stelle möchten wir auf ein Argument eingehen, daß häufig von den Apologeten des Ausländergesetzes angeführt wird und mit dem versucht wird, die berechtigte Kritik an diesem repressiven Gesetzeswerk abzuwehren, nämlich auf die Behauptung, daß das bundesrepublikanische Ausländergesetz im internationalen Rechtsvergleich trotz allem sehr gut abschneide.

Dazu zwei Stellungnahmen:
Dr. Dietmut-Majer kommt in einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung publizierten Rechtsvergleich zu folgendem Schluß: "Anhand dieses nur kursorischen Überblicks ergibt sich bereits, daß das deutsche Ausländergesetz auf den meisten der erörterten Gebiete enger und restriktiver als die Vergleichsrechte gefasst ist und häufig weit mehr als diese mit Generalklauseln arbeitet. Sicher gilt für alle Länder, daß die Liberalität des Ausländerrechtes sich danach richtet, "wie liberal die Ausländerbehörden sind". Jedoch zeigen sich bereits in der Formulierung, in dem Verhältnis Regel- und Ausnahmetatbestand sowie in der Verwendung und Weite von Generalklauseln Geist und Intention eines Gesetzes. Das deutsche Ausländergesetz ist dabei häufig von einer Restriktion und Kleinlichkeit, die sich deutlich gegenüber anderen Ländern abheben."(12)

Der Darmstädter Rechtsanwalt Dr. Hans-Heinz Heldmann äußert sich wie folgt dazu: "Der Text des Ausländergesetzes läßt eine Gesetzesanwendung zu, die gegen höherrangige verfassungsrechtliche oder völkerrechtliche Normen verstößt. Darüber hinaus halte ich das Gesetz selbst für verfassungswidrig, wo es das Verbot jeglicher poltischer Betätigung vorsieht und wo es unbestimmte Ermächtigungen für ein gerade unbegrenztes Verwaltungsermessen gibt." (13)

Wenn nun ein Gesetz, das als ein "Rückfall in den Polizeistaat" (14) bezeichnet wurde und das - wie wir auch mit einigen Beispielen gezeigt haben,- die Menschen lediglich zu einer Ware degradiert und sie allein auf ihre Arbeitskraft reduziert, trotzdem als "weltoffen", "fortschrittlich" und als "das liberalste Ausländergesetz der Welt" gelobt wird, so klingt das nicht nur wie ein Zynismus, sondern offenbart auch, was man von den diese Ausländergesetze umrahmenden "freiheitlich demokratischen Grundordnungen" und von Bezeichnungen wie "freie" oder "soziale Marktwirtschaft" bzw. "demokratischer und sozialer Rechtsstaat" zu halten hat. Und nicht zuletzt enthüllen solche offiziellen Feststellungen schlechthin das System industrialisierter Länder dieses Teils der Welt, das aus der Ausländerbeschäftigung profitiert und sich selbst das Verschönerungsadjektiv "frei" verliehen hat.

3. Ausländerrecht - Das Recht der Herrschenden am Ausländer

Aufgrund dieser Sach- und Rechtslage können wir zusammenfassend Folgendes feststellen: "Das Ausländerrecht ist nicht das Recht der Ausländer oder für die Ausländer sondern das Recht der Herrschenden am Ausländer!" So wird der ausländerrechtliche Sachverhalt in einer Pressevorlage des "Initiativkomitee gegen das Ausländergesetz"beurteilt, dem unter anderem die Dachverbände der Studentenschaften und -Gemeinden angehören.(15)
Und H. Kammrad führt hierzu folgendes aus: Das Ausländergesetz "gibt den Behörden die Möglichkeit, alle Ausländer während ihres Aufenthaltes laufend zu überwachen und sie auszuweisen, wenn sie auch nur im Geringsten gegen die Ordnung in unserem Lande verstoßen." Danach kommt er bezüglich der Ausländerbeschäftigung zu folgendem Schluß: Der ausländische Arbeiter"darf hier arbeiten, atmen, essen, gehorchen, alles andere darf er nur bedingt oder überhaupt nicht." (16)

Zu den vielen Bürgerrechten, die den ausländischen Arbeitern versagt bleiben, gehört auch das politische Wahlrecht. Der West-Berliner Professor M. Nikolinakos nimmt in einem Artikel über "Integration als Gleichberechtigung" wie folgt Stellung: "Aufgrund einer überholten Auffassung über den Staat und den Status des Bürgers, die aus dem 19. Jahrhundert stammt, beharrt man auf der nationalen Zugehörigkeit als Hauptbedingung des Bür-

gerstatus und sieht über die faktische Abschaffung der nationalen Grenzen durch die Internationalisierung des Kapitals und der Arbeiterklasse hinweg. Dem Kapital gelingt es auf diese Weise, seinen Einfluß auf den Staatsapparat in vielen Ländern zu erweitern. Durch das ausgebaute Diskriminierungssystem ist dagegen die Spaltung der Arbeiterklasse in Einheimische und in 'Gäste' erreicht und somit verschärfte Möglichkeiten zur Ausbeutung letzterer geschaffen." (18)

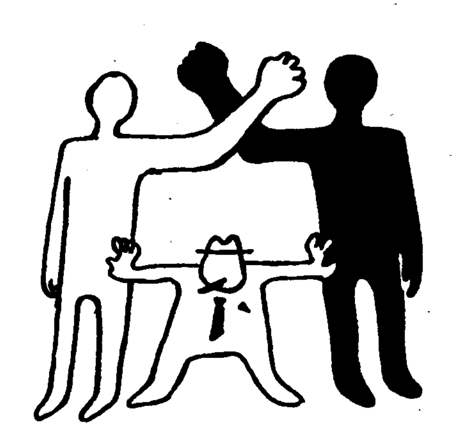
Dadurch, daß die ausländischen Arbeiter in der BRD und in anderen Aufnahmeländern kein Wahlrecht besitzen und andere wesentliche politische Rechte nicht genießen, obwohl sie die gleichen Steuern und Sozialabgaben wie ihre einheimischen Kollegen bezahlen und sich bereits 1968 über die Hälfte von ihnen über 5 Jahre, ein Viertel über 7 Jahre und viele von ihnen sogar 1o und 15 Jahre in der BRD aufhielten, können sie "nicht einmal über die Verwendung der von ihnen einbehaltenen Steuern mitentscheiden oder wenigstens die betreffenden Entscheidungen beeinflussen." (19)

4. Die neue Kindergeldregelung - ein neues Beispiel der Diskriminierung und der Spaltungsversuche

Die am 1.1.1975 in Kraft tretende Kindergeldregelung sieht vor, daß Fremdarbeitern aus Nicht-EG-Ländern ein großer Teil des Kindergeldes (insgesamt ca. 1 Mrd. DM pro Jahr) für ihre in den Heimatländern lebenden Kinder gestrichen werden soll. Für diese Kinder sollen folgende Sätze gezahlt werden: Für das erste Kind DM 1o,- (statt DM 5o,-), für das zweite Kind DM 25,- (statt DM 7o,-), für das dritte und vierte DM 6o,- das fünfte Kind DM 7o,- (statt DM 12o,-). (2o)
Der Grund dafür, daß diskriminierende Gesetze wie dieses verabschiedet werden, liegt nicht zuletzt darin, daß die ausländischen Arbeiter kein Wählerpotential darstellen, daß man von ihnen wegen des Ausländergesetzes und der ausländerrechtlichen Bestimmungen keine Gegenwehr erwartet und daß man darüber hinaus von Seiten der deutschen Bevölkerung, angesichts der zahlreich vorhandenen und ständig genährten Vorurteile, mit keiner Solidarisierung rechnet. Gerade in Bezug auf das Kindergeld werden auch die meisten Vorurteile gegenüber den ausländischen Arbeitern vermutet. (21): "Die Ausländer setzen sowieso zu viele Kinder in die Welt und 'da unten' brauchen sie auch nicht so viel Geld", heißt es oft.

In diesem Zusammenhang muß man auf folgende Aspekte hinweisen: Die Bundesrepublik und die an der Ausländerbeschäftigung an erster Stelle profitierenden Unternehmen wollen die für die menschenwürdige Integration der ausländischen Arbeiter notwendigen Kosten sparen. Andererseits wollen sie die industrielle Reservearmee der ausländischen Arbeiter mobil halten und sie entsprechend den Bedürfnissen und den konjunkturellen Schwankungen der bundesrepublikanischen Wirtschaft als Regulativ heranziehen und abstoßen können. Aus diesen Gründen erschweren sie eine Zusammenführung der Ausländerfamilien. Die Politik zwingt die ausländischen Arbeiter, einen doppelten Haushalt zu führen und den größten Teil ihrer Kinder im Heimatland zu lassen.

Aus dieser Situation zieht die Bundesrepublik einen doppelten Gewinn. Zum einen spart sie auf Kosten der ausländischen Arbeiter Geld, weil sie weniger Kindergeld bezahlt; zum anderen spart sie Milliardenbeträge, weil sie nicht für die Erziehung, Ausbildung und Versorgung der Ausländerkinder in den Heimatländern aufkommt.
Die Kürzung des Kindergeldes reiht sich in die zahllosen Maßnahmen und Paragraphen ein, mit denen die ausländischen Arbeiter immer stärker diskriminiert, entrechtet und von ihren deutschen Kollegen abgespaltet werden sollen.



Plakat Französischer Mai 1968

Solche "Erpressungsverträge" (so deklarierte sie der katholische Bischofsreferent und Rechtsanwalt Herbert Becher) sind seitens der Bundesregierung zum Teil mit Drohungen gegenüber den Heimatländern durchgesetzt worden, z.B. mit der Drohung, die zwischenstaatlichen Sozialabkommen mit diesen Ländern nicht zu verlängern, was die Folge hätte, "daß alle deutschen Renten-, Kranken- und Unfallversicherungsleistungen ... blockiert würden." (24)

5. Der Teufelskreis der Migration

Die ausländischen Arbeiter wandern aus ihren unterentwickelten bzw. unterentwickelt gehaltenen Ländern mit der Absicht und in der Hoffnung aus, nach nur ein paar Jahren Arbeit im Ausland mit möglichst viel gespartem Geld zurückzukehren, um in der Heimat eine kleine Existenz aufzubauen. Doch aus den "paar Jahren" werden 5, 1o, 15 oder sogar 2o Jahre, und eine Aussicht auf Rückkehr sehen sie nicht. Zwar wollen sie fast alle zurückkehren. Zwischen dem "Wollen" aber und dem "Können" liegt eine weite Lücke. (26) Nur ein kleiner Teil kann zurückkehren und dort auch lange bleiben, arbeiten und menschenwürdig leben.

Die dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen und die Aussichtslosigkeit auf einen festen Arbeitsplatz zwingt einen großen Teil von ihnen wieder in ihr früheres "Gast"-Land oder in ein anderes Land auszuwandern. Dieses Hin- und Herpendeln von entwurzelten und entfremdeten "Wanderarbeitskräften" zwischen der reichen Industrienationen und ihren im Verhältnis dazu immer ärmer werdenden Herkunftsgebieten sowie die nach wie vor bestehenden und durch die Migration im Gegenteil verschärften sozioökonomischen infrastrukturellen Mißstände in ihren Heimatländern kennzeichen eine Situation, die wir mit dem Begriff "Teufelskreis der Migration" umschreiben.

Das Diskriminierungssystem, das im repressiven Ausländerrecht und in den bilateralen Anwerbevereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den jeweiligen Herkunftsländern verankert ist, bestimmt die Arbeits- und Lebenssituation der angeworbenen ausländischen Arbeiter, sichert die Ausbeutungsmöglichkeiten und sorgt für die Mobilität und das ständige Pendeln der Arbeitsemigranten. "Es fängt mit den Einjahresverträgen und der fortdauernden Befristung der Arbeitserlaubnis an und endet mit der Schulsituation der Gastarbeiterkinder und der politischen Kastrierung der Gastarbeiter."(27)

Der Zustand des "Nicht-Fuß-Fassen-Dürfens" in der BRD und des "Nicht-Leben-Könnens" in ihren Heimatländern macht sie unsicher, ruft psychosomatische Schäden hervor und erhöht die Identitätskrise dieser Marginalgruppe, die in den Teufelskreis der Migration gerät und ständig zwischen zwei oder mehreren Welten hin- und herpendeln muß, ohne sich in einer davon niederlassen und heimisch fühlen zu können. Sie sind sozusagen immer unterwegs, dürfen ihre Koffer nie richtig auspacken und müssen ständig auf Widerruf bleiben.

6. Erst Ausländer - dann Deutsche

Trotz jahrelanger Forderungen nach einem "menschenwürdigen Ausländerrecht" (29) und trotz zahlreicher Proteste und Demonstrationen vieler Gruppen und Organisationen wurde das Ausländergesetz durch das am 22.6.72 verabschiedete Verfassungsschutzänderungsgesetz verschärft und soll durch das geplante "Querschnittsgesetz" und durch andere restriktive Bestimmungen und Erlasse weiter verschärft werden, um eine "Belastung der Beziehungen" der BRD zu "befreundeten Staaten" zu vermeiden, einen besseren"Schutz" der bundesrepublikanischen"Belange" vor den gesellschaftspolitisch kritisch werdenden Ausländern zu gewährleisten und um ihren zunehmenden emanzipatorischen Bewußtseinsprozeß aufzuhalten.

Doch die Tatsache, daß diese Gesetze und Entwürfe zunächst nur die Ausländer unmittelbar betreffen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß solche Gesetze auch für Deutsche geplant sind. Allerdings gilt der Grundsatz: "Erst Ausländer, dann Deutsche". Ministerialrat Gerhard Heuer, zuständig für das Bundesamt für Verfassungsschutz im Bundesinnenministerium, weist auf diesen Zusammenhang in seinem Buch "Politische Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen" hin: "Zum anderen kann nicht aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber im Ausländergesetz die 'sonstigen erheblichen Belange' nur vor Beeinträchtigungen durch Ausländer zu schützen versucht hat, schon der Schluß gezogen werden, daß diese Belange eines Schutzes vor Beeinträchtigungen durch die eigenen Staatsangehörigen nicht bedürften. Rechtlich gesehen ist der Gesetzgeber ja nicht gehindert, den für erforderlich gehaltenen Schutz fortschreitend in mehreren Phasen herzustellen. Wenn er damit im Rahmen einer ohnehin erforderlichen Neuregelung des Ausländerrechts für den von diesem erfassten Personenkreis den Anfang machte und entsprechende Vorschriften für Deutsche erst Jahre später im Rahmen eines anderen Gesetzesvorhabens folgen ließe, so könnten daraus schwerlich verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Projekt seiner ersten Bemühung hergeleitet werden."(3o)

Ferner müssen diese repressiven Tendenzen im Ausländerrecht in einen größeren Zusammenhang zu der gesellschaftspolitischen Gesamtentwicklung in der BRD gebracht werden. In einer Presseerklärung der Ausländerkonferenz der Evangelischen Studentengemeinden in der BRD und Berlin (West) vom 12.März 1972 wendet sich die Ausländerkonferenz "gegen den mit den Gesetzesänderungsvorschlägen geplanten Angriff auf verfassungsmäßig garantierte Grundrechte. Sie sieht diesen Angriff in einem Zusammenhang mit anderen innenpolitischen Maßnahmen, wie dem Berufsvorbot für Demokraten, der zunehmenden Einführung von Polizeiterrormethoden, der Militarisierung von Schulen und Hochschulen. Solche Maßnahmen," so fährt die Presseerklärung fort, "sind geeignet, die Bewegungsfreiheit und die Tätigkeit der gesamten Bevölkerung einzuschränken, und sie können daher ein politisches Klima herbeiführen, das von dem Klima der genannten befreundeten Staaten (Iran, Türkei, Griechenland, Spanien) kaum mehr zu unterscheiden wäre."

7. Die Barometerfunktion der Probleme ausländischer Arbeiter

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Bundesrepublik, unter denen deutsche und ausländische Arbeiter leiden, könnte jemand meinen, es sei gewagt oder "nicht opportun", solche, wie die oben angeführten Aspekte aufzuzeigen, weil die daraus abgeleitete Forderung nicht in das momentane "gereizte Arbeitsmarktklima" passe. Doch gerade in einer Rezession, die dazu führen kann, daß die ausländischen Arbeiter als Konkurrenten empfunden werden (weil sie angeblich den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen) und somit deutsche und auslän-

dische Kollegen gegeneinander ausgespielt werden, gerade jetzt tut Aufklärung not und sind Beiträge zum Abbau der gegenseitigen Vorurteile und der vordergründigen Interessensgegensätze notwendig. Gerade in Krisenzeiten müssen ausländische und deutsche Arbeiter zusammenhalten und müssen alle abhängig Beschäftigten verstehen, daß "sie in einem Boot sitzen", denn in diesem von Kapitalseite vielgerühmten Boot sind die Arbeit"nehmer", sowohl die deutschen als auch die ausländischen, diejenigen, die am Ruder sitzen und die Antriebskraft darstellen, ohne jedoch den Kurs, der von ihren Interessen bestimmt sein müßte, bestimmen zu können, weil allein der Unternehmer am Steuer sitzt und nach seinen eigenen Gewinnmaximierungsinteressen die Richtung und die Geschwindigkeit bestimmt.

Probleme ausländischer Arbeiter - genauso wie die Probleme anderer diskriminierter Minderheiten oder Randgruppen - stellen eine Art Barometer für das allgemeine gesellschaftliche Klima dar, da sich an deren überspitzten Problematik die allgemeinen gesellschaftlichen Mißstände vorzüglich und sehr anschaulich verdeutlichen lassen.

Insoweit sind Beiträge und Forderungen gegen die besondere Benachteiligung der ausländischen Arbeiter notwendig, auch und gerade in Krisenzeiten, nicht weil sie eine Besserstellung und Bevorzugung der ausländischen gegenüber ihren deutschen Kollegen beabsichtigen, sondern weil sie mittels der konkreten und überschaubaren Betrachtung der Probleme einer gesellschaftlichen Teilgruppe die Gesamtgruppe der Gesellschaft dazu bewegen können, über ihre eigene Situation nachzudenken und Wege zu überlegen, wie einheimische und ausländische abhängig Beschäftigte gemeinsam an ihrer Befreiung arbeiten und gemeinsam ein menschenwürdiges Dasein für alle erreichen können.

---

1) Vgl. F. Franz: "Integration ja, aber kein Einwanderungsland - die Schizophrenie der westdeutschen Gastarbeiterpolitik", Referat,gehalten auf einer Tagung der F. Naumannstiftung (1973) "Politische Rechte der Gastarbeiter"

2) Vgl. u.a. F. Franz: "Die Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD" in: Ernst Klee (Hrsg.): Gastarbeiter - Analysen und Berichte" ed. suhrk. Nr. 539, Frankfurt 1972; ferner "Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter" hrsg. im Auftrag des Bundesvorstandes der Jungsozialisten von Siegmar Geiselberger, Fischer-Taschenbuch, Frankfurt 1972; "Kritik am Ausländergesetz und Reformbestrebungen", in: Maria Borris: Ausländische Arbeiter in einer Großstadt", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1973

3) Vgl. Dr. Dietmut Majer: "Ausländerrecht im Dickicht des Fremdenrechtes" in; Zeitschrift für Rechtspolitik, Nr. 6/ 1969

4) Amtliche Begründung zum Ausländergesetzentwurf, Bundestagsdrucksache IV/ 868 S. 1o

5) So der Kommentar von Kloesel-Christ: "Deutsches Ausländerrecht", Loseblatt-Sammlung, Stuttgart u.a. (Stand 1968)

6) So W. Kanein (1966 Ministerialrat im Bayerischen Innenministerium): "Kommentar zum Ausländergesetz", München 1966, S. 28

7) R. Leudesdorff und H. Zilleßen:"Gastarbeiter - Mitbürger" Burckhardthaus-Verlag, Gelnhausen 1971, S. 57

8) Vgl. "Schwarzbuch" a.a.O. S. 5of

9) entfällt.

1o) W. Kanein, a.a.O. S. 97

11) G. Weißmann: "Kommentar zum Ausländergesetz" Berlin 1966, S. 46

12) Dr. Diemut-Majer: "Entspricht unser Ausländerrecht der internationalen Rechtsauffassung? -Ein Rechtsvergleich" in: "Ausländergesetz '65 - Alternativentwurf '7o, Kritik und Reform","studentische politik" Nr. 1/197o, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung,S.56

13) H.H. Heldmann: "Das Ausländergesetz 1965 - Ein kritischer Rückblick auf zwei Jahre Gesetzesanwendung" München 1967; Derselbe:"Ausländerrecht - Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser durch das gesamte Ausländerrecht", Darmstadt 1974

14) entfällt.

15) Vgl. ferner die Broschüre "Ausländergesetz", Internationalismus Materialien, Wuppertal/Westberlin 1972 sowie die "Dokumentation zum Ausländergesetz" (1969) und die "Dokumentation zum Ausländerrecht" (1972) der ESG und des AStA Stuttgart.

16) Vgl. H. Kammrad: "'Gast'-Arbeiter-Report", Piper-Verlag, München 1971,S.22f

17) entfällt.

18) M. Nikolinakos: "Integration als Gleichberechtigung" in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 1/1974, S. 25

19) Ebenda, S. 24

2o) "Der Spiegel", Nr. 41, 7.1o.74

21) - 23) entfällt.

24) "Der Spiegel", Nr. 41/1974, S. 33

25) entfällt.

26) Helge Freudendorff: "Wanderarbeiter - Fremdarbeiter - Gastarbeiter" Dissertation Heidelberg 1972

27) Nikolinakos a.a.O. S. 24

28) - 29) entfällt.

3o) G. Heuer: "Politische Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen", Carl Heymanns Verlag, Köln u.a. 197o

PARAGUAY

BASISKOMUNITÄTEN: BEFREIUNG GEHT VON DER BASIS AUS

Vorbemerkung der Redaktion

Paraguay ist ein unterentwickeltes Land: Es gibt bei weitem nicht genügend Arbeitsplätze; Industrie fehlt, und die medizinische und erzieherische Versorgung der Bevölkerung ist katastrophal. Glaubt man den Verlautbarungen der Regierung, so werden diese Probleme bald überwunden sein: Das im Bau befindliche Kraftwerk Itaipu soll Paraguay zum "Kuwait der elektrischen Energie" machen und daher Mittel zum Ausbau der Infrastruktur bereitstellen und die notwendigen Arbeitsplätze beschaffen. Genauere Analysen ergeben jedoch, daß Paraguay durch dies Kraftwerk in eine totale ökonomische Abhängigkeit von Brasilien gerät (siehe: "blätter des iz3w", Nr. 35, S. 32 f).

Itaipu kommt den 150 Familien in der Hauptstadt zugute, die die politischen und wirtschaftlichen Geschicke des Landes in der Hand haben. Die große Mehrheit des Volkes kann von diesem Kraftwerk nichts Positives erwarten: Die erbärmlichen Lebensumstände, die Unterdrückung und Verfolgung wird dadurch nicht beseitigt. Die Befreiung muß aus einer anderen Richtung kommen. Ein Versuch, diese herbeizuführen, sind die Basiskomunitäten: Zusammenschlüsse von campesinos (Landarbeitern), die in Arbeits- und Gütergemeinschaft leben und ihre Erfahrungen gemeinsam reflektieren. Ihr Ziel ist der Aufbau solidarischer Gemeinschaften. Sollten die Basiskomunitäten einmal größere Teile der Landbevölkerung erreichen, so ist mit einer Verschärfung der Unterdrückung bzw. Verfolgung zu rechnen. Insofern geben diese Versuche nicht unbedingt eine langfristige Strategie für einen Sturz der Diktatur in Paraguay an. Sie zeigen aber auf, wie in kleinen Gruppen Bewußtsein der eigenen Lage geschaffen wird, das nicht einfach durch Verschärfung der Repression beseitigt werden kann.

Die Schaffung eines solchen Bewußtseins halten wir für einen wichtigen ersten Schritt auf dem Weg zur Veränderung der Machtverhältnisse. Daher der folgende Artikel.

Red.

Armut und Marginalisierung auf dem Land

Im Kalkül der Politiker und Technokraten von Itaipu spielen die Landbewohner, nahezu 70 % der Gesamtbevölkerung, keine Rolle. Die Planung geht über ihre Köpfe hinweg. Das ökonomische und kulturelle Gefälle von Stadt und Land, kennzeichnend für alle Länder Lateinamerikas, ist in Paraguay besonders extrem. Wer Asuncion verläßt, gelangt in eine andere Welt. Die Mehrzahl der campesinos - man kann sie kaum "Bauern" nennen - leben dort auf kleinen Parzellen von oft weniger als einem Hektar. Selbst die kleine Scholle Land, auf der sie ihre Subsistenzwirtschaft aufbauen, können nur wenige ihr eigen nennen. Die Schwierigkeit, einen rechtsmäßigen "titulo", einen Landtitel, zu bekommen, ist für viele unüberwindbar. Von dem wenigen, was angebaut wird, Maniok, Mais, Soja im wesentlichen, kann kaum die vielköpfige Familie ernährt werden. Die Hälfte der paraguayischen Bevölkerung nimmt täglich weniger als 2000 Kalorien zu sich. Wer es schafft, neben dem Eigenbedarf noch einige Produkte zum Verkauf anzubieten, ist den almanceneros (Zwischenhändlern) hilflos ausgeliefert. Die "almanceneros", für die keine Preisbindungen gelten, bereichern sich durch die Kommerzialisierung der Agrarprodukte. Konkurrenz haben sie nicht zu fürchten, da die campesinos durch Kredite tief bei ihnen verschuldet sind.

Ein Teil der campesinos findet als Tagelöhner Beschäftigung auf einer der großen "estancias" des Landes. Aber dieser Arbeitsplatz ist alles andere als sicher, der "estanciero" kann jederzeit und grundlos die Entlassung aussprechen. Zudem erstreckt sich die Anstellung nur auf die Erntezeiten, die zusammengezählt kaum hundert Tage im Jahr ausmachen. Den Rest der Zeit müssen die campesino-Familien von dem ohnehin knappen Einkommen auskommen. Man hat errechnet, daß bis zu 90 % der Gesamtbevölkerung monatlich unter 1000 Guarani (ca. 20 DM) verdienen.

Von den natürlichen Reichtümern des Landes profitieren die Paraguayer am wenigsten. Von Regierungsseite aus verweist man stolz auf die gestiege-

nen Exportziffern – die BRD ist in Paraguay Hauptabnehmer – was für die Bevölkerung zurückbleibt, zum Beispiel Fleisch und Fleischderivate, ist jedoch nur drittklassige Qualität. Die Preise für Grundnahrungsmittel, die auch in Paraguay hochgeschnellt sind, machen den Erwerb für die Mehrheit zunehmend schwieriger.

Der wachsenden ökonomischen Verelendung der Landbevölkerung korrespondiert eine umfassende soziale und kulturelle Desintegration. Exemplarisch ist der Erziehungsbereich. Paraguay hat die Sprache seiner Vorfahren, das guaraní, lebendig erhalten. Kein anderes südamerikanisches Land hat sich derart hartnäckig dem spanischen Einfluß widersetzt. Das guaraní markiert den qualitativen Umschlag von der Gesellschaft der Armen zur Gesellschaft



der Reichen. Weil im staatlichen Schulunterricht spanisch gesprochen wird, sind die campesino-Kinder von vornherein diskriminiert. Bis heute werden sie physisch bestraft, wenn sie in der Klasse ihre Muttersprache sprechen. Schulflucht und mehrmaliges Wiederholen eines Schuljahrs sind auf dem Land ein verbreitetes Phänomen. Die Rede von der Apathie, vom Pessimismus und Fatalismus der campesinos ist gängig. Auf dem paraguayischen Land ist diese Lebenseinstellung eine bittere Realität. Die wenigen angeführten Phänomene können jedoch klarstellen: Diese Haltung ist nicht U r s a c h e , sondern F o l g e der extremen Marginalisierung und Armut. Die politische "Betreuung" der campesinos durch die lokalen "candillos" (Führergestalten) der regierenden Colorado-Partei hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser psychosozialen Defekte. Politisch instrumentalisiert, von ihren großen und kleinen Ängsten gelähmt, lebt die Mehrheit der campesino-Bevölkerung in der Vereinzelung, unfähig zu solidarischem Bewußtsein und zu gemeinsamer Aktion. Immer mehr versuchen diesem Schicksal durch Landflucht zu entrinnen. Zu Hunderten strömen sie täglich in die Hauptstadt oder emigrieren **illegal** in die Nachbarländer Argentinien und Brasilien.

Aber nur ein Teil findet den erhofften gesicherten Arbeitsplatz. Nahezu alle leben in unmenschlicheren Verhältnissen als zuvor, in den Elendsvierteln von Asunción, Buenos Aires und Sao Paolo.

Bewußtwerdung und Organisierung

Der "hombre resignado", der resignierte Mensch, ist nur das eine Gesicht des paraguayischen campesinos. Seine Marginalisierung treibt ihn nicht nur in Fatalismus und Vereinzelung, sie wird zum Stachel seiner Bewußtwerdung über die eigene Situation. Schon Anfang der 60er Jahre schlossen sich campesinos zu kleinen Reflexionsgruppen zusammen, mit vorwiegend christlicher Orientierung. Gemeinsam fragten sie nach Ursachen und Gründen ihrer desolaten Situation und suchten schrittweise nach Lösungen für die dringlichsten Probleme. In den christlichen Bauernligen, den "ligas agrarias cristianas" schufen sie sich ihre organisatorische Basis. Dieser erste Versuch einer kollektiven Antwort auf Ausbeutung und Unterdrückung im Land fand rasch Verbreitung. Unter dem starken Schutz der Kirche, die in diesen Jahren stärkste und erbittertste Opposition des Militärregimes war, vor allem aber unter der Führung politisch engagierter Priester, umfaßten die ligas bald einen großen Teil der Bauernschaft. Priester leiteten auch die Konsumkooperativen, mit denen sich die campesinos eine Gegeninstitution zum "almacén" (Zwischenhändler) und dessen ausbeuterischer Preispolitik aufbauten. Die Versammlungen und "Kurse zur Bewußtwerdung" konzentrierten sich auf zwei Reflexionspunkte: Die Analyse der eigenen Realität und die Rückfrage nach der Originalität der christlichen Botschaft. Daraus resultierte der "dialektische Schock", die Bewußtseinserhellung über die aktuelle Situation. In solidarischen Aktionen gelang es den ligas, den Mechanismus der Angst zu durchbrechen, den das Militärregime durch jahrelange politische Einschüchterung aufgebaut hatte. Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Verfolgung der ligas, Ausweisungen von Priestern aus dem Land, Verhaftungen und Folterungen von campesinos waren an der Tagesordnung. Priester wurden als "tupamaros" gebrandmarkt, die ligas als kommunistisch und subversiv verteufelt. Bis heute sitzen Hunderte von campesinos in den Kerkern des Regimes. Aber trotz anhaltender Repressionen setzten die ligas ihre Praxis fort, mit dem Unterschied, daß nun weniger öffentlich und mehr im Untergrund gearbeitet wurde.

Die letzten Jahre brachten den Bauernligen neue Rückschläge. Angst vor politischer Verfolgung veranlaßten viele zum Verlassen der ligas, Rivalitäten und der übertriebene Paternalismus einiger Priester führten zu Spaltungen

in der campesino-Bewegung. Der paraguayische Episkopat, mehr und mehr von ausländischen Bischöfen beeinflußt und bestimmt, steuert gegenwärtig einen veränderten Kurs, von der Konfrontation zu immer größerer Kollaboration mit der Militärregierung. Für die campesinos bringt die wachsende Isolierung die Gefahr neuer Verfolgungen. Aber der Druck während der letzten Jahre hat ihre Solidarität gestärkt. Der Spontaneismus der ersten "ligas agrarias cristianas" ist einer klareren Linie gewichen. Überall im Lande entstehen "comunidades de base", Basiskomunitäten; in ihnen versuchen die campesinos mit größerer Bewußtheit und besseren Methoden gegen ihre umfassende Marginalisierung anzukämpfen.

Arbeits- und Gütergemeinschaft

Am Anfang waren es sechs Familien und ein Priester. Mitten im Urwald, im Osten Paraguays, haben sie einen Neuanfang gewagt. Sie haben mit der Brandrodung begonnen, ein paar einfache Holzhütten aufgebaut und den Boden kultiviert. Es war der Kern der Basiskomunität "Nueva Esperanza" (1). Die ersten Monate waren hart, tropische Hitze, Feuchtigkeit und Hunger stellten die kleine Gruppe vor manche Bewährungsprobe. Heute, nach fast zwei Jahren, ist man über dem Berg. Der Boden ist fruchtbar und die ersten Ernten waren gut. Der Priester, der von Anfang an voll in die Arbeit integriert war, hat durch Verbindungen zu einer kirchlichen Organisation im Ausland finanzielle Unterstützung erhalten. Damit konnte der Samen zum Anbau verschiedener Produkte erworben werden. Andere campesino-Familien, durch das Beispiel ermutigt, schlossen sich der comunidad an. Ohne Vorbehalte hat man sie akzeptiert. Durch gemeinsame Anstrengung wurde die ökonomische Basis geschaffen, mit der der Lebensunterhalt der Familien gegenwärtig bestritten werden kann. Die Ernährung ist einfach und kalorienarm; Fleisch gibt es nur, wenn die Jagd etwas einbringt. Aber Hunger und Unterernährung sind keine unmittelbare Bedrohung mehr. Nach der Sicherung des ökonomischen Existenzminimums, begannen die campesinos regelmäßig Versammlungen abzuhalten. An den Abenden nach der Arbeit und besonders an Sonntagen sitzen sie stundenlang zusammen. Es wird viel gesungen, manchmal getanzt, vor allem aber intensiv nachgedacht und diskutiert. Den Versammelten merkt man an, daß sie Erfahrungen in der campesino-Bewegung gesammelt haben. Die meisten waren zuvor Mitglieder einer liga gewesen, einige waren deshalb verfolgt und vorübergehend verhaftet worden. Das hat ihr Bewußtsein geprägt und ihre Praxis verändert. Mit dem Entschluß, eine Basiskomunität aufzubauen, wollen sie nicht nur ihrem materiellen Elend entrinnen. Sie wollen mehr. Ihr Ziel ist der Aufbau einer solidarischen Gemeinschaft, in der jeder zur Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten kommen kann. Sie formulieren es einfacher: "vivir como hermanos" - "als Brüder leben". Grundlage und Voraussetzung einer solidarischen Existenz ist die gerechte Organisation der wirtschaftlichen Basis. Deshalb wird alle Arbeit gemeinsam geplant und durchgeführt. Die campesinos können auf Traditionen und Praktiken ihrer indianischen Vorfahren zurückgreifen, wie z.B. die "Minga" oder das "Yopoi". Diese Arbeitsformen werden noch heute von Indio-Gruppen in Paraguay praktiziert. Gemeinsam bestellt man die Felder; wenn ein Mitglied der comunidad wegen Krankheit oder Alter nicht mehr voll mitarbeiten kann, übernehmen die andern seine



Aufgabe und versorgen seine Familie. Während die Lohnarbeit auf der estancia oder in Itaipu den campesino seinem Produkt entfremdet, seine Kreativität herabsetzt und ihn partialisiert, findet er in der "trabajo en comun" der gemeinschaftlichen Arbeit nicht nur das Mittel zum Broterwerb, sondern die Möglichkeit, seine Persönlichkeit voll zu entfalten. Wenn die comunidad in ihren Versammlungen die Arbeitsaufgaben verteilt, kann jeder durch seine Vorschläge und Wünsche auf Ziele und Methoden des Arbeitsprozesses Einfluß nehmen. Die Arbeit hat dialogischen Charakter, sie wird zum Medium der Selbstverwirklichung und des Aufbaus der Gemeinschaft.

Auch die Verteilung des Arbeitsproduktes wird von der comunidad kollektiv geregelt. Wurde der "almacén comunitario", eine Art Konsumkooperative, in den ligas agrarias vom Priester geleitet, so haben die campesinos in "Nueva Esperanza" die Verteilung in die

eigenen Hände genommen. Turnusmäßig verwaltet eine Familie den almacén. Damit kämpft man vor allem gegen die Praxis der almaceneros aus den umliegenden Dörfern. Kapital soll sich in "Nueva Esperanza" allein durch Arbeit, nicht aufgrund einer profitsüchtigen Preispolitik vermehren. Aber auch in der comunidad kommt es zu Schwierigkeiten. Zu lange hat der organisierte Egoismus in den wirtschaftlichen Strukturen der Umwelt die campesinos zu allererst den eigenen Vorteil suchen lassen. Weil viele dieses Denken verinnerlicht haben, können sie es nicht einfach abschütteln. Aber sie versuchen, dagegen zu kämpfen. Hat sich einer aus der comunidad auf Kostén der andern bereichert, wird er nicht denunziert; in ihren Versammlungen versuchen die campesinos die Probleme offen anzusprechen. Manchmal fordern einige, der Priester solle mehr Führungsautorität beanspruchen. Aber der Geistliche weigert sich, die paternalistischen Strukturen neu aufleben zu lassen. Er will sich als Gleichgestellter in die Gemeinschaft integrieren.

Noch vor wenigen Monaten stand die comunidad vor einer Zerreißprobe. Einige Mitglieder hatten vorgeschlagen, Kredite aufzunehmen zur Anschaffung von Arbeitsgeräten und einer Motorsäge. Die Mehrheit war dagegen. Man wollte keine neuen Abhängigkeiten aufbauen. Zudem konnte die Arbeit genauso durch gemeinschaftliche Anstrengung geleistet werden. Die meisten campesinos glaubten sich noch nicht fähig, technische Praktiken und Innovationen in ihre traditionellen Arbeitsformen zu integrieren. Deshalb bedeutete für sie Technifizierung zu diesem Zeitpunkt keinen Fortschritt für die comunidad. Zwei Familien, die von diesen Argumenten nicht überzeugt wurden, verließen "Nueva Esperanza". In der comunidad löste ihr Weggang einen Prozeß der Selbstkritik aus. Immer wieder wird die Rolle der Technik für den Aufbau der Basiskomunität diskutiert.

Der Schlüssel liegt in der Erziehung

Mit dem Weggang aus ihren Dörfern und dem Schritt hin zu einer Selbstorganisation trafen die campesinos von "Nueva Esperanza" einen folgenreichen Entschluß: Sie mußten ihre Kinder aus der staatlichen Primarschule herausholen. Viele waren freilich schon vorzeitig abgegangen, andere hatten zum wiederholten Mal dasselbe Schuljahr absolviert. Die offiziellen Schulprogramme, in der Metropole Asunción nach den Kriterien der bürgerlichen Mittelschicht entworfen, trugen und tragen ihren Teil zur Entwurzelung und Entfremdung der campesino-Jugend bei. Die Schulbuchrealität ist nicht ihre Realität, ebenso wie die Unterrichtssprache nicht ihre Sprache ist. So wurde der Komplex der Minderwertigkeit und "Unterentwickeltheit" schon bei den campesino-Kindern genährt.

In "Nueva Esperanza" war an eine Fortsetzung des Schulbesuches schon aus geographischen Gründen nicht mehr zu denken. Aber die Ablehnung der staatlichen Schulpraxis basiert auf gewichtigeren Argumenten. Von Anfang an waren die campesinos entschlossen, die Erziehung ihrer Kinder in die eigenen Hände zu nehmen. Die Voraussetzungen waren nicht verheißungsvoll. Lehrer, Schulräume und Lehrmaterialien waren nicht vorhanden. Dennoch mußte man in "Nueva Esperanza" nicht am Punkt Null beginnen. Andere Basiskomunitäten verfügten über Erfahrungen in der Erziehungsarbeit, einige hatten bereits kleine Schulen, die "escuelitas campesinas" aufgebaut. In mehrtägigen Kursen wurden Mitglieder der comunidad angeleitet, die Jüngeren in den wichtigsten Fächern zu unterrichten. Als Schulraum wählte man die große Scheune, wo zur Erntezeit der Tabak gelagert wird.

Die Unterrichtsprinzipien sind einfach. Ausgehend von der eigenen Realität, versuchen die Lerngruppen eine Basisinformation über die Vorgänge in der Natur, über die ökonomischen Prozesse und Notwendigkeiten in der comunidad, die Bearbeitung der Felder u.a zu erarbeiten. Konkrete Beispiele dienen in den Fächern zur Veranschaulichung. Im Rechenunterricht, z.B., bestimmt man den Profit, den der almacenero durch den An- und Verkauf der Produkte von den campesinos herausschlägt. Die Aneignung von Kenntnissen und Wissen soll schon bei den Jüngsten mit einem Bewußtwerdungsprozeß gekoppelt werden. Großen Wert legt

---

PARAGUAY

Hektar = DM 40,-

VIEHZUCHT – JAGD – ANLAGE

Rendite Sicherheit Wertsteigerung

Mindestabnahme 1875 ha = DM 75 000,–. Auf Wunsch deutsche Verwaltung

Besichtigung: Oktober/November 1974

Zuschriften unter an die Frankfurter Allgemeine, 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 2901

Frankfurter Allgemeine Zeitung
18.1o.74 S.28

---

man auf eine Information über die eigene Geschichte und Tradition. Aber nicht das sinnlose Pauken von Fakten und Zahlen steht im Vordergrund. Das Studium ihrer Kultur und Historie soll den campesinos verhelfen, jene Werte neu zu entdecken, die durch das koloniale Bildungsgut verschüttet und überfremdet wurden. Die escuelita soll keine neue Kultur bringen, sondern auf die eigene hinweisen. In der "Minga" und im "Yopoi", in ihrer Folklore, vor allem aber in ihrer Sprache, dem guaraní, haben die campesinos bis heute ihre soziale und kulturelle Identität bewahrt. Konsequenterweise ist die Unterrichtssprache das guarani. Für die campesino-Jugend ist es das einzige Medium, um spontan ihrem Denken und Empfinden Ausdruck zu geben. Das Spanische wird nicht negiert, aber es ist nicht mehr als ein Unterrichtsgegenstand neben den anderen.

In der escuela spricht man nicht von "Lehrer" und von "Schüler". Die campesinos haben für den Unterrichtenden einen eigenen Terminus entwickelt, der "pytyvohara", "derjenige, der hilft". Weil die Schule weniger instruieren und mehr erziehen soll, ist die einzig angemessene Methode der Dialog. Die Aneignung von Wissen wird

Ergänzende Literatur:

1) Paolo Freire: Entmythologisierung der Bewußtseinsbildung, in: "blätter des iz3w", Nr. 19 (Okt. 72), S. 2-7
2) Walter Schmidt: Erziehung als Praxis der Freiheit, Paolo Freires pädagogische Methode, in: "blätter des iz3w", Nr. 25 (Juni 73), S. 18 f
3) Ein Grab mit Namen Paraguay, in: "blätter des iz3w", Nr. 28 (Okt. 73), S. 45 f
4) Peter Hartnagel: Subimperialismus am Beispiel des ITAIPU-Projekts, in: "blätter des iz3w", Nr. 35 (Mai/Juni 74), S. 32 f

für "Lehrer" und "Schüler" zum Anlaß, ins Gespräch zu kommen. Auch der Zeitpunkt des Lernens ist von Bedeutung. Die escuelita kennt keinen festgelegten Stundenplan. Ihre Arbeit steht in Beziehung zur konkreten Situation in der comunidad. Erfordert die Arbeit auf dem Feld, vor allem zur Erntezeit, die solidarische Aktion aller, integriert sich die campesino-Jugend voll in den Arbeitsprozeß. Diese praktische Einsicht in die wechselseitige Beziehung von Ökonomie und Erziehung ist ein erster Schritt im gemeinsamen Bewußtwerdungsprozeß.

Seit kurzem gibt es in "Nueva Esperanza" Alphabetisierungskurse für Erwachsene. In diesen "Kursen zur Bewußtwerdung" versucht man die Prinzipien der escuelita (kleine Dorfschule) anzuwenden. Der Einstieg ist die Sprache. Die Alphabetisierungsmethode des brasilianischen Volkspädagogen Paulo Freire hat unter den campesinos in Paraguay starke Verbreitung gefunden. Für Freire ist die Sprache eine Waffe, mit der die Unterdrückten den Befreiungskampf initiieren können. Erst wenn sie die "Kultur des Schweigens" durchbrechen und lernen, "ihr Wort" zu sagen, sind sie zur sozio-ökonomischen Veränderung ihrer Realität fähig. Schlüsselwörter sollen den campesinos helfen, die politische, ökonomische und soziale Wirklichkeit ihrer Situation zu analysieren. Diese "generativen Wörter" werden zur Grundlage der abendlichen Diskussionen. Die Alphabetisierung vertieft damit den Bewußtwerdungsprozeß, der für die campesinos in der gemeinschaftlichen Organisierung ihrer Arbeit eingesetzt hat. Das Problem der Technik und ihre Rolle für den Aufbau der Gemeinschaft werden in diesem Zusammenhang diskutiert. Weil sie von der konkreten Situation der comunidad ausgeht und mit ihr immer wieder in Verbindung gebracht wird, ist die Erziehung in "Nueva Esperanza", die escuelita und die Alphabetisierungsarbeit, nicht nur ein Gegenprogramm, sondern eine Gegenpraxis zum offiziellen Bildungssystem.

Noch hat die campesino-Bewegung in Paraguay wenig Anlaß zu übertriebenem Optimismus. Die Basiskomunitäten sind eine Realität. Ihr Einfluß wächst ständig. Aber die bewußten und organisierten Gruppen bilden erst einen Teil der Bevölkerung auf dem Land. Hinzu kommt die latente Gefahr neuer Verfolgungen und Verhaftungen von Mitgliedern der Komunitäten durch das Militärregime. Die "comunidades de base" sind noch nicht die politische Lösung des campesino-Problems. In den "Kursen zur Bewußtwerdung" diskutieren die campesinos nicht nur ihre eigene Realität. Die sozio-ökonomische Analyse führt sie zur Erkenntnis, daß andere gesellschaftliche Gruppen derselben Marginalisierung unterworfen sind: Das städtische Proletariat und die indianischen Minoritäten auf dem Land. Deshalb spricht man in "Nueva Esperanza" über die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Unterdrückten im nationalen und kontinentalen Kontext. Mit ihrer solidarischen Aktion haben die campesinos einen Weg gewiesen. Mit ihrer ökonomischen und pädagogischen Praxis schaffen sie eine Basis, die politisch und sozial folgenreiches Handeln möglich macht.

Peter Hartnagel

Anmerkung:

1) Der Name der comunidad wurde geändert.

DEUTSCHE, INVESTIERT IN PARAGUAY!

Artikel 10 der paraguayischen Verfassung:
„Der Staat soll die ausländischen Investitionen von ausländischem Kapital in produktiven Aktivitäten begünstigen als notwendige Ergänzung für die nationale Entwicklung."

Diese Einladung zur Ausbeutung will die "System und Finanz A.G." (Erlangen) wahrnehmen. Sie erwarb für ein Rinderzuchtprojekt mehr als 1 % der gesamten Fläche Paraguays. Für einen Preis von DM 78,-- pro Hektar (= DM 0,0078 pro Quadratmeter) bietet sie deutschen Interessenten Landparzellen an und fordert sie zu Investitionen in der Rinderzucht auf. Arbeitskräftemangel wird es nicht geben, denn in der Nähe liegen deutsche "Kolonien":

Der unschätzbare Vorteil, in unmittelbarer Nachbarschaft dieser deutschen Kolonien zu sein, liegt darin, daß wir uns an deutsches Kulturgut und deutsche Mentalität anlehnen können.
Die gut ausgebildete, deutschsprachige Jugend dieser Dörfer ist das beste Reservoir für zuverlässige und fähige Arbeitskräfte.

Die Gewinnerwartungen sind (angeblich) rosig:

Durch das Ansteigen des Lebensstandards im eigenen Land und der beachtlichen Wachstumsrate der paraguayischen Bevölkerung (ca. 3% jährlich, gegenüber 0,7% in der BRD) gibt es einen ständig wachsenden Inlandsmarkt.
Unser amtlich genehmigtes Investitionsprojekt weist jährliche Durchschnittsgewinne von 18-20% aus.

Auch politisch ist alles o.k.:

Der seit 1954 amtierende Staatspräsident von Paraguay, General Alfredo Stroessner, wurde im Jahre 1973 mit großer Mehrheit für eine neue Amtsperiode von fünf Jahren wiedergewählt. Die demokratisch durchgeführten Wahlen beweisen die Unterstützung der Bevölkerung für das Regierungsprogramm, das die Entwicklung des Landes durch eine solide Politik sicherstellt. Gesellschaftspolitische Konflikte gibt es keine.

In dem Prospekt der "System und Finanz A.G." werden an keiner Stelle Aussagen darüber gemacht, was mit den Ayoreos (Indianerstämme dieser Gebiete) geschehen soll. Es ist daher zu befürchten, daß es auch hier zur Vertreibung oder Ausrottung der einheimischen Bevölkerung kommt, denn zumindest von den Ache-Indianern ist bekannt, daß sie Opfer gezielter Ausrottungsjagden wurden, die von ausländischen Investoren initiiert und von der paraguayischen Regierung unterstützt bzw. geduldet wurden (vgl. blätter des iz3w, Nr. 38, S. 14; sowie Progrom, Nr. 18, 1973).

Der deutsche Anthropologe M. Münzel, der sich speziell mit den Indianern Paraguays beschäftigt, schreibt dazu:

"Wenn Verfolgungen in diesem Gebiet bislang noch nicht so häufig waren wie in anderen Ecken Paraguays, so liegt das wohl daran, daß hier noch keine intensive Erschließung durchgeführt wurde. Sollten, was ich annehmen möchte, auf dem Gebiet Indianer leben, so läßt der Prospekt darauf schließen, daß seine Urheber sich wenig Gedanken darüber machen, was mit den Indianern geschehen soll, die ja nicht einmal beiläufig erwähnt werden. Auch eventuelle Ansprüche der Indianer auf das Land werden nicht berücksichtigt. Der Prospekt läßt befürchten, daß eventuell dort lebende Indianer nicht als Boden-Eigner anerkannt und schließlich vertrieben werden."

(Persönliche Mitteilung, 17.11.74; die übrigen Zitate sind einem Werbeprospekt der "System und Finanz A.G." entnommen.).

wawi



aus: FAZ, 18.10.74

China
Bevölkerungspolitik

Vorbemerkung

Gesamtgesellschaftliche Entwicklung als "beste Pille" war in etwa der Tenor der chinesischen Delegation auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (19.-30. August 1974), auf der sie sowohl die rein technologische Sicht des Weltbevölkerungsproblems als auch die "Katastrophen"-Einstellung der Industrienationen in Frage gestellt hat. Auf diesem Hintergrund stellt die Erziehung im weitesten Sinne Chinas Schlüssel zum Problem der Bevölkerungspolitik dar, wie im Artikel von Han Suyin verständlich klargelegt wird. Ähnlich beschreibt sie es auch in ihrer Einleitung zum Buch von Claudie Broyelle (vgl. Hinweis Nr. 9), in der sie Frauenemanzipation und Kindererziehung ausführlich behandelt. Daß Bevölkerungspolitik eben nicht primär und ausschließlich ein Problem der Familienplanung und Empfängnisverhütung sein kann, durchzieht alle Beiträge der chinesischen Delegation in Bukarest sowohl in den Arbeitsgruppen als auch in den Plenumsreden. Vielmehr wird der Hauptaspekt in einer umfassenden Entwicklung gesehen, wie sie der Delegationsleiter Chinas Huang Shu-Tse in seiner Bukarester Rede vom 21.8.1974 am Beispiel Chinas vor allem seit der Kulturrevolution von 1966 aufgezeigt hat.

Mit Ausnahme der Einleitung und des Schlusses veröffentlichen wir den Wortlaut dieser bemerkenswerten Rede, deren wesentliche Aussagen in drei Punkten zusammengefaßt werden können:

1) Grundsätzliche Einschätzung der gegenwärtigen Situation der Weltbevölkerung.

2) Ursachen der Bevölkerungsfrage und die Wege für deren Lösung.

3) Die Formulierung und die Durchführung der Bevölkerungspolitik.

Anstelle rein technologischer Entwicklung wird der Mensch zum Mittelpunkt dieser Überlegungen, und damit versucht man gleichzeitig das Bewußtsein der 6000 Teilnehmer neu zu schärfen: "Von allen Dingen auf der Welt sind die Menschen das Kostbarste." (Huang Shu-Tse)

Den Menschen im Mittelpunkt, plädiert China - an Beispielen, wie sie Broyelle und Suyin aufzeigen, wird dies deutlicher als in knappen 'Fensterreden' - für eine umfassende Entwicklung einschließlich der erzieherischen, emanzipatorischen (Frau und Mann betreffend!), eigentums-politischen, sozialmedizinischen, sozialpolitischen, bewußtseinsfördernden, agrarreformerischen, städteplanerischen und sozioökonomischen Konsequenzen.

Anstelle einer teilweise unbegrenzten individuellen Freiheit der Industrienationen versucht China seinen Weg in einem am solidarischen Handeln orientierten Prozeß zu verwirklichen, obwohl sich auch bei der chinesischen Bevölkerung z.T. Schwierigkeiten und Barrieren ergeben, wie die Beispiele von Suyin zeigen. (Allerdings geht aus den chinesischen Dokumenten nicht hervor, wie man gegenüber nicht-chinesischen Minderheiten - z.B. in Tibet oder der Wüste Sinkiang - eingestellt ist.) Viele gravierende Fehlschläge hätten in den letzten 20-30 Jahren gerade auf dem familienplanerischen Gebiet vermieden werden können, wenn man von vornherein die enge, durch leicht anwendbare Mittel der Industrie geprägte Sicht gesprengt hätte zugunsten eines Fortschrittes, der den gesamten Menschen im Auge hat. China wollte mit seinen Beiträgen verhindern, daß der durch Konsens angenommene Weltbevölkerungsaktionsplan zu einem Alibi wird, noch viel dringendere Reformen zu verwirklichen - Reformen, die allerdings tiefgreifend das Gefüge der wohlhabenden Nationen verändern könnten.

Mit einem Wort: China wollte verhindern, daß man es sich mit der Problemlösung zu einfach macht, indem man nämlich dafür sorgt, daß "der Storch nicht schneller als der Pflug wird". Denken wir also auch an den "Pflug"!

Literaturhinweise

1) Aufruf der 15. Brigade der Volkskommune "die Heldenhafte", "Laßt uns die Jugend zur Familienplanung erziehen." In: epd-Entwicklungspolitik Nr. 11/1973, S. 39/40

2) Chi Lung, Löst China das Problem des Bevölkerungswachstums? (in englischer Sprache). In: epd-Entwicklungspolitik Nr. 10/1973, S. 38

3) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 1.9.1974, Peking und

der Vatikan: In Bukarest sind sie sich einig. Weltbevölkerungskonferenz: Die einen wollen Geburtenkontrolle, die anderen mehr Wohlstand in den Elendsgebieten, eine dritte Gruppe bestreitet die Gefahr der Überbevölkerung.

4) Han Suyin, Das chinesische Experiment. Familienplanung. In: DÜ 3/1974, S. 14-17

5) Huang Shu-Tse, Leiter der Delegation der Volksrepublik China. Rede auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest vom 21.8.1974. In: DÜ 3/1974 (Nummer zum Weltbevölkerungsjahr 1974, UN-Konferenz in Bukarest), S. 29-30

derselbe, Rede in vollem Wortlaut /andere Übersetzung. In: Peking Rundschau, Nr. 35 vom 3.9.1974, S. 7-11

6) blätter des iz3w: Bevölkerungsexplosion - Ursache von Unterentwicklung? Ideologiekritik Nr. 6 (fh), Nr. 25, Juni 1973, S. 7-9, 16

7) blätter des iz3w: UNO-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest. Nr.38, Sept./Okt. 1974, S. 26-29 (siba)

8) Mackensen, R./ Wewer, H., Dynamik der Bevölkerungsentwicklung. Strukturen - Bedingungen - Folgen. Carl Hanser Verlag, München ²1974, (256 S., 34,-- DM)

Dazu eine Skizzierung der Entwicklungspolitischen Buchgesellschaft (epog) München: "14 Aufsätze einer interdisziplinären Arbeitsgruppe über Grundlagen und allgemeine und spzielle Fragestellungen in der BRD und der Dritten Welt mit einer weiterführenden Bibliographie."

9) Neue Zürcher Zeitung vom 5.11. 1974, S. 2: Chinesische Bevölkerungszahlen. Eine 16-zeilige Reuter-Meldung vom 4.11.1974 / Peking nach der neuesten Ausgabe des Magazins "China reconstructs"

10) Broyelle, C., Die Hälfte des Himmels. Frauenemanzipation und Kindererziehung in China. Mit einem Vorwort von Han Suyin. Verlag Wagenbach Berlin, Politik Nr. 49, 1974 (173 S., 7,50 DM)

11) Wülker, G., Bevölkerungsprobleme und -politik der Volksrepublik China. In: epd-Entwicklungspolitik Nr. 11/1973, S. 40/41 (Abdruck aus "Europa-Archiv" 8/1972)

Joachim Wilhelm
Freiburg



Neujahrsbild — Holzschnitt von Gu Jüan

Zum folgenden Artikel

Familienpolitik

Das chinesische Experiment

von Han Suyin

Der folgende Artikel faßt die Erfahrungen der - vor allem als Schriftstellerin bekanntgewordenen - Autorin aus ihrer umfangreichen praktischen Forschungstätigkeit in China zusammen.

Wir übernehmen diesen Artikel aus der Zeitschrift "der überblick", Nr. 3/74, S. 14 - 17.

Der Schlüssel zum Problem heißt Erziehung. Alle Grundsätze müssen von den Massen verstanden und in die Tat umgesetzt werden, und sie müssen im Interesse der Massen liegen.

In diesen beiden Sätzen liegt der Schlüssel zum Verständnis der Familienplanung in China. Denn durch ein öffentliches Erziehungsprogramm werden die Menschen angeregt, Geburtenkontrolle freiwillig zu praktizieren und sie als integralen Bestandteil eines Lebens in Gemeinschaft anzusehen. Die besondere Lehre, die das chinesische Experiment enthält, ist, daß Familienplanung weder von Furcht noch von wirtschaftlichem Druck oder Zwang diktiert sein darf; daß sie vielmehr als wesentlich für die persönliche Entfaltung der Frau wie des Mannes empfunden wird.

Erste Versuche

Die erste Familienplanungs-Kampagne fand 1956 in städtischen Bezirken statt und erfaßte lediglich 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung. In den Grünanlagen standen die Menschen Schlange, wenn empfängnisverhütende Mittel verteilt wurden; in Apotheken waren solche Mittel offen ausgestellt; es wurden Filme über Entbindungen und praktische Winke für Familienplanung gezeigt. Schon hier wurde mit der hergebrachten Prüderie und den Tabus alter Tradition gebrochen.

Auf dem Lande entstanden 1956 landwirtschaftliche Genossenschaften, die 1958 von Kommunen abgelöst wurden. Erstmals arbeiteten Frauen auf dem Acker als eigenständige Menschen, und nicht mehr als Bestandteil einer allein vom Mann dominierten Familie. Sie erhielten Löhne nach Leistung und hatten Stimmrecht in den Genossenschaften, wenn es um kommunale Vorhaben ging. Als große infrastrukturelle Arbeiten (wie Straßenbau, Dämme, Staubecken und Kanäle) in Angriff genommen wurden, entstand ein Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, und Millionen von Frauen erschienen zur Arbeit — und erhielten so den Status eines selbständigen Wesens. Gleichzeitig begann der Frauenbund mit Lehrprogrammen für Familienplanung auf dem Lande. Der Bund war 1950 ins Leben gerufen worden, um Frauen im ganzen Lande zu bilden, und um neben der Förderung von Emanzipation und Gleichberechtigung auch die neuen, auf freier Partnerwahl beruhenden Heiratsbräuche einzuführen.

Es mußten jedoch viel alter Aberglaube und Unwissenheit überwunden werden. In den Bauernfamilien, die ich befragte, waren die Ehemänner gegen Familienplanung. Einer von ihnen hatte vor der Befreiung im Jahre 1949 acht Kinder gehabt, die allesamt an Hunger und Krankheit gestorben waren. Inzwischen hatte er wieder geheiratet und wollte noch einmal acht Kinder. „Wir haben so viel mehr zu essen, warum sollen wir nicht mehr Kinder haben?" Zum ersten Mal hatte es, dank höherer Ernteerträge, keinen Hunger bei der Landbevölkerung gegeben, und die Bauern wollten mehr Kinder, als „Arbeitskräfte" und um im Alter von ihnen versorgt zu sein. Auch wollten die Großmütter, stets despotisch was die Bräute ihrer Söhne anbetrifft, rasch Enkelkinder und besonders Enkelsöhne haben. Und schließlich hatten viele Menschen in ihrer Unwissenheit Angst vor empfängnisverhütenden Mitteln. „Der Mann wird impotent...", „... die Frau bekommt ganz gelbe Haut."

Andererseits fragten die jüngeren Frauen im Bewußtsein ihrer Schwächung durch immer neue Entbindungen „warum sollen wir zu Hause sitzen und ein Kind nach dem anderen kriegen?" Aber in jenen Tagen war das konservative Element noch weit stärker. Im Ergebnis übte die Familienplanung auf dem Lande eine gegenteilige „Schock"-Wirkung auf die bäuerliche Bevölkerung aus. Man war der festen Überzeugung, dies sei eine Sache, von der man nicht einmal sprechen darf. Die Frauen waren viel zu schüchtern, auch nur davon zu reden.

Zeichen der Frauen-Emanzipation

1959 und 1960 habe ich viele Industriestädte besucht und Fabrikarbeiterinnen befragt, und dabei empfand ich zum ersten Mal mit Begeisterung, welch neue Welt sich mit der Emanzipation für die Frauen auftut. 1958, während des „Großen Sprunges nach vorn", als eine gewaltige Anstrengung für das Industriewachstum unternommen wurde, traten achtzig Millionen Frauen auf den Plan, die niemals vorher gearbeitet hatten und sich nun in diese Riesenbewegung einreihten.

Ich habe die 37jährige Frau eines Arbeiters mit vier Kindern interviewt. Sie war daheim geblieben, „um die Familie zu versorgen", bis sie 1958, gegen den Willen ihres Mannes, vier andere Hausfrauen — ihre Freundinnen — mobilisierte, und zu fünfen fingen sie eine kleine „Straßen-Fabrik" an, in der sie Kochtöpfe und Geschirr für den täglichen Bedarf herstellten. Innerhalb von zwei Jahren produzierte ihre kleine Fabrik eine Reihe von Thermostat-Teilen für ein großes Industriekombinat, das in der Stadt entstanden war.

In den folgenden Jahren stieß ich auf Hunderte solcher Beispiele, darunter auch bei Großmüttern, die „Nachbarschafts"-Werkstätten und Straßenfabriken eingerichtet hatten. Heute gibt es in China keine Stadt, keine Straße ohne solche kleinen Werkstätten, in denen Hausfrauen Dinge des täglichen Bedarfs fabrizieren, zu denen auch viele notwendige Geräte und manchmal höchst komplizierte Ausrüstungen und Ersatzteile für größere Fabriken gehören.

Eine junge Arbeiterin, mit der ich 1966 sprach — heute ist sie Mitglied des Zentralkomitees —, berichtete mir, daß in ihrer Fabrik jedes heiratswillige Paar in Familienplanung unterwiesen wird. Sie und ihr Verlobter hatten bereits entschieden, wieviele Kinder sie haben wollten. Unter Industriearbeitern in den wachsenden Industriebereichen Chinas gehört Familienplanung als ganz normale Begleiterscheinung zur Ehe.

Überall in den Städten sprachen die jungen Leute unter dreißig von der Familienplanung als einem wesentlichen Bestandteil ihres Lebens — und ihrer Emanzipation. „Natürlich wollen wir Kinder haben, aber keinesfalls, um dauernd durch Küche und Windeln angebunden zu sein..., eine Frau arbeitet ebensogut wie ein Mann..., wir müssen zur Veränderung der Gesellschaft auch unser Teil beitragen..., arbeiten ist gesund..., meine Eltern haben sich ständig gezankt wegen der vielen kleinen Kinder..."

Sonderbetreuung für Mutter und Kind

Regelungen für Mutter-und-Kind-Fürsorge haben geholfen, die mütterliche Funktion einer Frau recht zu bewerten. Eine Frau hat Anspruch auf 56 vollbezahlte Urlaubstage vor der Entbindung. In jeder Fabrik gibt es Säuglings- und Kindertagesstätten, und die Mütter dürfen ihre Kinder während der Arbeitszeit stillen. Ich habe Textilfabriken besucht,

in denen man beobachten kann, wie Frauen von ihren Spinnmaschinen aufstehen — wobei ihre Plätze sofort von Ersatzkräften besetzt werden — und sich zum Stillen in den nahe gelegenen Kinderhort begeben. Innerhalb eines Achtstundentages darf die Frau ihren Arbeitsplatz dreimal für eine halbe Stunde verlassen, um ihr Kind zu stillen. Die Säuglingszimmer liegen in unmittelbarer Nähe der Werkstätten, so daß die Frau nur einen Weg von zwei bis drei Minuten bis zu ihrem Kind hat.

Um arbeitende Mütter in der Stadt zu entlasten, gibt es Straßen-Kleinkindertagesstätten. Morgens und nachmittags kann man seltsame kleine Kinderwagen als Fahrradanhänger beobachten, in denen acht bis zehn Krabbelkinder von älteren Männern, „Großväter“ genannt, in die Tagesstätten transportiert werden. Trotzdem werden etwa die Hälfte aller Kleinkinder noch zu Hause von Großmüttern betreut, denn in China besteht die Familie noch großenteils aus „Drei Generationen unter einem Dach“. Auf diese Weise sind die Großmütter zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Kraft geworden, und das hat seine guten und seine schlechten Seiten. Einerseits wird auf diese Weise die Familie als Einheit bewahrt; andererseits kommt die stärkste Ablehnung der Familienplanung aus den Reihen der älteren Frauen, die häufig — besonders auf dem Lande — darauf bestehen, ihre Söhne recht jung zu verheiraten und so früh wie möglich „Enkelsöhne“ zu haben. Aber es gibt auch Ausnahmen. 1966 traf ich in einer Kommune eine Großmutter, die sich an den Arzt gewandt hatte, um ihrer Schwiegertochter ein Pessar einsetzen zu lassen, und die im Ort Aufklärungshefte über Familienplanung verteilte.

Direkte Kontakte sind wichtig

Heute, nach der Kulturrevolution, ist die Familienplanung als nationale Bewegung unter einem Rat für Familienplanung, der dem Gesundheitsministerium untersteht, fest organisiert. Zweigstellen sind auf allen Ebenen, bis herunter ins kleinste Dorf, eingerichtet. Sowohl Männer als auch Frauen beteiligen sich an dieser Massenunternehmung. Die Arbeit geschieht ehrenamtlich und freiwillig, mit der Hauptbetonung auf Herstellung unmittelbarer Kontakte: durch regelmäßige Hausbesuche, straßenweise Zusammenkünfte von Hausfrauen, durch persönliche Gespräche und persönliche Aufklärung.

In den vergangenen zwei Jahren ist diese Methode persönlichen Zuredens im großen Rahmen angewandt worden. In Peking und anderen Städten hat jede Straße ihre Familienplaner. Diese veranstalten Kurse, an denen alle Anwohnerfamilien teilnehmen; diese Lehrgänge laufen über Wochen. Daneben halten die Familien Diskussionsabende unter sich ab. In einer Straße, *Kuang An Men,* in der etwa 47 000 Menschen leben, wurde der kollektive Beschluß gefaßt, 1973 nicht mehr als 360 Kinder in die Welt zu setzen. Diese „allgemeine Übereinstimmung aller Gebärfähigen (etwa 13 Prozent der Frauen) in der Straße“ wurde erzielt, nachdem jeder Fall einzeln besprochen worden war. Familien mit mehr als zwei bis drei Kindern wurden aufgefordert, zu warten, während in erster Linie junge Paare, die ihr erstes oder zweites Kind haben wollten, berücksichtigt wurden. Die Komitee-Leiterin, eine junge dreißigjährige Arbeiterin mit einem Kind, sagte mir: „Wir werden unseren Bevölkerungszuwachs in diesem Jahr auf 7,5 pro Tausend, oder 0,75 Prozent, drosseln.“

Freiwillige Beschränkung

1972 haben die gebärfähigen weiblichen Angestellten einer Verwaltungsstelle beschlossen, nicht mehr als je zwei Kinder zu haben (zwei Kinder ist die ideale Zahl, aber drei Kinder sind allgemein üblich). „Das ist natürlich manchmal schwierig, zumal wenn es zwei Töchter sind. Viele Frauen wünschen sich nach wie vor einen Jungen und versuchen es darum ein drittes Mal.“ Diesem Beispiel wird jetzt von vielen Gruppen und Verbänden in China nachgeeifert. „Ein weibliches Kind ist genausogut wie ein männliches“ ist ein Satz, der überall zu hören ist.

An einer anderen Stelle (in einer Ausbildungsinstitution) einigte man sich unter den Mitarbeitern auf ein Prioritätensystem für das Kinderkriegen. Ein kinderloses Ehepaar sollte beispielsweise ein Kind bekommen dürfen, aber da war eine Frau mit zwei kleinen Mädchen, die ein drittes Kind erwartete, und sie war fest überzeugt, diesmal würde es ein Junge. „Was sollte man tun? Nicht nur, daß sie ein drittes Kind bekam, aber sie nahm damit einer anderen, die an der Reihe war, den Platz weg.“ Die Angelegenheit wurde dadurch gelöst, daß eine der Mitarbeiterinnen, die „dran war“, freiwillig verzichtete und ihr Kind abtreiben ließ. Diese Selbstaufopferung zugunsten der Allgemeinheit mag für andere Gesellschaften unverständlich sein, aber es sei daran erinnert, daß in China solche Entschlüsse individuell gefaßt und nicht zwangsweise durchgesetzt werden, und man empfindet sie als „gute Beispiele“, denen es nachzueifern gilt.



„Barfuß-Doktoren“ *„Dem Volke dienen“*

Die Debatten gehen weiter

Es gibt zahllose Anekdoten und Geschichtchen, die ein Zeichen für die tausendfältigen Diskussionen sind, die bis zum heutigen Tage geführt werden. Da ist das junge Ehepaar mit zwei Kindern, die beide höhere Gehälter bekommen haben und nun sogleich finden, „jetzt können wir uns noch ein Kind leisten“ — ein Beispiel für die allen Chinesen angeborene große Kinderliebe. Aber daneben gibt es das Beispiel des jungen Arbeiterpaares, das seine Heirat um weitere zwei Jahre verschiebt (obwohl sie schon zwei Jahre verlobt sind), um „ein Beispiel zu geben“ für spätes Heiraten, vermutlich die allerwirksamste Methode für eine Bevölkerungs-Kontrolle. Dann gibt es die Geschichte aus einer

Kommune, wo 175 junge Paare ihre Heirat freiwillig um ein Jahr verschoben, und daneben die einer Frau, die neun Kinder hat, alles Mädchen, und die weitermachen will, bis es ein Junge wird.

Da gibt es die Kommune in der Provinz Setschuan, einem rückständigen Gebiet, wo die Bauern an einem Berghang die Parole „Geburtenkontrolle ist patriotische Pflicht“ angebracht haben, aber es gibt auch den dreißigjährigen Bauern, den ich in der Provinz Kueitschau traf, der sieben Kinder hatte, aber seiner Frau nicht erlaubte, sich sterilisieren zu lassen.

Diese widersprüchlichen Geschichten sind der Spiegel eines gewaltigen menschlichen Umbruchs: Familienplanung wird zum bewegenden Schauspiel einer Bewußtwerdung, einer Freisetzung der Frau zu einem vollständigen menschlichen Wesen, des Kampfes gegen überalterte Tradition und Unwissenheit. Und es ist ebenso Bestandteil der Befreiung des Mannes — „nur, wenn die Frau befreit ist, wird auch der Mann befreit.“

Zeichen des Fortschritts

In den Industriegegenden, in Fabriken und Städten hat die Familienplanung bereits gewisse Erfolge gezeitigt. Im Raum Peking praktizieren zum Beispiel 70 Prozent der städtischen Werktätigen (Büroangestellte, Fabrikarbeiter usw.) Familienplanung. In Shanghai ist der Effekt noch sichtbarer, indem die Bevölkerungszuwachsrate, die 1963 noch 2,5 Prozent betrug, auf 0,6 Prozent gesunken ist. In Peking betrug der Bevölkerungszuwachs im letzten Jahr 1,17 Prozent, während er 1963 bei 3,5 Prozent lag. Aber auch auf dem Lande sieht man Fortschritte. So wurden im Kreis Hsintau (500 000 Einwohner) in der Provinz Setschuan im vergangenen Jahr 12 000 Vasektomien vorgenommen.

Ich habe 1971 verschiedene Kommunen in der Provinz Chekiang besucht und stellte fest, daß jede einzelne Brigade-Klinik reichlich mit Kontrazeptiven, einschließlich der Pille, versehen war. Aber das reichte noch nicht aus. Zu dieser Zeit waren die sogenannten „Barfuß-Doktoren“ für Familienplanung verantwortlich — sowohl für Aufklärung und Propaganda wie für die Ausgabe von Kontrazeptiven. Hierbei handelt es sich um die jungen Leute zwischen 17 und 21, die drei bis fünf Jahre medizinische Hilfsdienste auf dem Lande abzuleisten haben, und deren Vorhandensein — es sind 1,3 Millionen — dazu geführt hat, daß es ein nahezu lückenloses Netz medizinischer Präventivmaßnahmen, wie Impfungen, und an jedem Ort ausreichende Krankenversorgung gibt. Man hat jetzt festgestellt, daß sie für diese Aufgabe nicht optimal geeignet sind. Diese Altersgruppe wird von der Landbevölkerung noch immer für „zu jung, um von solchen Sachen etwas zu verstehen“, gehalten.

Frauen-Kader sind „lebende Beispiele“

Seit 1972 ist der Erfolg der Werbung für Familienplanung in erster Linie den Frauen-Kadern in den Verwaltungs-Ausschüssen, die es auf allen Ebenen in dörflichen Gebieten gibt, zu verdanken. Diese Frauen sind im mittleren Alter, verheiratet und haben Kinder, und sie praktizieren Familienplanung. Sie sind die „lebenden Beispiele“ dafür, daß Familienplanung funktioniert. In unermüdlicher Kleinarbeit besuchen sie Familie um Familie und machen Propaganda bei Frauen wie bei Männern. Sie arbeiten mit den medizinischen Angestellten, den „Barfuß-Doktoren“, und den Sozialarbeitern. Die Frauen haben Vertrauen zu ihnen und akzeptieren sie. Sie bringen die Kontrazeptive ins Haus, so daß niemand sich damit entschuldigen kann, „zu viel zu tun“ gehabt zu haben, um die Klinik aufzusuchen.

Ich war in einer Kommune, deren für Frauenfragen verantwortliche Mitarbeiterin jeden Morgen auf dem Acker steht und den Landarbeiterinnen zuruft: „Habt Ihr Eure Pille genommen?“ Sie kümmert sich persönlich um jede Einzelne. Nur so kann die Pille ihre Wirkung tun. „Die meisten Frauen vergessen, sie zu nehmen ... oder nehmen sie nur kurze Zeit ...

Aber jeder Fall ist ein Fall für sich; wir können nichts und niemanden zwingen. Also bieten wir ihnen eine ganze Auswahl an.“ Da kein empfängnisverhütendes Mittel und kein operativer Eingriff etwas kostet, bleibt die Entscheidung jedem Einzelnen überlassen; darum die große Auswahl von Verhütungsmitteln, und auch Abtreibung, wenn es verlangt wird. „Aber Abtreibung ist keine Lösung. Wir wollen, daß weniger abgetrieben wird und daß mehr verhütende Methoden angewandt werden.“



Der menschliche Faktor

Wie kann Familienplanung ohne Zwang, ohne wirtschaftlichen Druck allein durch Erziehung und Aufklärung durchgesetzt werden?

Dazu gehört vor allem die totale Absage an eine „Katastrophen“-Einstellung gegenüber Krisensituationen, die Absage an Schleichwege und Hintertüren, sowie an eine Methode, mit der man autokratischen Druck ausübt. Rücksicht auf die menschlichen Faktoren, auf Gefühl und Tradition, gepaart mit einem ständigen Erziehungsprozeß für alle: das ist wohl das Besondere am chinesischen Experiment.

Dieser Beitrag ist erstmals erschienen in UNICEF-news No. 78, Dezember/Januar 1973/74.

Huang Shu-tse: Rede vor dem Plenum der Weltbevölkerungskonferenz

Während der letzten Jahrzehnte hat es parallel zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Welt einen enormen Anstieg in der Weltbevölkerung, besonders in der Dritten Welt, gegeben. Die Dritte Welt hat zur Zeit fast drei Milliarden Einwohner, was mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Zuerst müssen wir uns darüber klar werden, wie diese Tatsache in einer korrekten Weise betrachtet werden kann. Eine der Supermächte behauptet unverblümt, daß es eine „Bevölkerungsexplosion" in Asien, Afrika und Lateinamerika gäbe und daß eine „Katastrophe für die Menschheit" bevorstünde. Die andere Supermacht, obwohl sie auf einigen Konferenzen vorgegeben hat, gegen Malthusiamismus zu sein, gibt der Propaganda noch Auftrieb, die besagt, „daß das Bevölkerungswachstum wie ein Mühlstein am Hals der Entwicklungsländer hänge".

Im Duett versuchen die beiden Supermächte so, das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt als ein großes Übel zu beschreiben. Wenn dieser Trugschluß nicht widerlegt wird, wird es auch keinen korrekten Ansatzpunkt zur Diskussion über Weltbevölkerungsfragen geben.

Von allen Dingen in der Welt sind die Menschen die kostbarsten. Wenn die Menschen anfangen, ihr Schicksal in ihre eigenen Hände zu nehmen, werden sie Wunder vollbringen. Der Mensch als arbeitendes und kreatives, Werkzeuge nutzendes Wesen ist der entscheidende Faktor in den sozialen Produktivkräften. Der Mensch ist in erster Linie Produzent und erst in zweiter Linie Verbraucher. Historisch gesehen leisteten die tapferen, fleißigen und begabten Menschen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas entscheidende Beiträge zur menschlichen Zivilisation. Für eine beträchtliche Zeitspanne unterwarfen aber die Kolonialisten und Imperialisten die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder brutaler Aggression und Unterjochung ... Nach langen und heroischen Kämpfen der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika haben viele Länder in diesen Regionen nacheinander die politische Unabhängigkeit erlangt und — verglichen mit ihrer Vergangenheit — sichtbaren Fortschritt in der Entwicklung ihrer nationalen Ökonomie und Kultur erzielt. Parallel zu dieser Entwicklung ist die Bevölkerung ziemlich schnell angewachsen. Dies ist keineswegs eine schlechte, sondern — im Gegenteil — eine sehr gute Tatsache. Angesichts der „großen Unordnung unter dem Himmel", in der die breiten Massen der Menschen sich in zunehmendem Maß vorfinden, stellt die große Bevölkerung der Dritten Welt eine wichtige Bedingung zur Stärkung des Kampfes gegen Imperialismus und Hegemonie und zur Beschleunigung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung dar. Die Menschen in der Dritten Welt sind heute die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Fremdherrschaft geworden und werden in zunehmendem Maß eine mächtige Kraft in der Sicherung nationaler Unabhängigkeit und der Entwicklung nationaler Ökonomien.

Unserer Meinung nach liegt der Hauptweg zur Lösung des Bevölkerungsproblems in der Bekämpfung der Aggression und Ausbeutung durch die Imperialisten, Kolonialisten und Neokolonialisten und besonders durch die Supermächte, in dem Aufbrechen ungleicher internationaler wirtschaftlicher Beziehungen, in der Erlangung und Sicherung nationaler Unabhängigkeit und in der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und Kultur, die sich entsprechend den spezifischen Bedingungen und unterschiedlichen Umständen eines jeden Landes frei und auf sich selbst vertrauend vollziehen soll sowie in der Hebung des Lebensstandards der Menschen.

In den über zwanzig Jahren seit der Gründung der Volksrepublik, ist die chinesische Bevölkerung um annähernd 60 Prozent gewachsen, von ca. 500 auf fast 800 Millionen. In der gleichen Zeit ist die jährliche Getreideproduktion jedoch um mehr als das Doppelte angestiegen, von 110 auf über 250 Millionen Tonnen und die Produktion von Textilien und anderen Industrieprodukten hat sich ebenfalls mannigfach gesteigert. Die zur Zeit unter Anbau stehende Fläche umfaßt nur etwas mehr als 10 Prozent des gesamten chinesischen Territoriums. Enorme unerschlossene Möglichkeiten liegen noch vor uns, zumal weite Gebiete noch urbar zu machen sind, und auch die Hektarerträge können noch weiter gesteigert werden. Der Lebensstandard unserer Menschen ist zur Zeit zwar noch ziemlich niedrig, aber für jeden ist Beschäftigung, Nahrungsmittel und Kleidung gesichert, und die Lebensumstände der Menschen verbessern sich ständig. Die breiten Massen der chinesischen Menschen haben niemals in so hohem Grad Initiative und Kreativität frei entfaltet. Beim Aufbau des Sozialismus werden die menschlichen Ressourcen auf planvolle und rationelle Weise genutzt. Die chinesische Geschichte haben die verschiedenen Trugschlüsse, die im Hinblick auf die Bevölkerungsproblematik von den beiden Supermächten ausgestreut worden sind, völlig widerlegt und zeigt deutlich, „die Wahrheit, daß Revolution und Produktion das Ernährungsproblem der Bevölkerung lösen können", wie es vom Vorsitzenden Mao Tse-tung dargelegt worden ist.

Nachdem die Herrschaft der Imperialisten und ihrer Lakaien überwunden war, sicherten wir in China die Voraussetzungen für eine geplante Entwicklung der Wirtschaft sowie die geplante Regulierung der Geburtenrate. Auf der Basis einer kräftigen Entwicklung der Produktion und der Hebung des Lebensstandards, hat China in den Städten und auf dem Land einen Gesundheitsdienst aufgebaut und damit die Mütter- und Kinderfürsorge verstärkt, indem einerseits die Sterblichkeitsrate gesenkt und andererseits Geburtenplanung betrieben wird, um die Geburtenrate zu regulieren. Unsere Geburtenplanung ist keine Geburtenkontrolle, wie es einige verstehen, sondern beinhaltet unterschiedliche Maßnahmen für unterschiedliche Umstände. In dichtbevölkerten Gebieten werden die Menschen auf der Basis der Freiwilligkeit zu später Heirat und Geburtenkontrolle ermutigt, während Fälle von Sterilität ärztlich behandelt werden. In Gegenden mit nationalen Minderheiten und anderen schwach bevölkerten Gebieten werden entsprechende Maßnahmen zur Förderung des Bevölkerungswachstums unternommen, während Geburtenkontrolle denjenigen Eltern rät und hilft, die zu viele Kinder haben und die deshalb eine solche Hilfe wünschen.

aus:der überblick,3/74
S.29-30

Indien
Politische Gefangene

(Übersetzung eines Unterschriftenaufrufs zur Unterstützung politischer Gefangener in Indien)

15. August 1974

Um 300 Akademiker und Intellektuelle aus vielen Teilen der Welt treffen sich heute, am 27. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens, um ihre tiefe Sorge und ihren Protest auszudrücken wegen der Art und Weise, in der die Regierung Indiens abweichende politische Meinungen im Land unterdrückt und eine große Zahl von Personen ihrer grundlegenden menschlichen, politischen und gesetzlichen Rechte beraubt.

Zwischen 30 und 40 Tausend politischer Gefangener sitzen heute in den indischen Gefängnissen. Es ist unmöglich, die genaue Zahl anzugeben. Die Regierung weigert sich bis heute hartnäckig, diese Häftlinge als politische Gefangene zu behandeln. Nur gelegentlich und unter Druck haben einige Staatsregierungen Zahlen angegeben. Die Regierung von Westbengalen z.B. gab am 17. März 1973 die Zahl der in Westbengalen als "Naxaliten" eingeordneten Gefangenen mit 17 787 an. Dies galt nur für einen Staat und ist über ein Jahr her. Aktuelle Zahlen für ganz Indien basieren auf Schätzungen durch unabhängige Journalisten und solchen bürgerlichen Organisationen in Indien wie der "Association for the Protection of Democratic Rights" und dem "Legal Aid Committee" - Organisationen, die in den letzten 2-3 Jahren aufgekommen sind, um die Häftlinge mit gesetzlicher und politischer Unterstützung zu versorgen.

Die meisten dieser Häftlinge sitzen schon über 5 Jahre ohne irgendein Gerichtsverfahren im Gefängnis. Sie haben auch keine Hoffnung mehr, einen Prozeß zu bekommen. In Indien können Gefangene auf unbestimmte Zeit in Untersuchungshaft gehalten werden. Die Regierung kann sich zur Untersuchung angeblicher Vergehen soviel Zeit nehmen wie sie will, und die Gerichte können sie nicht zwingen, Angeklagte innerhalb eines bestimmten Zeitraums vor Gericht zu bringen. Wenn jemand tatsächlich seinen Prozeß bekommt, kann die Gerichtsverhandlung auf Antrag der Anklagevertretung unter den fadenscheinigsten Vorwänden abgebrochen werden. Eine solche Unterbrechung kann sich dann endlos hinziehen. Es haben sich schon zahlreiche Fälle ereignet, in denen Gefangene, deren Freilassung angeordnet worden war, da die Anklagen gegen sie fehlgeschlagen waren, an Ort und Stelle des Gerichts unter neuen Anklagen wieder verhaftet wurden. Oft ist noch nicht einmal eine Anklage notwendig, da unter der einen oder anderen Notverordnung eine Person auch ohne Verfahren in Haft gehalten werden kann.

Als wenn die gesetzlichen Vorschriften des Indischen Strafgesetzes, im Jahre 1860 durch die britischen Kolonialherren erlassen und heutzutage noch in Anwendung, nicht ausreichend wären, hat die Regierung eine ganze Reihe von Notstandsgesetzen erlassen, z.B. den "Preventive Detention Act" (Sicherungsverwahrungsgesetz), "Defense of India Rules" (Gesetz zum Schutz der Ordnung in Indien) und kürzlich erst den "Maintenance of Internal Security Act" (Gesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit). Offensichtlich dazu bestimmt, mit einer Notsituation fertig zu werden, die aus einer externen Bedrohung erwachsen würde, werden diese drakonischen Gesetze rücksichtslos angewandt, um unliebsame politische Meinungen im Land zu unterdrücken und Personen, gegen die keine stichhaltigen Anklagen vorgebracht werden können, auf unbegrenzte Zeit in Haft zu halten. Diese Gesetze sind nur im Fall einer Notstandssituation anwendbar, aber mit Pakistan und China an den Grenzen ist es für die Regierung nicht schwierig, die Fiktion einer externen Bedrohung aufrechtzuerhalten. Indien befindet sich seit 1962 kontinuierlich im deklarierten Notstand, abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel in den späten 60er Jahren, als die Congreßpartei ernste Wahleinbußen erlitten hatte.

Die langjährige Haft Tausender von Menschen ist nicht einfach ein Versuch von seiten der Regierung, ihnen unliebsame Personen in ihre Schranken zu weisen. Sie ist vielmehr Teil eines massiven, wohlüberlegten und rücksichtslosen Versuchs, jede Bedrohung des Status quo im Keim zu ersticken. Eine solche Bedrohung ergab sich in den späten 60er Jahren, als nach 20 Jahren der Ruhe die Massen sich endlich zu erheben begannen. Das Wohl der breiten Massen, in über 2 Jahrzehnten der Unabhängigkeit, in 3 allgemeinen Wahlen und drei aufeinanderfolgenden Fünf-Jahres-Plänen mit sozialistischer Rhetorik versprochen, blieb eine Illusion. Mehr Menschen, immer größere Teile der Gesamtbevölkerung lebten in Armut, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Wohnung, ohne genügend Nahrung und Kleidung - mehr Menschen als 20 Jahre vorher. Die Enttäuschung begann das Bewußtsein der Bevölkerung zu ändern. In den 20 Jahren ihres Bestehens erlitt die Congreß Partei ihren stärksten Schlag, als sie bei den Wahlen von 1967 die Mehrheit in der Hälfte aller Bundesstaaten verlor. Mit neuer Zuversicht begann

sich die Bewegung des Volkes zu erheben und auszubreiten. Was als isolierter Bauernaufstand gegen die Tyrannei der Landbesitzer im Nordostdistrikt von Naxalbari begann, wurde bald zu einem neuen politischen Symbol im ganzen Land - ein Symbol für den organisierten, militanten Widerstand gegen die Unterdrükkung durch Landbesitzer und Staat. "Naxalbari", "Naxalismus", "Naxaliten" wurden neue Begriffe im politischen Vokabular Indiens. Bauernaufstände nach dem Naxalbari-Muster begannen sich auch in anderen Teilen des Landes auszubreiten. Gutsbesitzer begannen, ländliche Gebiete zu meiden. Im städtisch-industriellen Sektor nahm die Militanz der arbeitenden Klasse zu. Streik folgte auf Streik, gefolgt von Aussperrungen und Betriebsstillegungen.

Die Regierung verfolgte diese Vorgänge mit Bestürzung. Ihr Eingreifen erfolgte bald und mit voller Härte, mit Polizei, Militär und paramilitärischen Kräften: Viele, die verdächtigt wurden, auch nur die geringste Sympatie für den Kampf des Volkes zu hegen, wurden verhaftet. Wenn eine Person untertauchte, um Haft und Folter zu entgehen, wurde ihre ganze Familie - Vater, Mutter, Ehefrau, Brüder und Schwestern - der schwersten Folter und/oder Haft ausgesetzt. Es ereigneten sich zahlreiche Fälle von Massenmorden (am hellichten Tag), begangen von bezahlten Leuten (Mob). Im Sommer 1971 wurden ganze Gruppen öffentlich in Beliaghat, Barasat, Noapara und Howrah umgebracht. In Howrah wurden 12 Naxaliten ermordet und ihre Häuser und Geschäfte zerstört, worauf die gekauften Banden, die diese Verbrechen ausgeführt hatten, ihre Waffen pflichtbewußt bei der lokalen Polizeistation wieder ablieferten. Das schlimmste Massaker ereignete sich im Cossipora-Baranagar-Gebiet von Kalkutta am 12. und 13. August 1971. Eine bewaffnete Gruppe von rund 1 000 Personen wütete in diesem Teil der Stadt, zog ihre vorher ausgewählten Opfer aus den Häusern und tötete sie brutal in aller Öffentlichkeit. Das Ganze dauerte 17 lange Stunden, während derer mehr als 150 junge Leute abgeschlachtet wurden, deren Namen auf einer Liste aufgeführt wurden, die an einen Pfahl geheftet war. Während der ganzen Zeit ließ sich keine Polizei sehen und auch danach geschah den Mördern nichts, trotz lauten Protesten im Lande.

Die Polizeistationen und Gefängnisse in Indien sind berüchtigt wegen der schweren Folterungen und Morde (die in ihnen vorgehen). Dutzende von Eltern und Verwandten beschrieben mir ihre quälende Situation, nicht zu wissen, ob ihre Söhne und Töchter noch am Leben sind, oder aber ihre Angehörigen im Gefängnis mit offensichtlichen Zeichen schwerer Folterungen zu sehen. Ein kürzlich von der "All India Women's Association" veröffentlichter Report beschreibt, wie junge Frauen während der Verhöre nackt ausgezogen, auf einen Tisch gelegt, gefoltert, mit Zigaretten verbrannt und wiederholt vergewaltigt werden. Z.B. werden ihnen dicke Eisenstäbe in den Darm eingeführt bis dieser platzt. All diese grausamen Folterungen wurden Teil der polizeilichen Verhörmethoden (siehe: Folterreport von Amnesty International, 1973).

Während der letzten Jahre sind mindestens 20 Fälle dokumentiert worden, bei denen Polizei und Gefängniswärter in Massentötungen in den Gefängnissen verwickelt waren - oft auf einen provozierenden Zwischenfall hin. Nach eigenen Berichten der Regierung sind bei solchen Schießereien annähernd 100 Personen getötet und mehrere Hundert verletzt worden. Die inoffiziellen Schätzungen liegen erheblich höher. Diese Fälle von Massentötungen bilden natürlich nur die Spitze der unzähligen Fälle von isoliert und unzulänglich berichteten Geschehnissen in den Gefängnissen. Ein vollständigeres Bild der genauen Zustände in den Gefängnissen kann man gewinnen, wenn man sich den ausführlichen Bericht darüber in der hochangesehenen "Economic and Political Weekly" (Wochenzeitschrift für Wirtschaft und Politik) in ihrer Ausgabe vom 22. Dez. 1973 ansieht.

Heutzutage gibt es in Indien Gebiete, in denen Dörfer nach Vietnam-Muster zu strategischen Dörfern gemacht wurden. Einwohner können die bewaffneten Wachen nur mit Erlaubnisschein passieren und müssen vor Sonnenuntergang wieder ins Dorf zurückkehren.

All diese Tatsachen müssen im Zusammenhang mit dem stark repressiven Klima im ganzen Land gesehen werden. Opposition jeder Art liegt jenseits der Toleranzgrenze der derzeit Herrschenden. Streikende Arbeiter werden verprügelt und mit Gewalt an ihren Arbeitsplatz zurückgezwungen (jüngstes Beispiel: der Eisenbahnerstreik). Landarbeiter, die sich organisiert hatten und höhere Löhne verlangten, wurden massenweise bei lebendigem Leibe verbrannt. Rechtsanwälte, die sich der Fälle politischer Gefangener angenommen hatten, waren ständigen Störaktionen ausgesetzt. Ein Richter wurde verprügelt, weil er die Polizei beschuldigt hatte, fadenscheinige Anklagen vorzubringen. Organisationen wie die "Association for the Protection of Democratic Rights" und das "Legal Aid Committee" werden ununterbrochen durch die Polizei in ihrer Arbeit gestört. Trotz allem erheben sich Stimmen des Protestes in allen Teilen des Landes. Die vorliegende Petition von 300 Akademikern und Intellektuellen aus aller Welt will diese Stimmen unterstützen und die Aufmerksamkeit der Welt auf die fortschreitende Aushöhlung der demokratischen Rechte des Volkes in der "Größten Demokratie der Welt" lenken.

Hari P. Sharma

Außerordentlicher Professor der Soziologie an der Simon Frazer Universität Kanada

Übersetzung: Südostasienkomitee Münster

Multinationale Konzerne

Anklage gegen Nestlé: BABY-KILLER

Im März 1974 publizierte die englische Hungerhilfsorganisation "war on want" eine Untersuchung der Probleme künstlicher Säuglingsnahrung in Entwicklungsländern. Diese Studie, basierend auf zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, trägt den Titel "The baby killer". In ihr werden speziell die Konzerne Nestlé und Cow and Gate angegriffen.

Im folgenden sollen die Hauptgedanken dieser Studie und die Reaktionen von Nestlé auf die Verbreitung dieser Informationen dargestellt werden.

. Allgemeines zur Kleinkinderernährung

Die Bedeutung einer guten Ernährung von Kleinkindern für deren weitere Entwicklung kann nicht stark genug betont werden. Über die Folgen von Unterernährung in diesem Zeitraum schreibt eine UNO-Studie: "Unterernährung des Kleinkindes zwischen dem fünften und dem zehnten Lebensmonat verringert die Anzahl der Gehirnzellen, deren Wachstum bis gegen Ende des zweiten Lebensjahres praktisch abgeschlossen ist... und es zeigte sich ein Zusammenhang zwischen einer an Protein und Kalorien armen Ernährung im Säuglings- und Kleinkindalter sowie Störungen im Lernprozeß und in der geistigen Entwicklung des Kindes... Eine solche Schädigung kann auch durch die Einnahme zusätzlicher Proteine im Erwachsenenalter nicht wieder gutgemacht werden." (1)

Unter normalen Umständen sind derartige Folgen nicht zu erwarten, denn die Zusammensetzung der Muttermilch ist optimal auf die Bedürfnisse des Kleinkinds abgestimmt: Sie enthält die wichtigen Nährstoffe; sie muß nicht (wie künstliche Milch) sterilisiert und erwärmt werden; außerdem schützt sie das Kind auch gegen Erkrankungen. (2)

Ein Teil der Mütter hat Schwierigkeiten beim Stillen (Experten schätzen ihren Anteil auf etwa 5 % (3)). Für sie wurde die künstliche Säuglingsnahrung geschaffen, die jedoch nur dann einen ausreichenden Ersatz darstellt, wenn u.a. folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Das Konzentrat darf nicht zu stark verdünnt werden.
- Saugflasche und Deckel müssen vorher ausgekocht werden.
- Die Milch muß auf Körpertemperatur erwärmt werden.

In einem Haushalt der BRD sind dies kaum kritische Punkte; in den Ländern der Dritten Welt erwachsen hieraus jedoch ernste Probleme: So haben z.B. in der Hauptstadt Malawis 66 % aller Haushalte keine Waschgelegenheit und 60 % keine überdachte Küche. (4) Wie sollen da die hohen hygienischen Anforderungen der künstlichen Babyernährung erfüllt werden?

II. Werbemethoden von Nestlé (und anderen Firmen)

In der Broschüre "War on Want" wird gezeigt, wie immer mehr Mütter in den Entwicklungsländern dazu gebracht werden, vom traditionellen Stillen auf die hochgezüchteten Produkte der westlichen Ernährungsindustrie überzugehen. Die Folgen sind für die Säuglinge fatal: Während Muttermilch einwandfrei, gefahrlos und erst noch gratis ist, brauchen die Ersatzprodukte einen hygienischen Standard (saubere Küchen, sterilisierte Saugflaschen), wie er in der Dritten Welt nur selten anzutreffen ist. Außerdem "strecken" viele Mütter die für sie oft unverhältnismäßig teure Milch: Infektionen, Magen-Darm-Erkrankungen, Unterernährung und, als Resultat, geistige und körperliche Schädigung und Tod sind die Folgen für die Kleinkinder.

Für den verhängnisvollen Trend zur Flasche ist - so die englische Untersuchung - zu einem großen Teil die gewaltige Werbemaschinerie der Milchkonzerne verantwortlich. Nestlé propagiere ihre Produkte durch einprägsame Radioslogans, verteile riesige Mengen von Gratismustern unter den jungen Müttern, setze zur Umsatzsteigerung Krankenschwestern als "Mütterberaterinnen" ein. Sie verteile Poster für Spitäler als Wandschmuck und verstehe es, Ärzte und Spitalpersonal als unfreiwillige Helfershelfer für ihre Werbung einzuspannen.

Wie sieht das im einzelnen aus? Dazu einige Zitate aus der Broschüre (Seitenangaben beziehen sich auf die deutsche Übersetzung; s.u.):

1. Radiowerbung

"Beide, Nestlé und Cow & Gate, verwenden Presse, Fernsehen und Radio für die Werbung auf den Märkten der Dritten Welt. Beide bestreiten, daß dies eine bedeutende Rolle für die Steigerung des Umsatzes spielt." (S. 19) Jedoch brachte eine Untersuchung über Kleinkinderernährung in Ibadan (Nigeria) genauere Angaben über die Auswirkungen der Reklame in Massenmedien: "Es zeigte sich, daß 38 % der 400 Mütter sich mindestens an eine Kindermilchreklame erinnerten, und

das in einer Gemeinde, wo nur 14 % überhaupt je eine Zeitung oder Zeitschrift lesen und nur 52 % je einmal Radio hören. ... 12 % aller Mütter gaben an, daß laut Reklame Lactogen (ein Produkt von Nestlé) dem Kind Stärke, Energie und Widerstandskraft verleiht, oder diese wiederherstellt. ... keine einzige hatte je gehört, daß Muttermilch besser sei als Lactogen." (S. 19)

2. Reklame durch Ärzte und Krankenschwestern

"Die Milchgesellschaften bauen auf die Reklame bei Ärzten und Krankenschwestern, um sich ihren Anteil am Markt unter den Müttern der höheren Einkommensklasse, die sich gewöhnlich vom Arzt beraten lassen, zu sichern. Sie verwenden Hebammen und andere Persönlichkeiten, die die Ärzte besuchen und ihnen die unvergleichlichen 'Vorzüge' ihrer Produkte erklären." (S. 16) Derartige Verbindungen zu den Medizinalberufen werden gezielt geschaffen: "Nestlé organisiert Konferenzen über Ernährung und daran angrenzende Probleme und hat sich - entweder als Firma oder via Nestlé-Stiftung - an der Durchführung von Kursen für Kinderärzte über Ernährung beteiligt." (S. 16)

3. Werbeplakate in Kliniken

"Die Durchschnittsmutter in der Dritten Welt läßt sich nicht vom Arzt beraten. Sie wartet vielmehr einen ganzen Vormittag am 'Mutter-und-Baby-Tag' in der lokalen Klinik, bis sie an der Reihe ist, um ihr Kind untersuchen und wägen zu lassen. Die Klinikschwestern wissen, daß die Mütter lange warten müssen. Sie versuchen deshalb, die Wartezeit so fröhlich und interessant wie möglich zu gestalten. Aber Entwicklungsländer haben wenig Geld übrig, um ihre Spitäler zu dekorieren. Die Schwestern nehmen daher sehr gerne Tabellen von Vertretern einer Milchfirma entgegen.

Nestlé zum Beispiel hat eben erst eine neue Serie von fünf Plakaten herausgegeben. Eines über Pflege vor der Geburt, eines über Reinigung und Bekleidung des Kindes, eines über die erste Zubereitung von fester Nahrung für das Kind, ein viertes über Ernährung mit der Brust. Das letzte war gewöhnlich mit einer Anleitung zum Übergang auf Saugflaschenkost verbunden, worüber es jetzt ein separates Plakat gibt.

Das einzige, was die kommerzielle Absicht der Plakate verrät, ist die abgebildete Nestlé-Saugflasche und die Erwähnung von CERELAC, einem Nestlé-Produkt. Und selbstverständlich der Firmen-Name, der jeweils in der rechten oberen Ecke abgedruckt ist. Die Mutter, die weder schreiben noch lesen kann, findet die Plakate interessant. Und obschon der von Sauberkeit strahlende moderne Haushalt, die sauberen weißen Säuglingskleider, die Wiege und die empfohlene Nahrung sicherlich außerhalb ihrer finanziellen Möglichkeiten liegen, kann sie sich zumindest eine Saugflasche leisten. Möglicherweise erhält sie sie sogar umsonst. Und wenn schließlich in einer Klinik Plakate über die Ernährung mit der Flasche hängen, muß ja etwas Gutes dran sein." (S. 17)

4. Ungenügende Gebrauchsanweisungen

"Nestlé legt ungeheuren Wert darauf, gegenüber Kritikern zu betonen, daß all ihren Kindernahrungsprodukten Gebrauchsanweisungen in den Hauptsprachen der jeweiligen Länder beigelegt sind. Auf dem Zettel zeigen einfache Strichzeichnungen die Art und Weise der Zubereitung.

Die meisten Mütter in der Dritten Welt sind sogar in ihrer Muttersprache Anal-

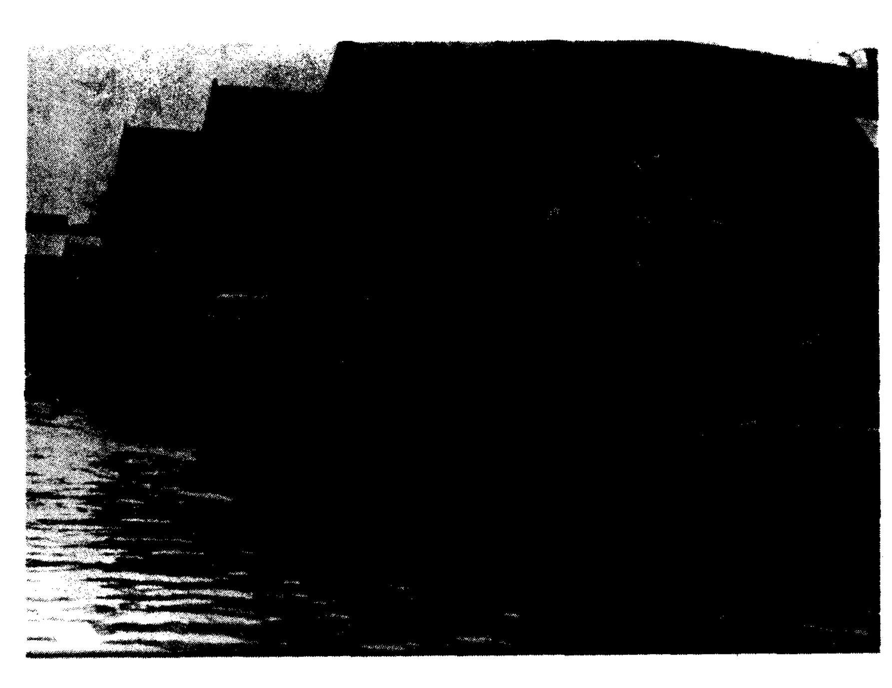


Abbildung aus der Nestlé-Jubiläumsschrift "Weltgeschehen 1866-1966, Ein Jahrhundert Nestlé" von Jean Heer

Der Text dazu lautet: "...falls nicht, wie in Bangkok, die Geschäfte selbst zu ihnen kommen und auf tausend Arten die Ware anpreisen, die sie verkaufen ..."

phabeten; und aus den vier einfachen Zeichnungen allein wird man nicht klug. Hat Nestlé irgendwelche Nachforschungen unternommen, um herauszufinden, ob das Verständnis der Frau verbessert werden kann? 'Wir können keine derartigen Arbeiten übernehmen', sagen die Geschäftsleiter der Nestlé-Diät-Abteilung für Säuglingsernährung." (S. 13)

III. Vorwürfe gegen Nestlé und andere Konzerne

Aufgrund dieser Sachverhalte richtet die Studie folgende Vorwürfe gegen Konzerne wie Nestlé, Cow & Gate u.a.:

- Tausende von Kindern in den Entwicklungsländern, namentlich unter den ärmsten Bevölkerungsschichten, sterben oder tragen dauernde Schädigungen davon, weil sie künstliche Säuglingsnahrung erhalten. In ländlichen Gegenden in Chile z.B. ist die Sterblichkeit von flaschenernährten Säuglingen in den ersten drei Lebensmonaten dreimal höher als von brusternährten Kindern.

- Künstliche Säuglingsnahrung erfordert eine hygienische Küche und die tägliche Sterilisation der Flasche. Weil dies bei der armen Bevölkerung trotz entsprechender Aufklärung nicht der Fall ist, erkranken und sterben Tausende von Kindern an Magen-Darm-Krankheiten.

- Die künstliche Säuglingsnahrung von Nestlé und anderen Konzernen ist für die arme Bevölkerung viel zu teuer: in Indien kostet diese Ernährung für Säuglinge im 3. Lebensmonat 22 % der niedrigsten Einkommen, in Nigeria, Afghanistan und Pakistan liegt der Prozentsatz zwischen 30 % und 40 %. Die Folge: Mütter, die ihr Kind mit der Flasche glauben ernähren zu müssen, verdünnen die Milch zu stark. Die Säuglinge leiden an Unterernährung und sogar Auszehrung, ohne daß die Mütter die Ursache erkennen.

- Die Studie wirft Nestlé, Cow & Gate und anderen Konzernen vor, sie brächten durch eine rücksichtslose Werbung die Mütter vom Stillen, von der gesündesten und billigsten Ernährungsart also, weg und suggerierten ihnen die käufliche Kindernahrung.

IV. Versuche von Nestlé, derartige Informationen zu unterbinden

Die schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik in Bern und Zug übersetzten die Studie "The baby killer" ins Deutsche, schrieben ein neues Vorwort und veröffentlichten sie unter dem Titel "Nestlé tötet Babys". Kurz nach Veröffentlichung dieses Papers reichte Nestlé Strafklage gegen die Gruppen ein (Juli 1974), denn Nestlé fühlte sich in der Ehre verletzt, wegen des "sich durch die gesamte Schrift hindurchziehenden Vorwurfs, die Firma Nestlé Alimentana AG arbeite in Ländern der Dritten Welt mit unkorrekten Werbemethoden für ihre Produkte und versuche, die einheimische Bevölkerung von der Ernährung der Säuglinge mit Muttermilch abzubringen und zu den eigenen Produkten hinzuwenden." (Aus der Anklage gegen die Gruppe in Bern.)

Beim ersten Termin vor dem Berner Amtsrichter bot Nestlé folgenden Vergleich an: Nestlé würde die Strafklage zurückziehen, wenn die Gruppen (neben der Erfüllung einiger anderer Forderungen) Friedensbürgschaft leisten, d.h. wenn sie auf die weitere Verbreitung der Vorwürfe gegen Nestlé (insbesondere auf die Übersetzung der englischen Studie ins Französische) verzichten.

<u>Weitere Informationen</u>

Journalisten, Radio- und Fernsehleute und Aktionsgruppen können über folgende Adresse weitere Informationen erhalten:

Arbeitsgruppe Dritte Welt
Postfach 1007   3001 Bern

031 23 10 18 (mittags)

Die von Nestlé eingeklagte <u>Studie kann bezogen werden</u> bei:

Arbeitsgruppe Dritte Welt
Postfach 1007   3001 Bern

(Sfr. 3,50)

Die <u>englische Originalversion</u> "The Baby Killer" ist erhältlich bei:

war on want, Information Service
467 Caledonian Road, London N7 9 BE

(35 Pence)

Doch die Schweizer Gruppen gingen auf eine derartige Mauschelei nicht ein: Sie lehnten den Vergleich ab. Sie wollen den Prozeß führen, um den Wahrheitsbeweis ihrer Vorwürfe anzutreten.

Die Aussichten der Gruppen sind nicht ungünstig, denn diese verfügen über weitere Dokumente, wissenschaftliche Publikationen und Zeugenaussagen, die Nestlé belasten. Trotzdem sind die Gruppen dankbar für weitere Hinweise und Namen von Personen, die Erfahrungen mit künstlicher Säuglingsnahrung in Entwicklungsländern haben.

wawi

<u>Literatur</u>

1) UNESCO-Kurier, Nr. 11/72, S. 12
2) "Nestlé tötet Babys", Ursachen und Folgen der Verbreitung künstlicher Säuglingsnahrung in der Dritten Welt, Bern 1974, S. 7
3) ebd., S. 11
4) ebd., S. 13

Mozambique

Weiße Söldner

Von der Mailänder antiimperialistischen Gruppe "Movimento liberazione e svillupo" (Bewegung für Freiheit und Entwicklung) bekamen wir freundlicherweise einen Bericht aus der angesehenen italienischen Tageszeitung "Corriera della Sera" vom 22. Oktober 1974 zugeschickt. Die Gruppe führt eine Kampagne gegen die Söldnerverschikkung, um die Einschiffung der Söldner in dem italienischen Hafen Genua zu verhindern.

Söldner für Mozambique in Stockholm ausgehoben

(Die Operation wird durch die portugiesische Rechte finanziert)

Heute kam der Schweizer Millionär Hans Lenzlinger in Stockholm an, um 500 schwedische Söldner zu rekrutieren, die in Mozambique wieder Ordnung herstellen sollen, indem sie es unter die Kontrolle der portugiesischen Weißen bringen. Herr Lenzlinger ist ein berühmter Manager der illegalen Flüchtlingsverschiebung aus dem Ostblock; er wurde von portugiesischen Persönlichkeiten beauftragt, eine Armee von 1000 Söldnern aufzustellen. Er sagt: "Für mich ist dies ein Geschäft wie jedes andere. In den letzten vier Jahren habe ich 600 Menschen die Flucht aus dem Osten ermöglicht und dabei 6 Mill. Lire (DM 21 600,--) pro Person erhalten. Die Aufgabe, eine Armee zu organisieren, ist viel einfacher, als man denken könnte; man braucht nur Geld, und Geld ist kein Problem. Ich möchte 500 Schweden, weil sie eine reine und ehrliche Rasse sind. Die übrigen will ich in Österreich und Deutschland anwerben. Von Schweden, die bereit sind, sich rekrutieren zu lassen, habe ich schon Tausende von Briefen erhalten; die meisten sind Soldaten mit praktischer Erfahrung."

Lenzlinger hat seit einem Monat drei Mitarbeiter, die in Schweden operieren. Die Söldner werden in Gruppen von 30 Männern eingeteilt. Die schon auf Schwedisch gedruckten Verträge liegen z.Z. im Büro eines Stockholmer Hotels. Sie gelten für eine Dienstzeit von 18 Monaten. Das Monatsgehalt eines gut ausgebildeten Offiziers beträgt 1.500 000 Lire (DM 5 400,--). Diejenigen ohne militärische Erfahrung erhalten anfangs 600.000 Lire (DM 2 160,--) monatlich. Das erste Gehalt werden die Söldner innerhalb von 10 Tagen überwiesen bekommen. Dann werden sie gruppenweise Italien erreichen. Die Verschiffung wird am 1.12. 1974 in Genua stattfinden. Soldaten und Material werden an einem unbekannten Strand in Mozambique ankommen.

Die Operation wird von Lenzlinger selbst geleitet werden, der erklärt: "Meine Verträge sind ehrlich. Ich habe in meinem ganzen Leben noch niemanden beraubt. Diese Soldaten werden von belgischen und holländischen Offizieren, Veteranen aus Biafra und Katanga, angeführt werden. In einigen Monaten werden sie das gesamte Land unter Kontrolle haben. Sie werden mit leichten und schweren automatischen Waffen ausgerüstet sein. Jeder Söldner bekommt das amerikanische Gewehr M 16; ich habe ausreichende Vorräte. Was die Munition betrifft, habe ich die nötigen Abmachungen mit einigen südafrikanischen Regierungsmitgliedern getroffen. Ich persönlich habe einen Vertrag erhalten, in dem es heißt, daß mein Entgelt von dem Erfolg des Unternehmens abhängt; aber ich kann versichern, daß es eine Ziffer mit vielen Nullen ist. Wir werden einen sauberen und glatten Krieg machen."

Kontaktadresse:

Movimento Liberatione e Svillupo
Via dei Fiordalisi, 6/1
J-20/46 Milano

KULTURAUSTAUSCH MIT DEM REGIME IN SÜDAFRIKA

Entgegen einer UNO-Resolution, die alle kulturellen und anderen Beziehungen zu dem Minderheitenregime untersagt, sind einige Länder dabei, kulturelle Kontakte mit Südafrika anzuknüpfen. Anläßlich des Jubiläums der südafrikanischen botanischen Gesellschaft sandten diese Länder verschiedene Beiträge, wie aus der Zeitung "Südafrikanisches Panorama" (eine Propagandazeitschrift der südafrikanischen Botschaft in der BRD und Schweiz) Nr. 56, Oktober 74, hervorgeht:

"Polen sandte die Originalbilder, die als Unterlage für eine Serie von Postmarken mit Blumendarstellungen gedient hatten. Aus Portugal, Frankreich, den USA und Australien kamen bis ins einzelne gehende Pflanzenstudien. Großbritannien, Dänemark, Schweden, Belgien, Deutschland und Spanien waren vertreten... Die Sowjetunion sandte sechs Ausstellungsstücke. Zu den Ausstellern gehörten ferner Griechenland, Ungarn und Indien. Lateinamerika war durch Argentinien, Chile und Brasilien vertreten."

Erstaunlich sind die Leihgaben aus den sozialistischen Ländern, die ja wohl offiziellen Charakter hatten; auf jeden Fall dürfte klar sein, daß alle solche Präsente eine Rückenstärkung der rassistischen Regierungspolitik bedeuten und strikt abzulehnen sind.

AKTIONEN

Zur Brasilienwoche der Aktion Brennpunkt Brasilien

Entstehung und Ziele der Aktion

Am 11. Februar dieses Jahres wurde in Frankfurt ein Alternativ-Friedensnobelpreis an den brasilianischen Bischof Dom Helder Camara verliehen. Getragen wurde diese Aktion hauptsächlich von fortschrittlichen jungen Christen in der Bundesrepublik. Durch diesen Erfolg ermutigt, trafen sich mehrere Gruppen, die diese Verleihung unterstützt hatten und sich auch sonst mit Fragen der Dritten Welt und insbesondere Brasiliens beschäftigten. Es wurden Überlegungen angestellt, wie man diese einmalige spontane Aktion in eine längerfristige Beschäftigung mit diesem Bereich überführen könne.

Man war sich sehr schnell einig, daß materielle Solidarität allein nicht ausreiche, sondern daß sie mit einer Bewußtseinsbildung möglichst großer Kreise der angesprochenen Gruppen einhergehen sollte. Als unumgänglich wurde eine Analyse der Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien angesehen, wobei besonders das Metropol-Satellitenverhältnis reflektiert werden sollte. Anhand der Aktivitäten von multinationalen Konzernen, insbesondere von VW, wollte man die Auswirkungen solcher Investitionen am Beispiel Brasilien aufzeigen. Aus der theoretischen Arbeit in diesen Bereichen sollten sich dann auch konkrete Aktionen in der Bundesrepublik ergeben. Man einigte sich schließlich auf folgende Plattform:

"Es ist unsere Aufgabe, die durch das kapitalistische Weltwirtschaftssystem bedingte Unterentwicklung zu analysieren, die Ursachen der Unterentwicklung bekanntzumachen und Aktionen durchzuführen, um die Unterentwicklung zu überwinden. Dabei gründen wir diese Aktion 'Brennpunkt Brasilien' auf der Grundlage des Dokumentes der 18 Bischöfe und Ordensoberen des Nordostens Brasiliens vom 6. Mai 1973, wo es unter anderem heißt: 'Der historische Prozeß der Klassengesellschaft und die kapitalistische Herrschaft führen unausweichlich zum Klassenkampf, und obwohl diese Tatsache jeden Tag deutlicher wird, leugnen die Unterdrücker diesen Gegensatz, aber selbst in der Verneinung ist er noch enthalten. Die unterdrückten Massen der Arbeiter, Bauern und unzählige Arbeitslosen haben davon Kenntnis genommen und gelangen immer mehr zu einem neuen Befreiungsbewußtsein. Die unterdrückte Klasse hat keinen anderen Ausweg sich zu befreien, wenn nicht den eines langen und schwierigen Marsches, der schon begonnen hat, zugunsten des Gemeineigentums der Produktionsmittel. Dies ist das wichtigste Fundament eines gigantischen, historischen Projekts zur globalen Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaft in eine neue Gesellschaft, in der es für die Unterdrückten möglich sein wird, die sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, ihre mit Füßen getretene Menschlichkeit wiederzuerlangen, die Ketten ihrer Leiden zu sprengen, die Klassengegensätze zu überwinden, die Freiheit zu erobern.'"

Mit Hilfe dieser Plattform soll nun versucht werden, möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen anzusprechen und zur Mitarbeit zu gewinnen. Koordiniert werden die Aktivitäten der einzelnen Gruppen von der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinde in Bonn.
Folgende konkrete Aufgaben hat sich die Aktion gestellt:

1) Öffentlichkeitsarbeit über die soziale, wirtschaftliche und politische Situation in Brasilien
2) Informationsarbeit über die Rolle der Kirche, die pastoraltheologischen Konzepte und die Theologien (z.B. Theologie der Befreiung)
3) Darstellung der Ursachen der Unterentwicklung am Beispiel Brasiliens
4) Spendenaktion für Projekte vornehmlich christlicher Basisgruppen in Brasilien

Durchführung und angesprochene Zielgruppen der Brasilienwoche

Nach einer Phase der theoretischen Arbeit zur Einführung in die Probleme des Entwicklungslandes Brasilien findet nun die erste konkrete Aktion statt.

Vom 19.1. bis zum 25.1.1975 soll in mehreren Städten der Bundesrepublik eine Brasilienwoche durchgeführt werden. Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Woche ist die Darstellung der Rolle der Privatinvestitionen in Brasilien. Mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Filmabenden, Infoständen und Ausstellungen soll versucht werden zu informieren, welche Interessen hinter Privatinvestitionen stehen und welche Auswirkungen sich dadurch für die ausgebeuteten und verelendeten

Massen in Brasilien ergeben. Es gilt eine möglichst breite Solidarität mit diesen betrogenen Menschen herzustellen und fortschrittliche Gruppen innerhalb Brasiliens zu unterstützen. Dazu gehört auch die materielle Solidarität, die durch die Beteiligung an vier Projekten hergestellt werden soll. Gleichzeitig soll damit aufgezeigt werden, was die tatsächlichen Bedürfnisse der brasilianischen Bevölkerung sind.

Geplant sind:

-die Unterstützung eines Arbeiterzentrums der Gewerkschaft Frente Nacional de Trabalho(FNT),in dem Arbeiter hauptsächlich an Wochenenden politisch geschult werden;

- die Unterstützung eines Arbeiterzentrums Frente nacional de trabalho (FNT), in dem Arbeiter hauptsächlich an Wochenenden politisch geschult werden;

- die Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Hochwasserschäden in einer brasilianischen Diözese des Bischofs Fragso in Nordbrasilien;

- die Unterhaltung von Gesundheitsposten auf dem Land in Nordostbrasilien, die die Bevölkerung medizinisch versorgen und Gesundheitserziehung betreiben;

- Unterstützung der "Operation Hoffnung" von Dom Helder Camara, die Arbeitsplätze und Wohnungen für Slumbewohner schafft.

Die Brasilienwoche wendet sich vor allem an Einzelpersonen und Gruppen, die zwar wissen, daß es schwerwiegende Probleme in den Entwicklungsländern gibt, sich mit diesen bis jetzt aber noch nicht näher befaßt haben. Wenn möglich sollen sie für eine längerfristige und kontinuierliche Arbeit auf diesem Gebiet interessiert werden. Ziel ist es, Brasiliengruppen in der ganzen BRD zu errichten, die gemeinsame Aktionen durchführen und Informationen untereinander austauschen. Im lokalen Bereich gilt es vor allen Dingen, Jugendgruppen, Jugendzentren, Schulen usw. anzusprechen, um über die Lage in Brasilien und darüber vermittelt auch über die Lage in der BRD zu informieren. Um dieses Problembewußtsein zu schaffen, ist die Brasilienwoche der Aktion "BRENNPUNKT BRASILIEN" ein erster Ansatz.

Informationen über Brasilien, die Aktion "BRENNPUNKT BRASILIEN" und über die Brasilienwoche sind zu erhalten bei:

Aktion "BRENNPUNKT BRASILIEN"
c/o AGG
53 Bonn, Rheinweg 34

Spendenkonto:
KHG Münster, Nr. 3511
Kirchl. Darlehenskasse Münster

Aufruf
Solidarität mit den Kurden

Zum 6. Mal seit 1961 versucht eine irakische Militärjunta, die kurdische Befreiungsbewegung zu vernichten. Allein bis zum Mai 1974 wurden 204 kurdische Dörfer und 15 Städte von der irakischen Luftwaffe bombardiert, Hunderte von Zivilisten getötet und zahlreiche kurdische Patrioten, darunter auch Studentinnen, hingerichtet; einige der Hinrichtungen wurden im Irakischen Fernsehen übertragen. Die Sowjetunion unterstützt - wie bei früheren irakischen Feldzügen gegen die Kurden die Westmächte - die irakischen Kriegsverbrechen durch Lieferungen modernsten Kriegsmaterials und durch Piloten. Prosowjetische Organisationen versuchen auch in Westdeutschland, den Kampf des kurdischen Volkes, der kurdischen Peshmerga und der "Demokratischen Partei Kurdistan" für kurdische Autonomie, Land- und Sozialreform und Demokratisierung des gesamten Irak zu verleumden. Iraks Militärregierung hat durch den Bruch des Kurdischen Autonomieabkommens, durch die Kriegsverbrechen an den Kurden und durch gnadenlose Verfolgung und Folterungen der demokratischen und sozialistischen Opposition ihren faschistischen Charakter offenbart.

Protestieren Sie bei der Irakischen Botschaft (Bonn-Bad Godesberg, Hohenzollernstr. 12) gegen die Kriegsverbrechen an den Kurden. Fordern Sie die UdSSR auf, ihre Waffenlieferungen an den Irak einzustellen (Sowjetische Botschaft, Remagen-Rolandseck, Koblenzer Str. 28). Unterstützen Sie die 500 000 kurdischen Flüchtlinge durch Geldspenden.

Informationen: "Kurdistan, Befreiungskampf ohne Publizität" (POGROM, 2 Hamburg 19, Osterstr. 22; DM 2,50).

Verantwortlich: Gesellschaft für bedrohte Völker, gemeinnütziger und eingetragener Verein (2 Hamburg.19, Osterstr. 22)

iz3w zieht um

IRAN
Propagandwoche des Schah in der BRD

Aufruf der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Berlin (FIS)

(c/o ISV Heidelberg, 69 Heidelberg, Postfach 103 043)

An alle Demokraten und Fortschrittlichen!

An alle fortschrittlichen Organisationen und Verbände!

Das Schah-Regime veranstaltet wieder einmal eine seiner pompösen "Festlichkeiten" und setzt sie ein als Propaganda zur Ablenkung der Öffentlichkeit von der elenden Lage der iranischen Volksmassen und vom herrschenden Terror im Iran. Weiterhin will das Regime damit seine Macht und Stabilität öffentlich demonstrieren. Schauplatz dieser "Festlichkeiten" ist jedoch dieses Mal nicht der Iran, sondern die BRD. In Bonn und Köln (12.-19. Nov. 74), in München (27. Nov. - 2. Dez. 74) und in Hamburg (7.-14. Jan. 75) werden das iranische Militär, die iranische Ölgesellschaft, Funk und Fernsehen und verschiedene Ministerien eine "Iran-Woche" veranstalten. Dazu sind erstklassige Hotels, Restaurants und Nightclubs engagiert, während dieser Zeit die Ehrengäste mit iranischen Spezialitäten zu bewirten. Hunderte von Köchen, Kellnern, Sängern, Tänzern usw. werden vom Iran eingeflogen, um den "Feierlichkeiten eine echte persische Atmosphäre zu verleihen". Als Höhepunkt dieser Feierlichkeiten finden Gala-Abende in Bonn (12. Nov.), München (27. Nov.) und Hamburg (7. Jan. 75) statt, an denen über 1500 "Persönlichkeiten aus Industrie, Politik und aus dem Kulturleben" teilnehmen werden. Die "Iran-Woche" soll durch Filme, Ausstellungen und Vorträge einen enormen wirtschaftlichen und politischen Fortschritt des Irans als Früchte der Schah-Herrschaft vortäuschen. Damit hofft der Schah, mit Hilfe der herrschenden Klasse in Westdeutschland und ihrer Medien Sympathien unter der westdeutschen Bevölkerung für seine faschistische Herrschaft zu gewinnen.

Dieses Millionenspektakel wird jedoch nicht über die wirtschaftliche und politische Misere des Irans hinwegtäuschen können. Das Volk im Iran lebt heute unter schwersten Bedingungen. Ein Industriearbeiter verdient bei annähernd gleichem Lebenshaltungsindex wie in der BRD für einen 10-12Stundentag höchstens DM 6,--. Während die Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker und Fleisch Mangelwaren geworden sind, steigen die Preise der übrigen Konsumgüter um jährlich 23 %. Ein großer Teil der Bauern, die durch die "Weiße Revolution" ruiniert wurden, strömen zu Hunderten in die Städte und vergrößern das Heer der Arbeitslosen. So betrug die Zahl der arbeitsfähigen Arbeitslosen im Febr. 74 etwa 45 %.

Als feste Stütze des Imperialismus eilt der Schah den imperialistischen Metropolen zu Hilfe, indem er ihnen Milliarden-Kredite zur Überwindung ihrer Wirtschaftskrise (wie z.B. Frankreich, England und Italien) zur Verfügung stellt. Außerdem kauft er in den USA für weitere 6 Milliarden Dollar (in den Jahren 73/74 für insgesamt 11 Milliarden Dollar) Kriegsmaterial und sorgt somit für den Rückfluß der Erdöleinnahmen des Irans in die imperialistischen Länder.

Für die Unterdrückung der sozialen Widersprüche greift der Schah zu faschistischen Methoden. Streiks der Arbeiter für höhere Löhne werden von Armee-Einheiten blutig niedergeschlagen. So wurden z.B. im Juni 74 dreizehn Arbeiter der Mosaikfabrik "Irana" während des Lohnstreiks erschossen. Das geheime Militärgericht tagt ununterbrochen und verurteilt Demokraten und Kommunisten zu hohen Gefängnisstrafen oder zum Tode. In den letzten zwei Jahren wurden offiziell über 200 Hinrichtungen und Erschießungen von Oppositionellen bekanntgegeben. Bei der Demonstration gegen die Waffenkäufe und gegen den Völkermord in Oman/Dhofar wurden 19 Studenten erschossen. Laut Amnesty International gibt es im Iran 40 000 politische Gefangene. Dieser faschistische Terror ist das einzige Mittel für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft. Denn nur so kann das Regime die Ausplünderung und Ausbeutung seiner Reichtümer und die Knechtschaft der iranischen Volksmassen durch die imperialistischen Länder, allen voran die USA, gewährleisten. Diese Terrorherrschaft richtet sich aber nicht nur gegen das Volk im Iran, sondern gegen alle Völker im Golfgebiet. Als Handlanger des US-Imperialismus führt der Schah mit einer 25 000 Mann starken Truppe einen Ver-

nichtungskrieg gegen das Volk in Oman und Dhofar und versucht dort, die Gebiete, die unter der Führung der PFLOA vom Volk selbst befreit worden sind, wieder dem imperialistischen Machtbereich einzuverleiben.

Mit diesem Regime haben die BRD-Metropole in den vergangenen Monaten Verträge über den Kauf von Rohstoffen und Kapitalinvestitionen im Iran abgeschlossen, die ihnen einen großen Anteil an der Ausbeutung des iranischen Volkes garantieren. Für die Wahrung und Erweiterung der imperialistischen Interessen ist die BRD an der Aufrechterhaltung des derzeitigen Regimes im Iran interessiert. Die Bundesregierung liefert dem iranischen Regime Waffen und schult seine Offiziere in Darmstadt. Für die Rechtfertigung dieser Zusammenarbeit muß das Ansehen der faschistischen Schah-Herrschaft in der Öffentlichkeit aufpoliert werden. Dazu ist die "Iran-Woche" willkommen und wird von der Bundesregierung massiv unterstützt.

Die Föderation Iranischer Studenten in der BRD und in West-Berlin - Mitglied der CISNU - sieht es als ihre Aufgabe an, diesem Spektakel entgegenzuwirken und es zu entlarven.

Wir rufen alle Demokraten und Antifaschisten und alle fortschrittlichen Organisationen und Verbände auf, uns dabei zu unterstützen.

FIS-Vorstand

Mit dem Abdruck des obenstehenden Aufrufs der FIS wollen wir nicht nur Stellung beziehen zu den gegenwärtig in der BRD laufenden Propagandawochen des Schah-Regimes, sondern zugleich auch auf die Notwendigkeit hinweisen, die derzeitige Lage im Iran, die Rolle des Schah-Regimes am persischen Golf und die zunehmend enger werdende Interessenverknüpfung der BRD-Wirtschaft und der BRD-Regierung mit dem Iran stärker als bisher zum Thema der antiimperialistischen Öffentlichkeitsarbeit in der BRD zu machen.

(Vgl. zum letzten Punkt den Kauf von Krupp-Aktien durch den Schah, die Reise von Bundeswirtschaftsminister Friderichs in den Iran und die Verbote der Iran-Demonstrationen in Frankfurt, Köln und Bonn.)

<u>Materialien zum Iran:</u>

FIS-Rundbrief, c/o ISV Heidelberg, 69 Heidelberg, Postfach 103 043

Iran-Report, c/o CISNU, 6 Frankfurt 16, Postfach 16247

"Iran", Hrsg. AStA Uni Stgt./ Auslands-Referat, 7 Stuttgart, Keplerstr. 17

Artikel in "blätter des iz3w" Nr. 36/37